





Liebe Leserinnen,
liebe Leser,

ich möchte mich Ihnen als Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe vorstellen. Ich freue mich darauf, gemeinsam mit unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die vielfältigen vor uns liegenden Aufgaben wahrzunehmen. Neu ist hierbei, dass das Bundesamt alle Bereiche der zivilen Sicherheitsvorsorge fachübergreifend koordiniert, und als



Dienstleister des Bundes für die Länder, die Kommunen und die Organisationen im Bevölkerungsschutz und in der Katastrophenhilfe tätig ist. Ebenso erfüllen wir weiterhin die originären Aufgaben des Zivilschutzes. Unser Ziel ist es, Bevölkerungsschutz auf höchstem Niveau zu erreichen. Wir sind selbstverständlich noch nicht am Ziel – aber auf gutem Weg!

Die Neubewertung von länderübergreifenden Gefährdungslagen in vielfältiger Hinsicht, wie beispielsweise infrastrukturzerstörende Naturkatastrophen, schwere Unglücksfälle, Epidemien und andere Bedrohungsszenarien, unterstreichen für mich, dass die Einrich-

tung des Bundesamtes als selbstständiger Behörde ein Signal für die neue Wertigkeit und Wichtigkeit der Thematik ist. Die Aufstellung unseres Amtes mit seinen Kompetenzzentren, in denen fachlich zusammenhängende Aufgabebereiche gebündelt sind, ist ein Meilenstein bei der Umsetzung der neuen Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland.

Auch in dieser Ausgabe wollen wir unsere aktive Arbeit vorstellen und berichten über zwei unserer Zentren mit Ihren Aufgabebereichen: das Zentrum für Zivilschutzforschung und das Zentrum für Notfallvorsorge / Notfallplanung. Das letztgenannte Zentrum ist auch für den Bereich der „Internationalen Angelegenheiten“ zuständig – dies ist ein wichtiges Thema, denn nationale Gefahrenabwehr muss in einem internationalen Kontext gesehen werden. Als ein wesentlicher Entwicklungsschritt kann hier das EU-Gemeinschaftsverfahren betrachtet werden. Unsere Dienstleistungen und unser Service gelten selbstverständlich auch für die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik. Wir müssen nicht nur ein wirksames Schutzsystem für die Bevölkerung und ihre Lebensgrundlagen schaffen, sondern auch die Kommunikation über relevante Themen zum Bevölkerungsschutz weiter optimieren. Motiviert und leistungsbereit haben wir den Weg aufgenommen, den Bevölkerungsschutz zu unserem Thema zu machen.

In diesem Sinne wünsche ich Ihnen eine anregende Lektüre

Ihr
Christoph Unger

NACHRICHTEN

Rundblick	52
-----------	----

FORSCHUNG

Zivilschutzforschung	
Forschung und Entwicklung, Prüfung und Erprobung im BBK	2
Fachinformationsstelle	27

NOTFALLVORSORGE

Notfallvorsorge, Notfallplanung, Internationale Beziehungen	
Ein neues Zentrum in einer neuen Behörde	7
Das Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz	
Zehn-Punkte-Empfehlung zur Förderung des Ehrenamtes	12

AUSBILDUNG

Führungsübung für den operativ-taktischen Bereich	
Ein Projekt der AKNZ	15
ABC-Erkundungsübung	
Zweite überregionale Übung im Landkreis München	21

KRISENMANAGEMENT

Europaweite Zusammenarbeit	
Das Gemeinschaftsverfahren zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Zivilschutz und das Melde- und Informationszentrum der Europäischen Kommission	31

FORUM

Arbeiter-Samariter-Bund	36
Bundesamt Technisches Hilfswerk	38
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft	41
Deutscher Feuerwehrverband	42
Deutsches Rotes Kreuz	44
Johanniter-Unfall-Hilfe	46
Malteser Hilfsdienst	48
Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.	50

RUBRIKEN

Medien	55
Termine	56
Impressum	56

SERIE

Kulturgutschutz in Deutschland	57
--------------------------------	----

Zivilschutzforschung

Forschung und Entwicklung, Prüfung und Erprobung im BBK

Von Dr. Willi Marzi

Das Zentrum Zivilschutzforschung, ABC-Schutz/-Vorsorge unterstützt die Planung und Wahrnehmung der Aufgaben im Bevölkerungsschutz durch Forschung und Entwicklung, Prüfung und Erprobung, die Aufbereitung und Bereitstellung von Fachliteratur und die vorhandene Expertise in den Bereichen Physik, Chemie, Biologie und Medizin. Es bietet als Dienstleistungszentrum ein umfangreiches wissenschaftlich-technisches Informations- und Beratungsangebot. Das Zentrum verfügt über eigene chemische und physikalische Laborkapazitäten.

Organisatorisch ist das Zentrum in drei Fachbereiche gegliedert:

- Zivilschutzforschung
- ABC-Schutz/-Vorsorge
- Fachinformationsstelle (FIS)

Fachbereich Zivilschutzforschung

Zur Unterstützung der Aufgaben des Bundes im Bevölkerungsschutz werden im Auftrag des Bundesministeriums des Innern Forschungs- und Entwicklungsvorhaben (F&E-Vorhaben) durchgeführt. Ziel ist es, die Aufgabenwahrnehmung im Bevölkerungsschutz zu unterstützen und die wissenschaftlich-technischen Entwicklungen hierfür nutzbar zu machen. Grundlage für die Planung der Forschungsaktivitäten ist der Rahmenplan für Forschungs- und Entwicklungsvorhaben im Bevölkerungsschutz (Forschungsrahmenplan), in dem die aktuellen Schwerpunkte der Forschung im Bevölkerungsschutz niedergelegt sind. Der Entwurf des Forschungsrahmenplans wird vom BBK erstellt und nach Abstimmung mit dem BMI, der Schutzkommission und dem Forschungsbeauftragten des Arbeitskreises V der Innenministerkonferenz durch das BMI in Kraft gesetzt.

Der Forschungsrahmenplan ist im Oktober 2004 aktualisiert worden und enthält die künftigen Schwerpunkte:

- Verbesserung der Warnung der Bevölkerung
- Psychosoziale Betreuung von Einsatzkräften und Betroffenen
- CBRN-Schutz
- Selbsthilfe
- Baulicher Bevölkerungsschutz
- Schutz kritischer Infrastrukturen
- Medizinische Versorgung

Das Management der Forschungsvorhaben ist in einem Managementplan festgelegt und hat zur Aufgabe, alle Beteiligten über die geplanten Vorhaben zu informieren und sie in die Planung, Ausführung, Auswertung und Umsetzung der Ergebnisse einzubinden. So können die verschiedenen Interessen berücksichtigt, das schon vorhandene Wissen genutzt und kostspielige Doppelforschung vermieden werden. Die standardisierten Abläufe leisten einen wichtigen Beitrag zur Qualitätssicherung.

Das Zentrum ermittelt den Forschungsbedarf, erstellt die Unterlagen zur fachlichen Bewertung von Vorhabenvorschlägen, erarbeitet die Leistungs- bzw. Projektbeschreibungen und realisiert in Abstimmung mit dem Beschaffungsamt des BMI die Vorhaben. Für die Überwachung des Projektfortschritts werden projektbegleitende Arbeitsgruppen unter Einbeziehung der Bedarfsträger eingerichtet, um eine optimale und breite Nutzbarkeit der Ergebnisse zu gewährleisten. Alle Schritte des Forschungsmanagements erfolgen in enger Abstimmung mit den zuständigen Bundesressorts, den Ländern, der Schutzkommission und den jeweiligen Bedarfsträgern.

Nach Abschluss des Vorhabens wird ein auf das jeweilige Forschungsprojekt abgestimmter Plan

zur Umsetzung der Ergebnisse erarbeitet. Die notwendigen Schritte zur Umsetzung werden veranlasst (Umsetzungs-Controlling) und die Ergebnisse der Umsetzungsmaßnahmen in angemessenen Zeitabständen dokumentiert.

Die Ergebnisse der Forschungsvorhaben werden im Rahmen der Umsetzung, sofern sie für einen breiteren Kreis von Interesse sind, in der Schriftenreihe Zivilschutzforschung, Neue Folge publiziert. Über die FIS oder die Homepage des BBK sind die neueren Beiträge auch elektronisch abrufbar.

Beispiele für aktuelle Vorhaben sind:

- Mobile Schnelldetektion von kampfstofftauglichen Krankheitserregern zur Optimierung der Gefahrenabwehr durch die Sicherheitsbehörden (Bernhard-Nocht-Institut/ Feuerwehr Hamburg)
- Pilotprojekt Mess-Leit-Komponente für die ABC-Erkundung (Universität Bremen)
- Interdisziplinäres Expertennetzwerk biologischer Gefahrenlagen (Robert-Koch-Institut)
- Nichtinvasives Monitoring der regionalen Lungenfunktion zur Erkennung und Verlaufskontrolle okkulten Lungenverletzungen bei polytraumatisierten Patienten durch Elektrische Tomographie (Universität Göttingen)
- Entwicklung von Standards und Empfehlungen für ein Netzwerk zur bundesweiten Strukturierung und Organisation psychosozialer Notfallversorgung (Universität Göttingen)
- Primäre Stressprävention (Universität München)

Das vom Robert-Koch-Institut bearbeitete Vorhaben „Interdisziplinäres Expertennetzwerk Biologische Gefahrenlagen“ hat das Anliegen, Arbeits- und Einsatzgrundsätze für ein bund-länderübergreifendes biologisches Krisenmanagement zu erarbeiten, die der besseren Zusammenarbeit von öffentlichen Einrichtungen und Hilfsorganisationen dienen und eine reibungslose Vernetzung der Personalressourcen und technischen Kapazitäten ermöglichen. Dabei sollen insbesondere solche biologische Großschadenlagen (außergewöhnliches Seuchengeschehen, Einsatz von biologischen Agenzien zu kriminellen und terroristischen Zwecken) berücksichtigt werden, die ein effizientes Zusammenwirken aller beteiligten Fachdienste und Institutionen erfordern. Die Erarbeitung ressort- und länderübergreifender Konzepte für die Bewältigung biologischer Gefah-

renlagen kann nur in Zusammenarbeit der ausgewiesenen Experten aller beteiligten Fachrichtungen und Disziplinen geleistet werden, wie z.B. klinische Versorgung, Öffentlicher Gesundheitsdienst, Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst, Technisches Hilfswerk und Katastrophenschutz.



Die Schriftenreihe „Zivilschutzforschung“ dokumentiert Ergebnisse der Forschungsvorhaben.

Die Fachdiskussion innerhalb des Vorhabens wird über geschlossene Internetforen und in den sechs interdisziplinären Arbeitsgruppen geführt:

- Medizinische Versorgung und Behandlung/ Post-expositions-prophylaxe
- Öffentliche Ordnung und Logistik/ Seuchenhygienische Maßnahmen
- Risiko- und Krisenkommunikation
- Schutzausrüstung und Dekontamination
- Einsatzgrundsätze und -strategien/ Personal- und Ressourcenmanagement
- Lageerkundung/ Detektion

Erste Ergebnisse sind in der Publikation „Biologische Gefahren – Beiträge zum Bevölkerungsschutz“ des BBK beschrieben.

Ein zweites Aufgabenfeld des Fachbereichs Zivilschutzforschung ist die fachliche und organisatorische Betreuung der Schutzkommission.



Der parlamentarische Staatssekretär beim Bundesminister des Innern, Fritz Rudolf Körper (li.) lässt sich von einem Mitarbeiter des BBK den Messcontainer des ABCErkKW erläutern.

Fachbereich ABC-Schutz/-Vorsorge

Anthrax-Verdachtsfälle, schmutzige Bomben, Sarinanschläge, der Schutz vor ABC-Gefahren hat eine traurige Aktualität bekommen und stellt damit weiterhin eine wichtige Komponente des Bevölke-

rungsschutzes dar. ABC-Schutz, das ist einerseits der Schutz vor atomaren, biologischen oder chemischen Kampfmitteln, sei es in der Auseinandersetzung zwischen Staaten oder aber infolge einer asymmetrischen Bedrohung durch international operierende Terroristen, andererseits ist ABC-Schutz aber auch der weniger spektakuläre doch häufiger gefragte Schutz vor Radioaktivität, Krankheitserregern und Chemikalien, deren Präsenz im täglichen Leben ein Faktum ist. „A“ steht somit nicht nur für Kernwaffen und schmutzige Bomben, sondern auch für Unfälle unter Freisetzung radioaktiven

Die Kommission zum Schutz der Zivilbevölkerung beim Bundesminister des Innern (Schutzkommission) berät die Bundesregierung in wissenschaftlichen bzw. wissenschaftlich-technischen Fragen des Bevölkerungsschutzes. Sie ist ein wichtiges Beratungsgremium für die Forschung im Bevölkerungsschutz. Die Kommission besteht aus den vom Bundesminister des Innern berufenen ehrenamtlich tätigen Fachleuten aus den Bereichen Naturwissenschaften und Technik, Medizin und Sozialwissenschaften. Die 26 Mitglieder sind überwiegend Universitätsprofessoren.

Das Zentrum betreut und unterstützt die Schutzkommission finanziell und organisatorisch. Es schlägt Fachthemen zur Beratung durch die Kommission vor.

Die Schutzkommission hat u.a. den zweiten Gefahrenbericht und das Handbuch „Katastrophenmedizin“ erarbeitet.

Materials oder für störfallbedingte Freisetzung aus kerntechnischen Anlagen.

Unter „B“ sind biologische Kampfmittel ebenso zu berücksichtigen wie natürlich auftretende Epidemien oder gar Pandemien. Viele Maßnahmen im Bevölkerungsschutz sind ohnehin unabhängig vom Auslöser einer Gefahrenlage. Zudem ist in der ersten Phase eines B-Ereignisses ohnehin häufig nicht eindeutig zu klären, ob von einem natürlichen Ursprung, einer ungewollten oder einer bewusst herbeigeführten Freisetzung mit kriminellm Hintergrund auszugehen ist. Zwischen „B“ und „C“ stehen die Toxine, giftige chemische Verbindungen biologischen Ursprungs, denen gerade in der letzten Zeit wieder vermehrt Aufmerksamkeit geschenkt wird.

Unter „C“ fallen sowohl chemische Kampfmittel als auch toxische Industriechemikalien. Der Störfall in Bhopal hat gezeigt, dass die Auswirkun-

gen größerer Freisetzungen toxischer Chemikalien aus Anlagen oder durch Transportunfälle sich kaum von denen des Einsatzes chemischer Kampfstoffe unterscheiden. ABC-Schutz gehört zu den zwar nicht alltäglichen aber immerhin doch häufig genug zu bewältigenden Aufgaben der Feuerwehren gehören. Bei den B-Gefahren ist es der Übergang zu den alltäglichen Aufgaben im Gesundheitswesen. Die dabei gewonnenen Erfahrungen sind eine wichtige Grundlage für die Gefahrenabwehrplanung bei großflächigen ABC-Gefahrenlagen mit potenziell katastrophalen Auswirkungen.

Die Aufgaben im ABC-Schutz und in der ABC-Vorsorge umfassen eine breite Palette von der Gefahrenerfassung über Atem- und Körperschutzmaßnahmen, Dekontamination, baulichen Bevölkerungsschutz, Selbstschutz bis hin zu medizinischem ABC-Schutz.

Der Fachbereich ABC-Schutz/-Vorsorge berät das Bundesministerium des Innern und weitere Ressorts in vielfältiger Weise bei naturwissenschaftlichen und technischen Fragestellungen. Beispiele sind die Mitwirkung bei der Erstellung des Pockenalarmplans, des Influenzapandemieplans, die Seveso II-Richtlinie, die Nutzung von Geoinformationssystemen und Weltraumtechnik für den Bevölkerungsschutz, Beiträge zum Schutz kritischer Infrastrukturen und Beiträge zum Strahlenschutz

Der Fachbereich erarbeitet Konzepte zum ABC-Schutz, wirkt bei der Entwicklung und Normung der Schutzrüstung mit, prüft und erprobt Ausstattung, Software und Verfahren und erstellt technische Beschreibungen der Komponenten. Es wirkt mit bei der Erstellung einsatztaktischer Konzepte und unterstützt die Entwicklung und Umsetzung von Ausbildungskonzepten. Beispielhaft werden nachfolgend einige Produkte aufgeführt.

ABC-Erkundungskraftwagen: Die ABC-Erkundungskraftwagen (ABCErkKW) dienen der ABC-Aufklärung und sind mit moderner Ausstattung für radiologische und chemische Messungen versehen, die chemische Kampfstoffe mit einschließen. Biologische Probennahmeausstattung ist ebenfalls vorhanden. Seit Herbst 2001 wurden insgesamt 371 ABC-Erkundungskraftwagen beschafft.



Der Messcontainer des ABCErkKW.

(Fotos: BBK)

Die Messausstattung ist auf einem Messcontainer untergebracht. Die Messgeräte sind mit einem Rechner verbunden, der die Messdaten mit den Ortskoordinaten des Differential GPS verknüpft. Optischer und akustischer Alarm erfolgt bei Überschreitung des Schwellenwertes. Es kann kontinuierlich während der Fahrt gemessen werden. Für radiologische Daten ist eine elektronische Kartendarstellung implementiert. Die eingesetzte Technik ermöglicht eine schnelle Unterscheidung von künstlichen und natürlichen Strahlern bei stark schwankendem Untergrund bereits ab 20 % künstlichen Anteilen.

Das chemische Messsystem besteht aus einem Photoionisationsdetektor (PID) und einem Ionenmobilitätsspektrometer (IMS) zur Erfassung von Industriechemikalien und chemischen Kampfstoffen.

Auf dem ABC-Erkundungskraftwagen befinden sich weitere Messausstattung und Zubehör, persönli-

che ABC-Schutzausrüstung, Ausstattung für Luft-, Wasser- und Bodenprobenahme, zur Erfassung lokaler Wetterdaten und Funkgeräte.

Für die Anwender des ABC-Erkundungskraftwagens ist eine Hotline eingerichtet.

Eine Messleitkomponente für die Führung von bis zu fünf ABC-Erkundungskraftwagen ist derzeit in Entwicklung. Die Datenfernübertragung wird ebenfalls realisiert werden.

Einsatzfahrzeug Dekontamination Personen: Für die Dekontamination von Einsatzkräften und – in geringerem Umfang – an der Einsatzstelle vorgefundenen kontaminierten Personen wurden insgesamt 373 Einsatzfahrzeuge dieses Typs für die Länder bereitgestellt. Die Dekontaminationsanlage kann sowohl autark als auch unter Nutzung des öffentlichen Strom- und Wassernetzes betrieben werden. Dusch- und Umkleibereich bestehen aus aufblasbaren Zelten, die eine schnelle Inbetriebnahme der Anlage erlauben.

Persönliche ABC-Schutzausrüstung: Der Bund beschafft derzeit ca. 50 000 Sätze persönliche ABC-Schutzausrüstung für die Einsatzkräfte der Bereiche ABC-Schutz, Sanität, Betreuung und Brandschutz. Die persönliche ABC-Schutzausrüstung umfasst Atem- und Körperschutzausrüstung (Atemschutzmaske, Filter, luftdurchlässige ABC-Schutzkleidung (Overgarment), ABC-Schutzkleidung gegen flüssige Chemikalien und Stäube, Schutzschuhe, Handschuhe etc.). Die Ausstattung soll die Einsatzmöglichkeiten bei ABC-Lagen erweitern.

Task Forces: Die neue Strategie sieht ein Stufenkonzept für die integrierte Gefahrenabwehr vor. Stufe IV ist ein Sonderschutz mit Hilfe von Spezialeinsatzkräften (Task Forces) für besondere Gefahren, zu denen auch die ABC-Gefahren zählen. Der Bund bereitet die Einrichtung von Task Forces für die chemische Analytik an den vier Standorten Berlin, Hamburg, Heyrothsberge und Mannheim im Rahmen eines Pilotprojekts vor. Neben den analytischen Fähigkeiten werden die Bewertung der Analyseergebnisse und die Beratung der lokalen Gefahrenabwehrkräfte zum Aufgabenspektrum der Task Forces gehören. Zur Ausstattung gehören u.a. GCMS und Ferndetektionsausrüstung auf der Basis eines passiv arbeitenden FTIR-Geräts.

Die Aufgaben im Einzelnen:

- schnelle Erfassung und Identifizierung von chemischen Schadstoffen in Luft, Wasser und Boden,
- schnelle Erfassung und Verfolgung von Schadstoffwolken,
- Bewertung der Lage und Abschätzung der Lageentwicklung auf der Grundlage der Analyseergebnisse unter Berücksichtigung toxikologischer Aspekte,
- Entwicklung von Handlungsempfehlungen und
- Beratung der Einsatzleitung bei großflächigen oder komplexen chemischen Gefahrenlagen.

Der Aufbau biologischer Task Forces wird im Rahmen von Forschungsvorhaben vorbereitet

Fachbereich Fachinformationsstelle Zivil- und Katastrophenschutz

Die Fachinformationsstelle Zivil- und Katastrophenschutz (FIS) unterstützt den Bevölkerungsschutz mit modernem Wissensmanagement unter Einbeziehung der Methoden des e-Governments.

Die FIS besteht aus Bibliothek und Dokumentation und unterstützt als Dienstleister die Aufgabenwahrnehmung im Bevölkerungsschutz bei Bund, Ländern und Gemeinden. In der deutschen Literaturdatenbank für Zivil- und Katastrophenschutz (deLiKat) mit ca. 29.000 Einträgen lässt sich rund um die Uhr recherchieren, Bücher zur Ausleihe und Aufsätze können bestellt werden.

Die FIS verfügt über einen Bestand von rund 53.000 Medieneinheiten (42.000 deutsch- und englischsprachige Fachbücher, 10.000 dokumentierte Aufsätze, 450 Videofilme, 300 Karten und 100 CD-ROM) zu den verschiedenen Fachgebieten des Bevölkerungsschutzes. Der Informationspool ist der größte deutschsprachige zum Bevölkerungsschutz und wird kontinuierlich erweitert. Umfangreiche Zeitschriftenliteratur wird ebenso ausgewertet wie einschlägige Neuerscheinungen von Büchern oder elektronische Medien. Als Neuzugänge kommen jährlich ca. 1200 Bücher und 1000 Aufsätze hinzu. Die FIS verfügt darüber hinaus über eine umfangreiche Sammlung von Vorschriften und Merkblättern.

Die Fachinformationsstelle bietet über die Ausleihe von Büchern hinaus einen Service als Vermittler von Daten, Fakten und Informationen (s. auch S. 27 ff dieser Ausgabe).

Notfallvorsorge, Notfallplanung, Internationale Beziehungen

Ein neues Zentrum in einer neuen Behörde

Von Wolfgang Weber

Angesichts eines personell und technisch auf hohem Niveau befindlichen Hilfeleistungspotenzials bei Feuerwehren, privaten Hilfsorganisationen, THW usw. ist in Deutschland das Bewusstsein für die Notwendigkeit von Vorbeugung und Vorsorge zumindest partiell unterentwickelt geblieben.

Heute wissen wir, dass es Ereignisse geben kann, die nicht nur durch den Einsatz von Personal und Material zu bewältigen sind, sondern die einer intensiven und sorgfältigen Vorplanung bedürfen. Nur wer die möglichen Bedrohungen für eine Gesellschaft kennt und sich gedanklich und planerisch mit ihnen befasst, kann sich wirksam auf den Eintritt solcher Ereignisse vorbereiten. Hierzu gehört auch eine aufgeklärte, informierte und selbsthilfefähige Bevölkerung.

Denkbare Schadensereignisse sind sowohl hinsichtlich ihres Entstehungsortes als auch ihrer Ausbreitungsdynamik mit vielen Fragezeichen zu versehen. Geographische Grenzen jedenfalls haben keine Bedeutung für sie. Umso wichtiger ist die Zusammenarbeit über Staatsgrenzen hinweg. Europa wächst zusammen und der Bevölkerungsschutz als eine der wichtigsten Säulen staatlicher Daseinsvorsorge reiht sich in diesen Integrationsprozess ein.

Katastrophenschutz als grundgesetzliche Aufgabe der Länder ist die Komponente des Bevölkerungsschutzes mit der größten öffentlichen Wahrnehmung. Katastrophenschutz in Deutschland heißt Ehrenamt, denn über 99% aller etwa 1,7 Millionen Einsatzkräfte in diesem Bereich sind ehrenamtlich,

d.h. unentgeltlich tätig. Insbesondere gesellschaftliche Veränderungen wie die demographische Entwicklung und spezifische Arbeitsplatzanforderungen, aber auch der mögliche Wegfall der Wehrpflicht stellen den Fortbestand dieses Ehrenamtes ernsthaft in Frage. Der Bundesminister des Innern und in seinem Auftrag das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe haben sich zum Ziel gesetzt, das Ehrenamt als machtvolles und unverzichtbares Instrument bürgerschaftlicher Selbsthilfe zu stärken und langfristig zu sichern.

Fachbereich Notfallvorsorge, Notfallplanung

Ausgangspunkt für eine moderne, vorsorgeorientierte nationale Gesamtkonzeption (Master-Plan) zum Schutz der Gesellschaft müssen Gefahren- und Risikoanalysen mit einem ganzheitlichen, d.h. ebenenübergreifenden und interdisziplinären Ansatz sein. In einem weiteren Schritt folgen Analysen der potenziellen Verletzlichkeiten komplexer sozialer und technischer Systeme. Diese Analysen und die Umsetzung der daraus gewonnenen Erkenntnisse leisten bereits einen konkreten Beitrag zur Prävention und Risikoreduzierung.

Für den Fall außergewöhnlicher Gefahren- und Schadenslagen müssen in Deutschland neben regionalen und landesweiten auch nationale Risikoanalysen durchgeführt werden.

Hierzu sollen für Deutschland standardisierte und edv-gestützte Routinen entwickelt werden, die zuverlässig und schnell angewendet werden können und eine kontinuierliche Aktualisierung der Gesamt-



Kontaktaufbau und Kontaktpflege zu den EU-Institutionen im Auftrag des BMI gehören zukünftig zu den Aufgaben des BBK. Im Bild das EU-Parlament in Straßburg. (Foto: EU)

lage sicherstellen. Es wird erwartet, dass die flächendeckende nationale Vorsorgeplanung dadurch wesentlich verbessert wird.

Das Zentrum N hat in diesem Bereich primär die folgenden Aufgaben zu erfüllen:

- Kontinuierliche Evaluierung des integrierten deutschen Bevölkerungsschutzsystems (u.a. Entwicklung eines praxistauglichen Referenzsystems, Entwicklung eines langfristig fortschreibbaren systematischen Ansatzes)

- Erarbeitung und Fortschreibung eines mehrstufigen Planungs-, Schutz- und Versorgungskonzeptes für den Bevölkerungsschutz
- Risikoanalysen (u.a. Zusammenführung regionaler und sektoraler Analysen zu einer bundesweiten Gesamtanalyse, Defizitanalysen, kontinuierliche Aktualisierung)
- Entwicklung von Gefährdungskatastern
- Weiterentwicklung der Zusammenarbeit von Bund, Ländern, Kommunen und privaten Hilfsorganisationen (u.a. Kooperationsmechanismen, Unterstützungsleistungen des Bundes bei Schadenslagen von nationaler Bedeutung)
- Kontinuierliche Weiterentwicklung des deutschen Bevölkerungsschutzsystems unter Berücksichtigung der europäischen Integrationsdynamik und der bilateralen Kooperationsansätze vor allem mit den Anrainerstaaten (u.a. Konzeptionelle Anpassung, das heißt: „Systemkonfiguration“, Weiterentwicklung der grenzüberschreitenden Hilfeleistung bei Großschadensfällen, Anpassung der Rechtsgrundlagen)
- Durchführung von Krisenabwehrplanungen
- Entwicklung eines übergeordneten systematischen Ansatzes auf der Grundlage der Evaluierung
- Zivile Alarmplanung
- Intensivierung und Weiterentwicklung der zivil-militärischen Zusammenarbeit (ZMZ) unter besonderer Berücksichtigung der Zusammenarbeit mit der Polizei
- Auswertung nationaler und internationaler Großschadensereignisse
- Bearbeitung von Rechtsfragen des Bevölkerungsschutzes

Fachbereich Internationale Beziehungen

Der Bund will seine Bevölkerungsschutzaufgaben im internationalen Bereich künftig noch effizienter und konzentrierter wahrnehmen. Hierzu wird er mit den zuständigen Stellen im Ausland die Vereinbarung, Vorbereitung und Wahrnehmung präventiver und abwehrender Kooperation in der zivilen Sicherheit vorantreiben. Im BBK wurde hierzu ein neuer Fachbereich für internationale Beziehungen eingerichtet.

Deutschland wird sich verstärkt bilateral abstimmen und an der Grundlagenarbeit und in Pro-

jekten von EU, NATO und UN – deren Frequenz und inhaltliche Dichte nach dem 11.09.2001 sprunghaft angestiegen ist – konsequent mitwirken. Einerseits fließen nationales Know-how und nationale Erfahrungen nutzbringend in die grenzüberschreitenden konzeptionellen und taktischen Planungen ein. Andererseits profitiert Deutschland von einem lebendigen Wissenstransfer und kann zur Wahrung eigener Interessen den internationalen Planungs- und Umsetzungsprozess unterstützen.

Dem gänzlich neu eingerichteten Fachbereich obliegen dabei folgende Aufgaben:

Bilaterale Beziehungen:

- Weiterentwicklung und Pflege bilateraler Kontakte mit dem Ziel des Informations- und Erfahrungsaustauschs
- Fortentwicklung der bilateralen Hilfeleistungsabkommen im Auftrag des BMI

Europäische Union (EU):

- Beratung und Unterstützung des BMI, der Hausleitung BBK und aller Zentren in EU-Fragen
- Nationale Koordinierung bei der planerisch-konzeptionellen Umsetzung des EU-Gemeinschaftsverfahrens (u.a. Experten-Austauschprogramm, CECIS /Common Emergency Communication and Information System, High-Level-Kurse im Rahmen des EU-Trainingsprogramms für Führungskräfte)
- Clearing-Stelle für EU-Ausschreibungen
- Kontaktaufbau und Kontaktpflege zu den EU-Institutionen im Auftrag des BMI (Rat der EU, Europäische Kommission, GD Umwelt, ...)
- Koordinierung der nationalen Beteiligung an den Aktionsprogrammen der EUROPÄISCHEN Union für den Katastrophenschutz sowie anderer Programme in diesem Bereich
- Konzeptionelle Mitwirkung bei der Erarbeitung des nationalen Beitrags des Bevölkerungsschutzes im Rahmen von GASP (Gemeinsame Außen- und Sicherheits-Politik) und ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungs-Politik)
- Konzeptionelle Mitwirkung bei EU-Einsätzen im Bereich Humanitäre Hilfe und Katastrophenschutz in Drittstaaten

NATO:

- Beratung und Unterstützung des BMI, der Hausleitung BBK und aller Zentren in NATO-Fragen
- Mitwirkung an der Weiterentwicklung des Civil Emergency Planning/CEP mit Schwerpunkt Civil Military Cooperation/CIMIC im Auftrag des BMI
- Aktive Mitarbeit in NATO-Gremien



Der Internetauftritt des BBK wird vom Fachbereich Information der Bevölkerung betreut.

- Weiterentwicklung und Pflege von Kontakten zu NATO-Dienststellen und -Gremien im Auftrag des BMI
- Konzeptionelle Mitwirkung an NATO-CMX-Übungen

Vereinte Nationen (UN):

- Beratung und Unterstützung des BMI, der Hausleitung BBK und aller Zentren in UN-Fragen
- Mitwirkung bei der Erarbeitung des nationalen Beitrags zu UN-Verfahren und -Programmen im Bevölkerungsschutz
- Weiterentwicklung und Pflege von Kontakten zu UN-Stellen und -Gremien im Auftrag des Bundesministeriums des Innern

Querschnittsaufgaben:

- Zentrale Ansprechstelle im BBK für EU-, NATO-, und UN-Fragen
- Informations- und Wissensmanagement für alle internationalen Fragen des Bevölkerungsschutzes
- Koordinierung der Repräsentanz des BBK auf internationalen Veranstaltungen, Kongressen und bei internationalen Projekten



Ausstellungen auf Fachmessen und Kongressen gehören ebenfalls zum Aufgabenbereich.

- Vermittlung von Experten für internationale Veranstaltungen und Projekte
- Betreuung ausländischer Delegationen
- Konzeption und Durchführung interner Fortbildungsveranstaltungen
- Klärung von internationalen Rechtsfragen
- Planung und Koordinierung internationaler Kongresse

Fachbereich Information der Bevölkerung

Kernaufgabe des Fachbereiches ist die „Information der Bevölkerung über den Zivilschutz, insbesondere über Schutz und Hilfeleistungsmöglichkeiten“ (§ 4 (2) ZSG) und die Unterstützung der nach § 5 (1) ZSG für Aufbau, Förderung und Leitung des Selbstschutzes zuständigen Gemeinden bei ihrer

Informationsarbeit zum richtigen Verhalten ihrer Bürger in Notfällen.

Die Informationsarbeit verfolgt einerseits das Ziel, den Zivilschutz sachlich darzustellen und über Aufgaben und Maßnahmen zu informieren und andererseits die Akzeptanz für den Zivilschutz und die Selbsthilfemaßnahmen in der Öffentlichkeit zu wecken bzw. zu verstärken und vorbeugend praktische Hinweise zum richtigen Verhalten zu geben. Adressaten dieser Arbeit sind die Medien und die Bevölkerung direkt.

Die Informationsarbeit des Fachbereichs bedient sich dazu verschiedener Mittel und Wege:

- Broschüren, Fold- und Themenblätter,
- Herausgabe einer Fachzeitschrift, des Magazins „Bevölkerungsschutz“ (vierteljährlich, Auflage 30.000),
- Internetangebot (www.zivilschutz-online.de, www.denis.bund.de)
- Informationsfilme,
- Bildschirmpräsentationen,
- Ausstellungen auf Fachmessen und Kongressen,
- Presseverlautbarungen in Abstimmung mit BMI,
- Vorhalten einer tel. Bürgerhotline für Krisenfälle mit standardisierten Antwortkatalogen,
- Einrichtung und Betreuung von E-Mail Adressen (z.B. Info@bbk.bund.de) für Anfragen,

Die Informationen werden ständig aktualisiert und können auch im Internet (www.bbk.bund.de) abgerufen werden.

InfoBev unterstützt andere Organisationseinheiten des BBK mit der Herausgabe von Publikationen („Zivilschutz Forschung“, „Wissenschaftsforum“) und Flyern zur Arbeit der Fachbereiche sowie bei Gestaltungs- und Layoutaufgaben.

Fachbereich Sicherung und Förderung des Ehrenamtes

In der Gesellschaft sind freiwillige ehrenamtliche Dienste am Nächsten heute und in der Zukunft nicht mehr wegzudenken. Überall leisten ehrenamtlich Tätige wertvolle Arbeit und werden gerade in der Zukunft aufgrund der gesellschaftsstrukturellen Veränderungen gebraucht werden. Der in Deutsch-

land ehrenamtlich getragene Zivil- und Katastrophenschutz ist dabei eine der wichtigsten und stabilsten Tragpfeiler in der Architektur des Bevölkerungsschutzes.

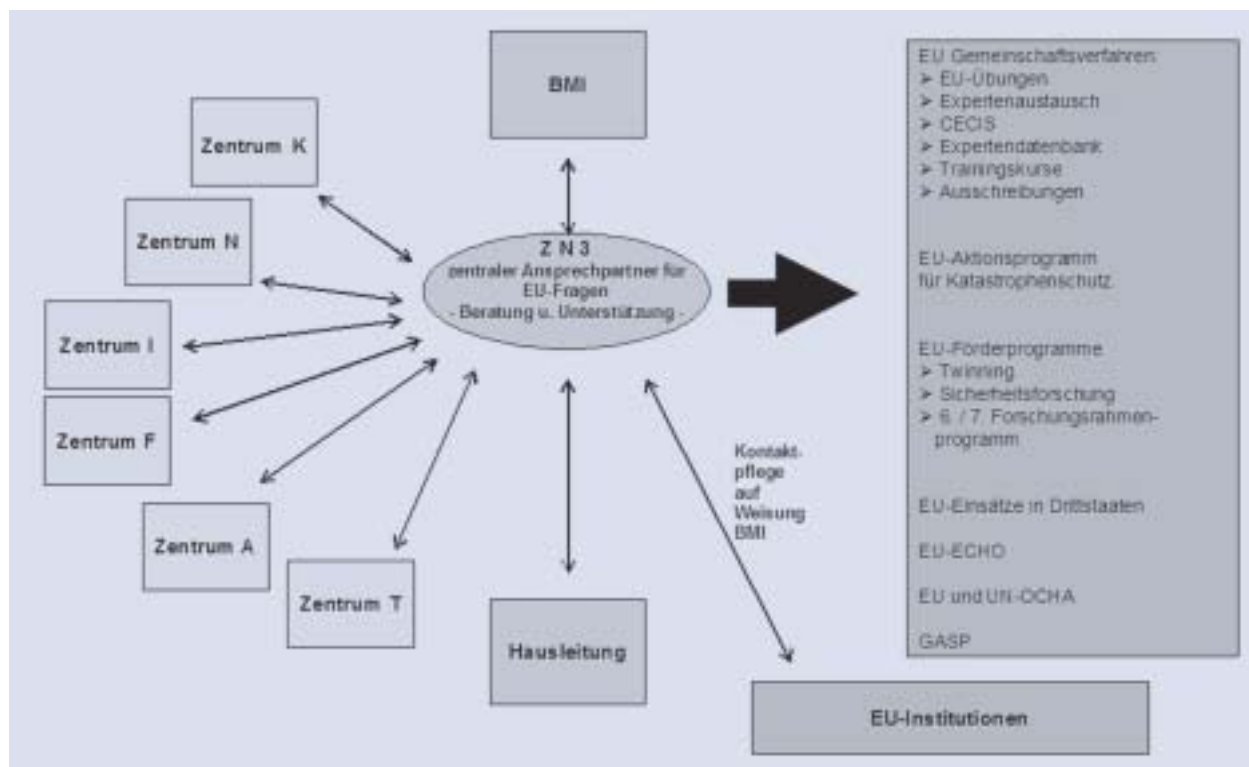
1,7 Millionen ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sind in Deutschland für die Hilfe im Bevölkerungsschutz ausgebildet; sie sind organisiert und beteiligen sich an Ausbildungsveranstaltungen und Übungen und beweisen ihre Leistungsfähigkeit bundesweit im täglichen Einsatz.

Der mögliche Wegfall der Wehrpflicht, aber auch gesellschaftliche Veränderungen im Basispoten-

Um dem sichtbar Rechnung zu tragen wurde im BBK ein Beauftragter für das Ehrenamt bestellt. Ihm obliegt die generelle Förderung und Entwicklung des Ehrenamtes im fachlichen Zuständigkeitsbereich der Behörde.

Dazu

- entwickelt er gemeinsam mit dem BMI und anderen Ressorts zukunftsorientierte, tragfähige Konzepte für die langfristige Sicherung und Stärkung der Ehrenamtlichkeit in Deutschland,



Betätigungsfelder des BBK in der EU.

zial der freiwilligen Helfer, zum Beispiel durch die Folgen einer veränderten Alterspyramide und die Folgen sich ändernder Arbeitsplatzanforderungen, beeinflussen die Verfügbarkeit freiwilliger Helfer. Sie erfordert in den Organisationen wie in allen durch ehrenamtliches Engagement getragenen Einrichtungen deshalb ernsthafte Strukturüberlegungen um die Funktionsfähigkeit des ehrenamtlich basierten Bevölkerungsschutzes zu sichern.

Der Förderung des Ehrenamtes kommt unter diesen Aspekten eine besondere Bedeutung zu.

- ist er zentraler Ansprechpartner für alle Fragen der Ehrenamtlichkeit im Bevölkerungsschutz,,
- entwickelt und fördert er einschlägige Netzwerke zwischen allen fachlich und gesellschaftlich Beteiligten und
- informiert er alle und diskutiert mit allen betroffenen und interessierten Bereichen zur Förderung des Instituts.

Das Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz

Zehn-Punkte-Empfehlung zur Förderung des Ehrenamtes

Das integrierte Hilfeleistungssystem baut auf die Bereitschaft von Bürgerinnen und Bürgern, sich ehrenamtlich im Zivil- und Katastrophenschutz zu engagieren. Diese Bereitschaft ist nicht selbstver-

dem das Engagement und die Eigenverantwortung der Bevölkerung als Aktivposten der Sicherheitsarchitektur eingeplant ist. Die veränderte Sicherheitslage und die Konzeption der neuen Strategie zum

Bevölkerungsschutz erfordern von den Einheiten des Zivil- und Katastrophenschutz eine sichere Verfügbarkeit, aktive Zusammenarbeit und qualifizierte Leistungen.

Gleichzeitig steht der Zivil- und Katastrophenschutz mittel- und zum Teil auch schon kurzfristig vor einem Personalproblem, das sich aus unterschiedlichen Faktoren zusammensetzt. Neben der demographischen Entwicklung sind es die Veränderungen im Bereich der gesetzlichen Wehrpflicht, die bereits jetzt Auswirkungen haben und die Rekrutierungs-



Eine der Arbeitsgruppen des Workshops.

ständig und durch gesellschaftliche Entwicklungen gefährdet. In einem Workshop auf Einladung des Bundesinnenministeriums haben Vertreter der Bundesländer, der Organisationen und der Verbände eine Zehn-Punkte-Empfehlung zur Förderung des Ehrenamtes erarbeitet.

Der Zivil- und Katastrophenschutz in Deutschland ist ein lebendiges und funktionierendes Beispiel für ein aktives Bürger-Staat-Verhältnis, in

möglichkeiten für den Zivil- und Katastrophenschutz erheblich einschränken.

In der Demographie einer alternden Gesellschaft sinkt die Anzahl verfügbarer jüngerer Menschen, die als Helfer für die aktiven Einheiten im Zivil- und Katastrophenschutz verfügbar sind. Vor allem in den östlichen Bundesländern ist die Einsatzfähigkeit mancher Einheiten bereits heute gefähr-

det. Durch die Abwanderung junger leistungsfähiger Menschen wird diese Entwicklung noch verstärkt.

Unter diesen Voraussetzungen gehen die Organisationen und Verbände davon aus, dass der personelle Bestand zukünftig nur unter erheblich gesteigerten Anstrengungen für Ehrenamtspflege, Jugendarbeit und Helferwerbung gehalten werden kann.

Die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des deutschen Bundestages hat in ihrem Abschlussbericht (2002) eine Bestandsaufnahme des Bürgerschaftlichen Engagements vorgelegt und politische Handlungsempfehlungen zur Stärkung des Ehrenamtes gegeben.

Für den überwiegend ehrenamtlich getragenen Zivil- und Katastrophenschutz hat das Bundesministerium des Innern (BMI) eine Abfrage bei den Ländern, den Organisationen und den Verbänden durchgeführt, und Möglichkeiten der Förderung des Ehrenamtes im Zivil- und Katastrophenschutz erfasst. Eine eigene Arbeitsgruppe „Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz“ hat im BMI unter Mitwirkung des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) und der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW) die Aufgabe übernommen, die Aktivitäten in diesem Bereich weiter zu verfolgen.

Dazu fand am 16./17.9.2004 auf Einladung des BMI ein Workshop „Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz“ an der Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) statt.

Der Teilnehmerkreis des Workshops setzte sich zusammen aus Vertretern der fachlich zuständigen Ministerien von 11 Bundesländern und Fachleuten der Hilfsorganisationen Deutsches Rotes Kreuz,

Johanniter-Unfall-Hilfe, Malteser-Hilfsdienst, Arbeiter-Samariter-Bund, Deutsche Lebens-Rettungsgesellschaft, des Deutschen Feuerwehr-Verbandes, des Deutschen Städtetags sowie des BMI und der Bundesbehörden BBK und THW.



Einige Teilnehmer des Workshops.

In der AKNZ wurde somit das Startsignal für eine organisationsübergreifende Plattform gegeben, wo Bund, Länder und Organisationen gemeinsam an der Zukunft des ehrenamtlich getragenen Bevölkerungsschutzes arbeiten.

Als Ergebnis der Beratungen hat der Workshop einvernehmlich eine zehn Maßnahmen umfassende Empfehlung ausgesprochen, um das Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz nachhaltig zu fördern, und damit die Basis für eine zukunftsorientierte Weiterentwicklung des ehrenamtlich getragenen Zivil- und Katastrophenschutzes zu leisten.

Die Teilnehmer betonten die herausragende Bedeutung der Ehrenamtsförderung für die Zukunft des Bevölkerungsschutzes und begrüßten besonders das aktive Engagement des BMI für diese Thematik. Der Austausch mit dem Ziel abgestimmter gemeinsamer Aktivitäten soll zukünftig in regelmäßiger Form weitergeführt werden.

Schwerpunkte der Empfehlungen sind eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und Imagewerbung für das Ehrenamt im Bevölkerungsschutz sowie eine verbesserte länder- und organisationsübergreifende Harmonisierung. Der Startschuss zu dieser Kampagne soll anlässlich der Fußball-Weltmeisterschaft im Jahr 2006 fallen.

Diese Empfehlungen sollen nun dem Arbeitskreis V „Feuerwehrangelegenheiten, Rettungswesen, Katastrophenschutz und Zivile Verteidigung“ der Innenministerkonferenz (IMK) sowie dem strategischen Beirat für den Zivil- und Katastrophenschutz des BMI zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt werden.

Die zehn empfohlenen Maßnahmen zur Förderung des Ehrenamtes im Zivil- und Katastrophenschutz

I. Schaffung eines gemeinsamen Images für das Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz

1. Entwicklung einer Botschaft/eines Logos als gemeinsamer Werbeträger für das Ehrenamt im Zivil- und Katastrophenschutz.
2. Start der gemeinsam abgestimmten PR-Kampagne aus Anlass der Fußball-Weltmeisterschaft, z.B. mit:
 - Plakataktionen,
 - gemeinsamem Internetauftritt
 - Kino-/Fernsehspot sowie
 - prominenten Werbeträgern, vergleichbar der Aktion „Keine Macht den Drogen“.
3. Fortführung der PR-Kampagne unter der gefundenen Botschaft/Logo für folgende Zielgruppen (Adressaten):
 - Kinder/Jugendliche (Einstieg),
 - junge Erwachsene (Übergang Jugendgruppe/aktiver Dienst),
 - Erwachsene (Helfergewinnung und -erhaltung),
 - Senioren (Reaktivierung),
 - Mädchen/Frauen und
 - Arbeitgeber

Zum Beispiel mit

- Aktionen „vor Ort“
- „Tag der Aktion“
- Themenwoche / Unterrichtseinheiten an Schulen.

II. Status der Helferinnen und Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz

4. Rahmenempfehlung der IMK zur Vereinheitlichung der Stellung der Helferinnen und Helfer in Bund, Ländern und Gemeinden.
5. Organisationsübergreifende Helfer-Card für Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz (Helferausweis).

III. Förderung der Akzeptanz der Arbeitgeber

6. Überprüfung der Kostenerstattung / Entgeltfortzahlung für Arbeitgeber.
7. Anerkennung für die Arbeitgeber.
8. Besondere Anerkennung der ehrenamtlich Tätigen im öffentlichen Dienst.

IV. Harmonisierung der Ausbildung

9. Erstellung einer bundeseinheitlichen Rahmenempfehlung für ehrenamtsfreundliche Ausbildung.
10. Gleichstellung von Qualifizierungsmaßnahmen im Rahmen ehrenamtlicher Tätigkeiten im Zivil- und Katastrophenschutz mit denen aus dem gesellschaftlichen (z.B. politische Bildung) und gewerkschaftlichen (z.B. Betriebsratsfortbildung) Bereich; insbesondere bei der Gewährung von Bildungsurlaub.

Führungsübung für den operativ-taktischen Bereich

Ein Projekt der AKNZ

Von Toni Delmich und Rolf Obladen M.A.

Im AKNZ-Seminar „Anlegen einer Führungsübung im operativ-taktischen Bereich 1 vor Ort“ werden die Voraussetzungen für eine erfolgreiche, kundenorientierte Ausbildungsveranstaltung geschaffen und eine Rahmenübung vorbereitet.

Einführung, Seminarkonzept

Mit der Neustrukturierung der Führung in der Gefahrenabwehr (entsprechend FwDV 100) ergibt sich die Notwendigkeit, den Mitgliedern operativ-taktischer Führungorgane nach deren Ausbildung und während ihrer Weiterbildung die Möglichkeit zu eröffnen, das erworbene Wissen in möglichst realitätsnahen Gefahrenabwehrübungen anzuwenden und zu festigen. Aus diesem Grunde bietet die Akademie für Krisenmanagement, Notfallplanung und Zivilschutz (AKNZ) in Bad Neuenahr-Ahrweiler den Kreisen und kreisfreien Städten zwei gekoppelte Seminare an, die diese in die Lage versetzen, für ihre operativ-taktischen Führungorgane eine auf die Gegebenheiten ihres Zuständigkeitsbereiches zugeschnittene Rahmenübung anzulegen, vorzubereiten, durchzuführen und auszuwerten.

Die Rahmenübung ist hier eine Planübung für den operativ-taktischen Bereich, bei der neben den Führungskräften lagebezogen auch Führungsassistenten, Fachberater der am Einsatz beteiligten Behörden, Hilfsorganisationen und Unternehmen, Personal des Fernmeldedienstes sowie Verbindungsoffiziere der Bundeswehr, Verbindungsbeamte der Polizei und des Bundesgrenzschutzes teilnehmen und eingebunden werden können.

Das erste der beiden gekoppelten Seminare ist ein einwöchiges Seminar an der AKNZ, in dem die Veranstaltung strukturiert und eine Rahmenübung an-



Zu Übungszwecken errichtete Befehlsstelle in der AKNZ.

gelegt wird. Die Teilnehmer dieses Seminars, ab jetzt Mitglieder Vorbereitungsgruppe, setzen nach Seminarende die begonnenen Arbeiten am Standort fort. Nach etwa sechs bis acht Monaten wird diese Übung

in einem zweiten Seminar in einer Befehlsstelle der AKNZ oder in der Führungseinrichtung des Kreises oder der kreisfreien Stadt durchgeführt. Im Nachgang zu diesem Seminar erfolgt in enger Kooperation die Auswertung, deren Ergebnis dem Kreis oder der kreisfreien Stadt als Übungsbericht zur Verfügung gestellt wird. In ihm sind u.a. Empfehlungen enthalten, wie die Gefahrenabwehr im Zuständigkeitsbereich aufrechterhalten und weiterentwickelt werden könnte.

Ziel

Ziel dieser beiden gekoppelten Seminare ist es, die Teilnehmer in eine durchaus auch psychisch belastende Situation zu versetzen, in der sie ihre in den Seminaren „Führen und Leiten im operativ-taktischen Bereich“ (Teile 1 und 2 – OPT 1 und OPT 2) erworbenen Kenntnisse unter standortbezogenen Bedingungen anwenden müssen. Dabei stehen die Anwendung des Führungsvorgangs und die damit verbundenen kommunikativen und handwerklichen Tätigkeiten im Vordergrund.

Szenario

Das Thema der Rahmenübung ist die Gefahrenabwehr im eigenen Zuständigkeitsbereich unter den gegebenen Bedingungen und mit den hier tatsächlich vorhandenen und einsatzbereiten Ressourcen. Auf der Basis einer Vulnerabilitätsanalyse wird im ersten Seminar von der Vorbereitungsgruppe eine Schadenlage ausgewählt, deren Eintrittswahrscheinlichkeit im Einzugsbereich des Kreises oder der kreisfreien Stadt immerhin so hoch ist, dass die Auseinandersetzung mit ihr nicht allein auf die theoretische Diskussion beschränkt bleiben könnte. Die individuell zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Gestaltung eines Szenarios werden grundsätzlich im Rahmen des Seminars ausführlich erörtert.

Eine Möglichkeit der Auswahl einer Schadenlage besteht darin, sich die Personen- und Güterströme auf den Verkehrswegen des eigenen Zuständigkeitsbereiches anzusehen und mit Hilfe einschlägiger Einsatzberichte in den Fachzeitschriften ein Ereignis so zu platzieren, dass es den Einsatz der operativ-taktischen Führungsbereiches erfordert. So könnte

sich z.B. früh morgens ein Güterzug dem Weichenfeld des Hauptbahnhofs der Kreisstadt genähert haben und während des Abbremsens ist eine Achse eines Drehgestells über einer Weiche entgleist. Die Situation könnte sich folgendermaßen weiterentwickeln: Während der Ausfahrt des Zuges entgleist nun auch die zweite Achse des Drehgestells, beim Überfahren einer ablenkenden Weiche stürzt der Güterwagen um und verursacht dadurch ein Auseinanderreißen des Zuges. Auf den umgestürzten Wagon laufen zwei weitere auf und stürzen ebenfalls um. Polizei und der Zugführer des ersteintreffenden Löschzuges stellen fest, dass die ersten beiden Güterwagen mit Gefahrgut beladen sind, der dritte mit Stückgut. Es ist erkennbar, dass ein mit Gefahrgut beladener Güterwagen zwar umgestürzt, aber bisher kein Gefahrgut ausgetreten ist. Der zweite mit Gefahrgut beladene Güterwagen ist beschädigt, ein weißes Pulver läuft aus. Die umgestürzten Wagen befinden sich auf einer Überführung eines innerstädtischen Hauptverkehrsweges, es ist 5:45 Uhr und der alltägliche Berufsverkehr setzt ein. Bundesgrenzschutz und Feuerwehr sichern die Unfallstelle großräumig ab und beginnen mit der Bewältigung des Ereignisses. Der Zugführer der Feuerwehr veranlasst die Alarmierung der Technischen Einsatzleitung und fordert weitere Einsatzkräfte an.

Der hier grob skizzierte Beginn einer Schadenlage muss einerseits detaillierter ausgearbeitet werden (z.B. um eine Spezifikation des Gefahrgutes und der eingesetzten bzw. nachgeforderten Einsatzkräfte) und andererseits den vor Ort gegebenen Bedingungen angepasst werden: So könnte in den Unfall ein Personenzug integriert werden, um eine entsprechende Schadenlage für den Rettungsdienst zu erhalten. Weitere Parameter der Szenarioanpassung wären z.B. die Topographie des Unfallortes, die zum Unfallzeitpunkt herrschende Witterung oder auch eine Bestimmung des Unfalltages (Werktag/Wochenende; Sommer- oder Winterhalbjahr). Schließlich muss das erstellte Szenario den Anforderungen des Zielkataloges genügen, insbesondere dann, wenn die Anwendung bestimmter Führungsmittel gefordert wurde.

Teilnehmerkreis und Teilnahmevoraussetzungen

Zur ersten Seminarwoche (Anlegen einer Führungübung im operativ-taktischen Bereich 1 vor

Ort) wird der Personenkreis eingeladen, der als Vorbereitungsgruppe die Übung anlegt, diese als Leitungsgruppe, ggf. ergänzt mit weiteren Spezialisten, in der zweiten Seminarwoche (Führen und Leiten im operativ-taktischen Bereich 1 vor Ort) durchführt und im Anschluss daran auswertet. Diese Gruppe wird am Standort ohne direkte Beteiligung der AKNZ eigenverantwortlich umfangreiche Aufgaben zu erledigen haben, deshalb wird seitens der AKNZ gefordert, dass die Leiterin/der Leiter der Vorbereitungsgruppe hauptamtlich eine Führungsaufgabe in der öffentlichen Gefahrenabwehr wahrnimmt. Die weitere Besetzung der Vorbereitungsgruppe richtet sich inhaltlich am geplanten Szenario aus, entsprechende Spezialisten sollten bereits im Vorfeld angesprochen werden. Für die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe gelten folgende Teilnahmevoraussetzungen:

- Kein Mitglied der Vorbereitungsgruppe darf Mitglied der übenden Führungsorgans sein.
- Die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe müssen bei der Durchführung der Übung während der zweiten Seminarwoche zur Verfügung stehen.
- Beamte/Beamtinnen der Feuerwehren haben folgende Seminare besucht:
 - Anlegen und Durchführen von Katastrophenschutz-Übungen
 - OPT 1
 - OPT 2
- Die Vertreter/Vertreterinnen der Hilfsorganisationen und der Bundesanstalt THW müssen eine abgeschlossene Führungsausbildung in ihrem Bereich nachweisen können; von Vorteil ist der Besuch des Seminars „Anlegen und Durchführen von Katastrophenschutz-Übungen“.
- Eine Schreibkraft, die mit der standorteigenen Software vertraut ist und sich kurzfristig in die

von der AKNZ zur Verfügung gestellte Anleger-Software einarbeiten kann, ergänzt die Vorbereitungsgruppe auf sinnvolle Weise.

- Die Übungsteilnehmer müssen in ihren Stabsfunktionen ausgebildet sein.



Das erste der beiden gekoppelten Seminare ist ein einwöchiges Seminar an der AKNZ.

Aus der Anordnung der beiden gekoppelten Seminare folgt, dass die Teilnahmevoraussetzungen sowohl für die Mitglieder der Vorbereitungsgruppe als auch für die Übungsteilnehmer zu dem Zeitpunkt erfüllt sein müssen, zu dem die Terminvereinbarung zwischen dem Kreis oder der kreisfreien Stadt und der AKNZ erfolgt.

Tätigkeit im Seminar / Angebot der AKNZ

Im Seminar werden zwei verschiedene Arbeitspakete bearbeitet, die Planung und Vorbereitung der Ausbildungsveranstaltung „Gefahrenabwehr-Übung“ und das Anlegen und Vorbereiten dieser Gefahrenabwehr-Übung.

Dem Übungsauftrag werden die für das Veranstaltungsdesign relevanten Merkmale entnommen und danach wird der Ablauf der Veranstaltung geplant und vorbereitet: z.B. die Absprache eines Termins, die Festsetzung der Übungsdauer und die Bestimmung der Anzahl der erforderlichen Teilneh-

mer (siehe hierzu auch die obligatorischen Teilnahmevoraussetzungen). An dieser Stelle kann selbstverständlich auf die individuellen Anforderungen des Kreises oder der kreisfreien Stadt eingegangen werden. Im Seminar wird diskutiert und entschieden, an welcher Stelle im Ablauf man diesen Anforderungen in optimaler Weise gerecht werden kann.

Das Anlegen einer Übung beginnt ebenfalls mit der Analyse des Übungsauftrages, diesmal unter dem Gesichtspunkt der Szenarioentwicklung, gefolgt von der Vorstellung der möglichen Gefahren am

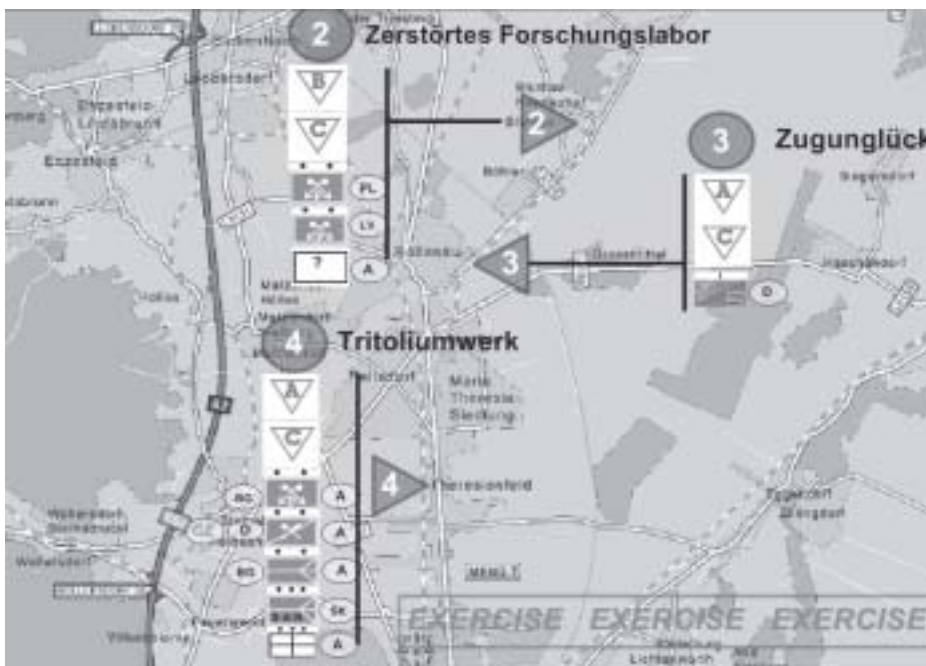
unterlagen. Eine vollständige Liste der für die Anlegearbeit erforderlichen Unterlagen ist im Pflichtenheft zu diesem Seminar abgedruckt, das der Ansprechpartner beim Kreis oder der kreisfreien Stadt im Vorgespräch mit dem Seminarleiter der AKNZ erhält.

Mit diesen Informationen und den standortbezogenen Einsatzvorbereitungen wird nach einem von der AKNZ vorgegebenen Verfahren eine Einsatzanalyse für dieses konkrete Szenario erstellt. Das Ergebnis dieser Einsatzanalyse ist eine Entscheidung zu Gunsten einer von mehreren erarbeiteten Alternativen, die im weiteren

Verlauf als „die Leitungslösung“ bezeichnet und detailliert ausgearbeitet wird. Diese Leitungslösung ist ein Kompromiss bestehend aus den gültigen Standards für die Bewältigung einer solchen Schadenlage und den standortbezogenen Annahmen zur Schadenlage im Szenario.

Als nächstes erfolgt eine Aufteilung des Szenarios in einen Teil, der den Übungsteilnehmern zu Beginn der Übung als Lage zur Kenntnis gebracht wird und in einen Teil, dessen Inhalt in Einlagen umgearbeitet wird und

die Weiterentwicklung der Lage entlang der Leitungslösung beschreibt. Das Szenario wird genau zu dem gedachten Zeitpunkt geteilt, zu dem der erste Übungsteilnehmer aktiv werden soll. Die Ausarbeitung dieser beiden Teile beinhaltet gleichermaßen die Berücksichtigung technischer, organisatorischer, notfallmedizinischer, gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Faktoren im Zuständigkeitsbereich des Kreises oder der kreisfreien Stadt. Einfluss auf die Ausarbeitung der Übung haben aber auch der Ausbildungsstand der Übungsteilnehmer, der zur Verfügung stehende Kostenrahmen und die Darstellbarkeit des Szenarios aus der Sicht der Übungsleitung. Letzteres wird bestimmt durch die Besetzung der Übungsleitung und durch die Möglichkeiten der



Zu den Übungsunterlagen gehören auch präzise Darstellungen der Lage.

Standort und der Diskussion ausgewählter Szenario-Skizzen. Falls erforderlich, wird innerhalb der Vorbereitungsgruppe der Kenntnisstand über die bevorstehende Anlegearbeit abgeglichen und aktualisiert. Danach beginnt die Vorbereitungsgruppe mit der Ausarbeitung der ausgewählten Szenario-Skizze.

Zur Erstellung des Szenarios werden unterschiedliche Informationen zusammengetragen, z.B. zur Beschreibung der Schadenlage (Entstehung, Verstärkung, Abschwächung, Ende), zu den verschiedenen Möglichkeiten einer erfolgreichen Bewältigung des Ereignisses, zu den verpflichtend beizuziehenden Akteuren sowie zu den üblicherweise darüber hinaus involvierten Akteuren und zu den zur Verfügung stehenden Ressourcen und den erforderlichen Arbeits-

Lagedarstellung mit den Mitteln, die einer Übungsleitung in einer Rahmenübung zur Verfügung stehen.

In diesem Zusammenhang bietet die AKNZ umfangreiche Möglichkeiten an, die Entwicklung und Darstellung eines Szenarios und damit auch der Lage und der Weiterentwicklung der Lage fachlich wie methodisch zu unterstützen.

Im Bereich der chemische Risiken können auf Grund der vorgehaltenen Datenbanken die Entscheidungen für oder gegen bestimmte im Szenario angenommene Gefahrstoffe unterstützt und dann, EDV-gestützt, Ausbreitungs- und Wirkungsmodelle berechnet werden. Als Ergebnis erhält die Vorbereitungsgruppe maßstabgerecht ausgedruckte Folien mit den entsprechenden Radien und Zonen zur Verwendung mit dem am Standort vorhandenen Kartenmaterial.

Neben diesen Informationen zur Schadendarstellung können auch Informationen über andere Merkmale einer Schadenlage und deren Bewältigung zur Verfügung gestellt werden. Diese umfassen z.B. Angaben zur Zeitachse des Ereignisses, zu möglichen Dominoeffekten, verursacht durch das Startereignis, und über jene Akteure, wie z.B. TUIS oder spezielle überregionale Fachgruppen des THW, die unter bestimmten Bedingungen in der standortbezogenen Bewältigung der Gefahrenlage tätig werden könnten.

Methodisch wird die Vorbereitungsgruppe unterstützt, indem die von ihr vorgetragenen Ideen und formalen Anforderungen an die Übung so in das Übungsvorhaben integriert werden, dass diese Merkmale in der Anlegearbeit und während der Vorbereitung der Übung entsprechend aufbereitet und platziert werden:

- Die für den Führungsvorgang notwendigen Informationen an der richtigen Stelle entstehen und ebenso transportiert werden (Kommunikationswege und Führungsmittel).
- Entscheidungen der Übungsteilnehmer nicht durch die Formulierung der Informationen vorgehen genommen werden.
- Rückfallebenen für den Fall gestaltet werden, dass die Übungsteilnehmer den Bereich der gedachten Leitungslösung verlassen – im optimalen Fall, wenn die Übungsteilnehmer die Lage sofort adäquat in ihrem gesamten Umfang erkannt haben und entsprechend offensiv und proaktiv handeln, und im suboptimalen Fall, wenn seitens der Übungsteilnehmer wichtige Merkmale der Lage

unberücksichtigt bleiben und die Schadenlage zu eskalieren droht.

- Mit dem Übungsauftrag besteht die Verpflichtung, eine Übung so anzulegen, dass die angenommene Lage auch von dem dort benannten Führungsorgan bewältigt werden kann. Ist dies nicht der Fall, können während der Durchführung der Übung mindestens zwei für die Übungsleitung sehr unangenehme Fälle eintreten: Im ersten Fall sind die Übungsteilnehmer durch die vorgegebene Lage unterbeschäftigt und finden ausreichend Zeit, sich mit der Übungsleitung zu beschäftigen – in der Folge beüben die Übungsteilnehmer die Übungsleitung. Im zweiten Fall erkennen die Übungsteilnehmer die Komplexität der Lage und fordern den Einsatz der nächst höheren Führungsebene mit denselben Folgen wie im ersten Fall. Mit Blick auf eine erfolgreiche Durchführung der Übung muss beides verhindert werden.

Das Bestreben des Seminarleiters und seines Assistenten ist das Aufeinanderabstimmen der Inhalte des Szenarios mit den Vorgaben des Übungsauftrages in Übereinstimmung mit den Inhalten des ausgehändigten Pflichtenhefts und den methodischen Erfordernissen einer Übungsanlage.

Ebenfalls in der ersten Seminarwoche werden wesentliche Absprachen über die Räumlichkeiten für die Durchführung der Übung getroffen. Falls die Übung in einer Befehlsstelle der AKNZ durchgeführt werden soll, kann diese besichtigt werden und die Vorbereitungsgruppe erhält einen ersten Eindruck von den ihr zur Verfügung stehenden Räumlichkeiten als Übungsleitung. Auch kann bereits hier der Einsatz des Fernmeldedienstes erörtert oder der Bedarf an Betriebspersonal seitens der AKNZ abgeschätzt werden. Soll die Übung in einer Führungseinrichtung am Standort durchgeführt werden, so sollte diese während der ersten Woche der AKNZ vorgestellt werden. Im Anschluss daran können weitere Planungsschritte zur Durchführung der Übung in Angriff genommen werden.

Tätigkeiten der Vorbereitungsgruppe nach dem Seminarende

Der Abschluss der ersten Seminarwoche besteht aus einer Zusammenstellung der erarbeiteten Unter-

lagen und der zu erledigenden Arbeiten am Standort der Vorbereitungsgruppe. In der Regel umfassen diese Arbeiten die Präzisierung der Informationen der Lage und der Einlagen. An dieser Stelle besteht die Möglichkeit, weitere Spezialisten unter Berücksichtigung der Teilnahmevoraussetzungen für die Mitwirkung in diesem Übungsvorhaben zu gewinnen. Ist im Verlauf der Seminarwoche festgestellt worden, dass im Bereich der Einsatzvorbereitung der beteiligten Akteure Aktualisierungsbedarf bestehen könnte, muss vor der Durchführung der Übung innerhalb der Gruppe der Entscheidungsträger am Standort entschieden werden, ob dies tatsächlich der Fall ist und ob die Aktualisierung vor der Übung durchzuführen ist oder ein Ergebnis der Durchführung der Übung werden soll.

Die Vorbereitungsgruppe bereitet zu gegebener Zeit die für die Durchführung der Übung erforderlichen Unterlagen vor. Dabei ist zu bedenken, dass während der Durchführung der Übung die Einsatzbereitschaft eines arbeitsfähigen Führungsorgans am Standort gewährleistet sein muss. Deshalb müssen bestimmte Arbeitsunterlagen (siehe Liste im Pflichtenheft) zusätzlich erstellt (z.B. Kartenmaterial) und kopiert werden (z.B. Handakten der einzelnen Führungsgrundgebiete).

Für die Zeitplanung innerhalb der Vorbereitungsgruppe ist zu beachten, dass der AKNZ die vollständigen Übungsunterlagen im Entwurf zwei Monate vor der Durchführung des Folgeseminars und die überarbeiteten Übungsunterlagen spätestens sechs Wochen vor dem Beginn des Folgeseminars zur Verfügung stehen müssen.

Zusammenfassung und Ausblick

Die AKNZ bietet den Kreisen und kreisfreien Städten eine Plattform für die Anlage, Vorbereitung, Durchführung und Auswertung einer Rahmenübung für die operativ-taktische Führungsebene an. Die Zulassung zur Teilnahme an diesen Seminaren ist mit bestimmten Voraussetzungen verbunden, die alle Veranstaltungsteilnehmer zum Zeitpunkt der Terminvereinbarung mit dem Kreis oder der kreisfreien Stadt erfüllen müssen.

Im Anleger- und Vorbereitungsseminar werden wesentliche Strukturen und Inhalte der Ausbildungsveranstaltung geplant und erstellt. Basis für die

durchzuführenden Arbeiten ist der Übungsauftrag, aus dem einerseits die Rahmenbedingungen für das Veranstaltungsdesign und andererseits die Inhalte der Gefahrenübung abgeleitet werden. Die Anlage dieser Übung beginnt mit der Entwicklung eines belastungsfähigen Szenarios, das mit Berücksichtigung der Gegebenheiten am Standort ein Ereignis beschreibt, dessen Eintrittswahrscheinlichkeit im Einzugsbereich des Kreises oder der kreisfreien Stadt immerhin so hoch ist, dass die Auseinandersetzung mit dieser Schadenlage nicht allein auf die theoretische Diskussion beschränkt bleiben könnte. Aus den im Seminar entwickelten Ergebnissen der Einsatzanalyse wird die Leitungslösung herausgearbeitet, entlang der die Lage bestimmt und deren Weiterentwicklung durch Einlagen fortgeschrieben wird.

Den Abschluss der Seminarwoche bildet eine Zusammenstellung der erstellten Unterlagen und die Planung der weiteren Arbeitsschritte. Diese Planung muss neben der Berücksichtigung der fachlichen Aspekte auch den zeitlichen Vorgaben der AKNZ in Bezug auf die Durchführung der zweiten Seminarwoche genügen.

Erste Erfahrungen mit den neu in das Ausbildungsprogramm der AKNZ aufgenommenen Seminaren liegen voraussichtlich im ersten Quartal 2005 vor. Die Autoren werden dann an dieser Stelle über die Durchführung mehrerer Gefahrenabwehrübungen, deren Auswertung sowie über die Erfahrungen der Kreise bzw. der kreisfreien Städte und der Veranstaltungsteilnehmer berichten.

ABC-Erkundungsübung

Zweite überregionale Übung im Landkreis München

Von Christoph Althelm, Dr. Ralf Plinninger und Hans Huebl

Der Bund ist allein für den Schutz der Zivilbevölkerung im Krieg zuständig (Art. 73 GG). Im Zivilschutz-Neuordnungsgesetz von 1997 wurden die laut § 12 im V-Fall anfallenden Tätigkeiten auf vier so genannte Aufgabenbereiche (Brandschutz, ABC-Schutz, Sanitätswesen und Betreuung) reduziert und deren Durchführung größtenteils delegiert. Der Bund hat sie im § 11 denjenigen Organisationen übertragen, die für die Länder deren Katastrophenschutzfähigkeiten wahrnehmen. Allerdings legt der Bundesminister des Innern (BMI) Art und Umfang seiner Katastrophenschutz-Ergänzung fest. Die Länder teilen die Ausstattung auf die für den Katastrophenschutz zuständigen Behörden auf. Diese können die Ausstattung an die Träger der Einheiten und Einrichtungen weitergeben.

Die Länder sind verpflichtet, für alle anderen Arten von Schadensereignissen, außer dem Kriegsfall, realistische und umfassende Vorsorge sowie effektive und zeitgemäße Hilfeleistung zu garantieren (Art. 30 GG). Hierzu wäre von jedem einzelnen Land für größere (ABC-)Gefahrstoffeinsätze flächendeckend moderne Mess- und Analyseausstattung, übergeordnete Messleitungen, ausreichend taugliche Gefahrstoff-Schutzausrüstungen, Logistik von Spezialgeräten, ausreichende moderne Kommu-

nikation, professionelle Einsatzführungskapazitäten usw. vorzuhalten sowie deren jeweils professioneller Einsatz zu garantieren.

Der ABC-ErkKW (ABC-Erkundungs-Kraftwagen) stellt somit – ebenso wie der Dekon-P – einen Teil der so genannten Ergänzungsausstattung des



ABC-ErkKW des Bundes, stationiert beim ABC-Zug München-Land.

BMI für seinen Aufgabenbereich „ABC-Schutz im V-Fall“ dar.

Vor diesem Hintergrund fand die zweite überregionale Einsatzübung der Erkundungskomponenten der ABC-Züge der Landeshauptstadt München (Freiwillige Feuerwehr München, Abt. Stadtmitte) und des Landkreises München statt.

Bei der ersten großräumigen Übung der Erkundungskomponenten Ende März 2003 standen die

Koordination der Fahrzeuge und die Kommunikation im Vordergrund¹. Bei dieser zweiten Übung lag das Hauptaugenmerk neben dem koordinierten Einsatz der Erkundungskomponenten durch die Messleitung in der Durchführung einer korrekten, realen Messung durch die Einsatzkräfte vor Ort.

Für eine realitätsnahe Ausbildung einer ABC-Erkundungskomponente sind Trainingsstunden am Messcontainer und regelmäßige Messfahrten, die den Umgang mit dem Gerät vertiefen, allein nicht ausreichend. Vielmehr ist es sowohl für das Bedienpersonal als auch für die Führungskräfte unbedingt notwendig, zusätzlich in größerem Kontext und mit mehreren gleichzeitig operierenden Erkundungsfahrzeugen regelmäßige Messübungen durchzuführen.

Für die im Einsatzfall vorgesehenen Bediener gilt es hierbei insbesondere

- das Zusammenspiel mehrerer Messfahrzeuge zu üben,
- die Orientierung in unbekanntem Gelände zu schulen,
- den taktischen und technischen Einsatzwert des ABC-Erkunders und seine Einsatzgrenzen einschätzen zu lernen,
- die richtige Kommunikation der im Einsatzgebiet ermittelten Erkenntnisse an die Einsatzführung zu üben sowie
- in möglichst realistischen Übungsszenarien selbst aufgenommene Messwerte zu erfassen, zu dokumentieren und in eigener Verantwortung richtig darauf zu reagieren.

Die im Einsatzfall vorgesehenen Führungskräfte sollen

- die Strukturierung eines effektiven Messeinsatzes erlernen – in voller Verantwortung und Kenntnis der Einsatzgrenzen des Fahrzeuges,
- den taktischen und technischen Einsatzwert des ABC-Erkunders einschätzen können,
- die richtige Kommunikation zu den jeweils richtigen Fahrzeugen im Einsatzgebiet beherrschen,
- in möglichst realistischen Übungsszenarien auf übermittelte Messwerte verantwortlich und richtig reagieren,
- den gesamten Einsatzablauf sowie Ort, Zeit, Wetter und Verlauf der erhobenen Messwerte mit der gebotenen Genauigkeit in Verbindung mit den daraus gezogenen Konsequenzen dokumentieren

und in geeigneter Weise zusammenfassen, um der Einsatzleitung ein Gesamtbild der Lage vermitteln zu können und

- den hohen Kommunikationsbedarf und die zu beherrschende Informationsflut an einem Übungsfall einschätzen lernen.

Die zweite große Messübung im Raum München war als Fortsetzung der im Frühjahr 2003 begonnenen gemeinsamen Übungen der ABC-Komponenten Waldkraiburg, München-Land und München-Stadt konzipiert.

Übungsziele waren das weitere Training der Führungskräfte in der Planung und Leitung eines Messeinsatzes, Erhebung und Dokumentation tatsächlicher Messwerte in einem realistischen Szenario, Entscheidungstraining bei der Auswahl von Messmethode, Messgerät und Messmodus sowie weitere Erprobung von Handling, Umfang und Grenzen des Austauschs der erforderlichen Datenmenge. Die Freiwillige Feuerwehr München – Abteilung Stadtmitte - zeichnete als Gastgeber für die Übungsdarstellung verantwortlich. Die Ausarbeitung des geheimen Szenarios fand in Zusammenarbeit zwischen den ABC-Komponenten München-Stadt und München-Land statt. Die Organisatoren legten besonderen Wert auf die Möglichkeit, unter realistischen Bedingungen üben zu können. Hierzu war geplant, tatsächliche Messwerte zu erzeugen, um auf das künstliche „Einspielen“ von fiktiven Messergebnissen verzichten zu können. Das vorhandene Repertoire der Münchener Feuerwehrscheule an g-Strahlern in Verbindung mit der hohen Empfindlichkeit der ausgereiften radiologischen Messkomponente der Bundesfahrzeuge bot die Gelegenheit, mehrere radioaktive Strahlenquellen, die in unterschiedlicher Stärke g-Strahlung aussenden, an mehreren Stellen im Stadtgebiet zu verstecken – selbstverständlich unter sorgfältiger Beachtung der erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen, um eine Gefährdung von Menschen, Tieren oder Umwelt auszuschließen.

Glücklicherweise verfügt die Feuerwehrscheule über ein zugelassenes Fahrzeug mit entsprechender

¹ Plinninger, Hübl, Altheim, Uhl, & Deissenböck: ABC-Erkundungsübung. Erste überregionale Übung im Landkreis München. In: Bevölkerungsschutz, 2-2003, S. 18-21

Kennzeichnung. Außerdem besitzt einer der ausgebildeten Fahrer auch eine Umgangsgenehmigung für die benötigten Strahler und hatte spontan seine Bereitschaft signalisiert, auch an einem Samstag mitzuhelfen. An dieser Stelle sei nochmals ein herzliches Dankeschön an die Feuerwehrschiele München gerichtet!

Szenario

Das Übungsszenario „Absturz eines Satelliten mit spaltbarem Material“ ging von einem abgestürzten Satelliten aus, der durch eine Nuklearbatterie angetrieben wurde und bei dessen Absturz radioaktive Bruchstücke im Zentrum von München niedergegangen waren. Ziel der Übung sollte sein, die radioaktiven Trümmer mit Hilfe des radiologischen Messsystems der ABC-Erkundungsfahrzeuge zu lokalisieren.

Bei diesen Überlegungen griffen wir auf die Erfahrungen aus den folgenden beiden Ereignissen zurück:

- 1978 stürzte der Satellit KOSMOS 954 mit einem Kernreaktor an Bord über Kanada ab²,
- 1964 verglühte der Satellit SNAP-9A mit einer Radionuklidbatterie an Bord³.

Im Folgenden sind die notwendigen Informationen aus [2] und [3] zusammengefasst:

In Satelliten werden zur Energieversorgung im Weltraum je nach Aufgabe und Energiebedarf chemische Batterien, Solarzellen, Radionuklidbatterien oder Kernreaktoren verwendet. Die beiden letzteren enthalten radioaktive Stoffe, die bei nicht bestimmungsgemäßem Ablauf der Mission zu einer erheblichen Strahlenbelastung der Bevölkerung führen können. Eingesetzt werden diese nuklearen Energieversorgungssysteme bisher von den USA und der UdSSR/Russland

Beispielhaft sei darauf hingewiesen, dass derzeit Russland jedes Jahr einen oder zwei Aufklärungssatelliten mit Kernreaktoren an Bord in den Weltraum schießt.

Nach Ende ihrer Mission sollen sie in einen ca. 800 km hohen so genannten Parkorbit geschickt werden. Dort sollen die Satelliten 300 Jahre verweilen, um ein Abklingen der Radioaktivität auf geringe Reste sicherzustellen, ehe die Rückkehr zur Erde erfolgt.

Das Anheben in den Parkorbit ist in der Vergangenheit nicht immer gelungen, wie beispielsweise bei KOSMOS 954. Dies hatte zur Folge, dass der



Die Münchner Theresienwiese diente als Übungsgelände.

Satellit unmittelbar nach dem Ablauf seiner Mission zur Erde zurückkehrte und sich beim Eintritt in die Atmosphäre in mehr oder weniger große Partikel zerlegte.

² STRAHLENSCHUTZKOMMISSION DES BUNDES: Strahlenrisiko und Verhaltensempfehlungen für den Fall des Absturzes des Satelliten Kosmos 1900; Empfehlung der Strahlenschutzkommission, verabschiedet in der 85. Sitzung der Strahlenschutzkommission am 14. September 1988. Bundesanzeiger Nr. 182 vom 28. September 1988. Veröffentlichungen der Strahlenschutzkommission, Band 15.

³ STRAHLENSCHUTZKOMMISSION DES BUNDES: Strahlenschutzüberlegungen hinsichtlich des Absturzes von nuklearbetriebenen Satelliten: Stellungnahme der Strahlenschutzkommission, verabschiedet in der 94. Sitzung der Strahlenschutzkommission am 06. Dezember 1989. ebd.

Darüber hinaus führt die steigende Zahl von Satellitenrückständen im Parkorbit (800 - 1000 km Höhe) dazu, dass Kollisionen der geparkten Satelliten mit diesen Trümmern – abhängig von der Teilchengröße – mit Wahrscheinlichkeiten bis zu 50 % je nach betrachteter Teilchengröße innerhalb von 300 Jahren möglich sind. 5 bis 50 Jahre nach einer solchen Kollision kehrt ein getroffener Satellit oder Bruchstücke davon vorzeitig zur Erde zurück.

Geht man von ähnlichen Verhältnissen aus wie bei KOSMOS 954, dessen Reaktorkern nicht vorher ausgestoßen worden ist, so werden die schweren

Nach dem KOSMOS 954-Absturz über Kanada erreichten große, teilweise aktivierte bzw. kontaminierte Bruchstücke des Satelliten und kleine Partikel aus dem Reaktorkern innerhalb von Minuten bzw. Stunden die Erdoberfläche. Die Partikel aus dem Reaktorkern (Durchmesser zwischen ca. 0,1 und mehreren mm) wurden aufgrund der physikalischen und chemischen Prozesse beim Wiedereintritt in die Atmosphäre zu unlöslichen kleinen Kugeln verschmolzen. An der Zahl der seinerzeit in Kanada geborgenen Teilchen wurde abgeschätzt, dass dort etwa 250 radiologisch relevante Teilchen pro Quadratkilometer (!) niedergegangen sind. Dadurch kam es 1978 zu einer großflächigen Kontamination.



Abgesetzter Betrieb.

Bruchstücke (ca. 100 Stück mit max. 20 kg) über eine Länge von einigen hundert Kilometern und eine Breite von einigen Kilometern entlang der ursprünglichen Flugrichtung verteilt sein. Bei kleineren Massen macht sich zunehmend die Abdrift durch Winde bemerkbar. Die partikelförmigen Überreste von KOSMOS 954 (0,1 - 1 mm Durchmesser, ca. 250 Stück/qkm) waren bis zu einigen hundert Kilometern von der Aufschlagspur der schweren Teile verfrachtet worden. Durch unterschiedliche Sinkgeschwindigkeiten bedingt, besteht zwischen dem Auftreffen der schweren und leichten Teile auf der Erdoberfläche ein Zeitunterschied von mehreren Stunden.

ein eigener Funkkanal im 4m-Band für die Datenübermittlung eingerichtet.

Übungsablauf

Nach Anreise und gemeinsamem Frühstück um 09:00 Uhr erfolgte ab 10:00 Uhr die Einweisung in die Übung mit folgender Lagedarstellung:

Lage

Nach dem Start eines russischen COSMOS Satelliten in Baikonur um 10:05 Uhr MEZ geriet die

Vorbereitung

Die Vorbereitungen mussten möglichst unauffällig erfolgen, um einen Eindruck von den tatsächlich vorhandenen Fähigkeiten der Übungsteilnehmer zu erhalten. Am Vortag wurde die gesamte Strecke mit dem radiologischen Messsystem eines ABC-ErKKW aufgenommen (Abb. 1). Bei der Integrierten Leitstelle der Berufsfeuerwehr München wurde

letzte Stufe der Rakete aus bisher ungeklärten Ursachen außer Kontrolle.

Die Satelliten der COSMOS-Baureihe sind mit einer Nuklear-Batterie ausgestattet, die die elektrische Versorgung des Satelliten im Orbit gewährleistet. Aufgrund Ihrer Bauart sind die Nuklearbauteile massiv genug, um unter ungünstigen Umständen selbst einen Wiedereintritt in die Erdatmosphäre zu überstehen.

Um 10:12 Uhr wurde die Selbstzerstörung der Rakete eingeleitet, um ein unkontrolliertes Herabstürzen großer Teile zu verhindern. Laut Informationen der russischen Wissenschaftler ist der Großteil des Satelliten dabei in kleine Stücke zerlegt worden, die in der Atmosphäre verglüht sind. Nach Beobachtungen und Bahnspurverfolgungen durch die Europäische Raumfahrtbehörde ESA, die DLR Oberpfaffenhofen und die militärische Luftraumüberwachung ist jedoch nicht auszuschließen, dass Teile des Satelliten im Raum München niedergegangen sind.

In der Integrierten Leitstelle liefen eine Vielzahl von Notrufen ein. Ein großer Teil der Anrufer stellte lediglich besorgte Fragen oder machte ungenaue Angaben. Die ANA (Abgesetzte Notrufannahme auf der Feuerwache 3) und das Bürgertelefon (im Kreisverwaltungsreferat) wurden in Betrieb genommen. Konkrete Sichtungen durch die Bevölkerung erfolgten großflächig in zwei Stadtteilen:

- Theresienwiese – mehrere Bewohner der Hochhäuser an der Theresienhöhe haben „hinter der Bavaria“ in Richtung Franz-Fischer-Straße glühende Trümmer einschlagen sehen.
- Leonrodplatz – mehrere Bewohner der abgestellten Wohnwagen und die Gaststätte / Biergarten „Teutonia“ haben gemeldet, dass auf der Wiese

„direkt neben ihnen“ in Richtung Veranstaltungszelt „Das Schloss“ glühende Trümmer eingeschlagen seien.

Im Rahmen eines Großalarms wurden die Erkundungskomponenten München-Land und München-Stadt alarmiert, um das Gebiet auf eine etwaige Kontamination zu untersuchen, bzw. um die evtl. sehr kleinen radioaktiven Bauteile zu lokalisieren. Die Organisation und Durchführung der Flächensuche wurde der zu installierenden gemeinsamen Messleitung vom ÖEL (Örtlicher Einsatzleiter nach BayKSG – in München der diensthabender Direkti-

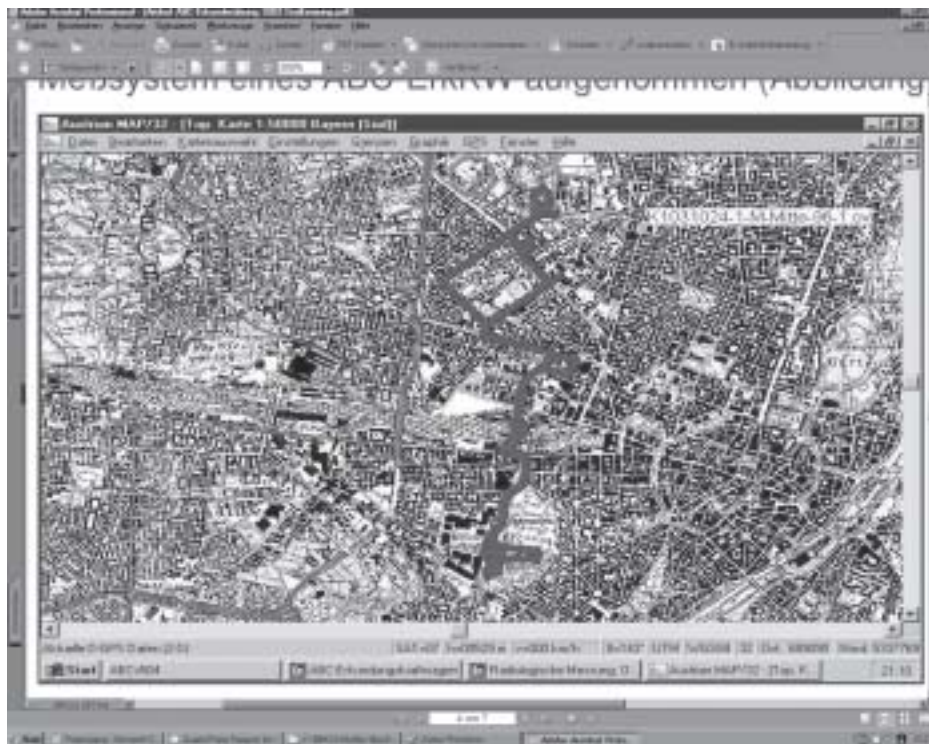


Abb.1: Graphische Darstellung eines Messergebnisses.

onsbeamte der Branddirektion München) in eigene Verantwortung übertragen.

Die Bevölkerung wurde über Rundfunk und Lautsprecherdurchsagen aufgefordert, die Häuser nicht zu verlassen, Fenster und Türen geschlossen zu halten und keine Teile zu berühren, die unter Umständen von dem abgestürzten Satelliten stammen könnten.

Messleitung

Während der Einteilung der Fahrzeugbesatzungen und Inbetriebnahme der Messcontainer

etablierte sich im ELW 2, der vom ABC-Zug München-Land zur Verfügung gestellt wurde, die gemeinsame Messleitung. Diese begann ihre Arbeit mit der Abfrage der aktuellen Wetterdaten von der Integrierten Leitstelle der Berufsfeuerwehr München. Nach Ausrüsten der Besatzungsmitglieder der ErkKWs mit der vorgeschriebenen Dosimetrie wurden diese zur Theresienwiese beordert, um eine koordinierte Suche nach den Wrackteilen zu ermöglichen.

Nachdem im Vorfeld der Übung das Gelände „Theresienwiese“ bestückt wurde treffen die beiden



Abb. 2

Erkundungsfahrzeuge ein. Zunächst müssen sich die Helfer auf die reale Messsituation einstellen, was allen Beteiligten nach kurzer Zeit gelingt. Hierbei ist es notwendig die Geschwindigkeit auf die Messung anzupassen (max. 30 km/h) und ein Gefühl für die Trägheit und das Ansprechverhalten des FH40G mit NBR-Sonde zu erlangen. Bei derartig begrenzten Suchgebieten hat sich gezeigt, dass es von Vorteil ist, die Messfahrt der ErkKWs direkt vor Ort zwischen den Komponenten zu koordinieren, um eine effiziente Messstrategie für das Areal zu gewährleisten. Dies bietet zudem den Vorteil, dass auch alle aktuellen Gegebenheiten vor Ort in diese Strategie einfließen.

Nach Lokalisation von „Wrackteilen“ mit künstlicher Strahlung durch die hochempfindliche NBR-Sonde des Messcontainers hatten die Fahrzeugbesatzungen die Aufgabe, im abgesetzten Betrieb mittels K-Nachweisgerät und dem Dosisleistungsmeßgerät FH40G die genaue Lage des Strahlers zu markieren und zu dokumentieren.

Die Messtechnik des ErkKWs ermöglicht hierbei eine sehr detaillierte Dokumentation der Messfahrt. Im Falle der radiologischen Komponente ist es außerdem möglich, die Messwerte graphisch auf einer Topographischen Karte darzustellen. In Abbildung 2 ist gezeigt, wie die abschließende Dokumentation der Messfahrt aller Erkundungskomponenten auf der Theresienwiese aussieht, wobei der Kreis die Stelle des gesuchten strahlenden Objektes markiert. Im Falle dieser Übung zeigt sich sehr deutlich, dass nicht notwendigerweise die Ortsdosisleistung der geeignetste Messparameter für das Auffinden künstlicher radioaktiver Strahler ist, da sich auch schon die Schwankungen der natürlichen Ortsdosisleistung mit Hilfe der NBR-Sonde auflösen lassen. Hingegen ist bei der Auszeichnung des mittlereenergetischen künstlichen Anteils der Radioaktiven Strahlung der Prüfstrahler eindeutig zu erkennen.

Das Hauptziel der Übung im Hinblick auf die Messleitung war die Koordination mehrerer Erkundungskomponenten an verschiedenen Schadensstellen. Hierbei war zusätzlich darauf zu achten, dass durch die Rückmeldungen der Spürfahrzeuge vor Ort möglichst schnell auf die mögliche Bedrohung für die Zivilbevölkerung geschlossen werden kann.

Zusätzlich angeordnete Wetterhilfsbeobachtungen brachten wertvolle Erkenntnisse über die vor Ort herrschenden Wetterbedingungen und waren als Eingangsinformationen für angepasste Ausbreitungsabschätzungen notwendig. Des Weiteren war eine wichtige Aufgabe der Messleitung nach dem Erhalt aller durch die ErkKWs gewonnenen Messdaten, diese zusammenzufassen und entsprechende Karten zu erstellen. Diese würden im Ernstfall dazu dienen, die Kontamination zu dokumentieren und eine Empfehlung an die FÜGK (Führungsgruppe Katastrophenschutz - politisch-administrative Einsatzleitung jeder bayerischen Katastrophenschutzbehörde) zu erstellen.

Bundesamt für Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe

Fachinformationsstelle für
Zivil- und Katastrophenschutz

Deutschherrenstraße 93-95

53177 Bonn

*Bitte im
Fensterbriefumschlag
absenden oder
per Fax übermitteln:
01888-550-579*

Ich bitte um kostenlose Zusendung der unten angekreuzten Titel an meine Anschrift:

Name Vorname

Straße

PLZ Ort

Dienststelle/Firma Funktion im ZS/KatS

Tel.nr. für Rückfragen

(BITTE IN BLOCKSCHRIFT AUSFÜLLEN oder ggf. Stempel verwenden)

**Zivilverteidigungs-,
Zivilschutz- und Kata-
strophenschutzrecht**

Deutschen Bundestages,
Drucksache 15/3416 v.
24.6.2004, 28 S., Art. 5,
Änderung des THW-
Helferrechtsgesetzes

In: Gesetz- und Verord-
nungsblatt für das Land
Brandenburg, Teil I, Ge-
setze (2004), 9, S. 197-214

In: Sächsisches Gesetz-
und Verordnungsblatt
(2004), 9, S. 245 - 265

Best.-Nr.: 4/04/106

Entwurf eines Gesetzes
zur Regelung der Versor-
gung bei besonderen Aus-
landsverwendungen (Ein-
satzversorgungsgesetz -
EinsatzVG)
In: Verhandlungen des

Best.-Nr.: 4/04/29
Gesetz zur Neuordnung
des Brand- und Katastro-
phenschutzrechts im
Land Brandenburg v. 24.
Mai 2004

Best.-Nr.: 4/04/133

Gesetz zur Neuordnung
des Brandschutzes, Ret-
tungsdienstes und Kata-
strophenschutzes im
Freistaat Sachsen v. 24.
Juni 2004

Best.-Nr.: 4/04/135

Gesetz zur Sicherung von
Verkehrsleistungen (Ver-
kehrsleistungsgesetz /
VerkLG) v. 23. Juli 2004
In: Bundesgesetzblatt,
Teil I (2004), 39, S. 1865
- 1867

☐ Best.-Nr.: 4/04/7

Vierte Verordnung zur Änderung der Katastrophenschutzfondsverordnung v. 2. April 2004 / Bayerisches Staatsministerium des Innern
In: GVBl. Bayern (2004), 8, S. 123

Bevölkerungsschutz

☐ Best.-Nr.: 4/04/27

„Bevölkerungs- und Katastrophenschutz“. Eingangsstatement „Analyse aus Sicht des BMI“ anlässlich der Anhörung der Arbeitsgruppe Inneres der SPD-Bundestagsfraktion zum genannten Thema am 24.05.2004 in Berlin / Parlamentarischen Staatssekretärs beim Bundesminister des Innern Fritz Rudolf Körper
In: BMI-Pressemitteilung vom 24.5.2004, 7 S.

☐ Best.-Nr.: 4/04/78

Gesamtsicherheitskonzept zur Verzahnung der inneren und äußeren Sicherheit : Beschluss des CDU-Bundesfachausschusses Sicherheitspolitik / CDU. - Berlin, 28. Juni 2004. - 18 S.

☐ Best.-Nr.: 4/04/83

Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe / Horst Schöttler
In: Notfallvorsorge 35 (2004), 2, S. 8 - 10

☐ Best.-Nr.: 4/04/109

TOP 26. Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung, hier: 2. Bericht zur Umsetzung der Arbeitsaufträge der IMK vom 06.12.02 zu TOP 36
In: Sammlung der zur Veröffentlichung freigegebenen Beschlüsse der 174. Sitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder am 8. Juli 2004 in Kiel. S. 31 - 32

Anlagen 1-5 zu diesem Beschluss:

☐ Best.-Nr.: 4/04/141

Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder / Ausschuss Feuerwehrangelegenheiten, Katastrophenschutz und zivile Verteidigung. Bericht des AK V über den Stand der Umsetzung (April 2004) der Beschlüsse der IMK vom 6.12.2002, TOP 36, und vom 21.11.2003, TOP 27, „Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung“ (Stand 19.05.04),

Kiel, 2004, 25 S. - Anlage 1 zu Beschluss Nr. 26, Sitzung vom 08.07.2004 in Kiel. - Ausdruck aus dem Internet

☐ Best.-Nr.: 4/04/142

Hinweise zur Bildung von Stäben der administrativ-organisatorischen Komponente (Verwaltungsstäbe - VwS) / AFKzV-Arbeitsgruppe. Kiel, 2004, 22 S., Anlage 2 zu Beschluss Nr. 26, Sitzung vom 08.07.2004 in Kiel. - Ausdruck aus dem Internet

☐ Best.-Nr.: 4/04/143

Bericht der Projektgruppe „Augusthochwasser 2002“ zu den Folgerungen aus den Erfahrungen bei den Hochwassern für die Führungsausbildung im Bereich der nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr, die Verbesserung/Ergänzung der Ausrüstung/Ausstattung der Katastrophenschutz-einheiten, Informations- und Koordinationsfunktionen des Bundes zur Unterstützung des Krisenmanagements der Länder bei großflächigen Gefahrenlagen / Projektgruppe der Länder Hessen (federführend) [u.a.]. 2003., 6 S., Anlage 3 zu Beschluss Nr. 26, Sitzung vom 08.07.2004 in Kiel. - Ausdruck aus

dem Internet

☐ Best.-Nr.: 4/04/144

Umlaufbeschluss: Neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung. Beschluss der 171. IMK v. 06.12.02, 76. Konferenz der für das Gesundheitswesen zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder. 30.09.2003., 4 S. - Anlage 4 zu Beschluss Nr. 26, IMK-Sitzung vom 08.07.2004 in Kiel. - Ausdruck aus dem Internet

☐ Best.-Nr.: 4/04/145

Warnung der Bevölkerung : im Rahmen der Zivilschutzzuständigkeit des Bundes / Bundesministerium des Innern - Referat IS 5 -. - [Bonn], [21.10.2003]. - 6 S. - Anlage 5 zu Beschluss Nr. 26, Sitzung vom 08.07.2004 in Kiel. - Ausdruck aus dem Internet

Katastrophenschutz

☐ Best.-Nr.: 4/04/28

Arbeitsgruppenentwurf: Taktische Einsatzgrund-

- sätze für den Bereich ABC-Erkundung, Stand 4.3.2004 / Entwurf der früheren Zentralstelle für Zivilschutz des Bundesverwaltungsamtes
In: Feuerwehrfachzeitschrift : FFZ (2004), 6, S. 368 - 372
- ☐ Best.-Nr.: 4/04/84
Hilfsorganisationen und das Europäische Gemeinschaftsverfahren / Iris Schneider
In: Notfallvorsorge 35 (2004), 2, S. 10 - 11
- ☐ Best.-Nr.: 4/04/10
„Kompetenzzentrum Großschadenslagen“. Katastrophenschutz in Niedersachsen auf neuen Wegen oder nur unter neuem Namen? Antwort der Landesregierung auf eine Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen v. 02.03.2004 / Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport
In: Drucksache 15/974 vom 23.4.2004, 7 S.
- ☐ Best.-Nr.: 4/04/113
Der FA-Katastrophenschutz [Kapitel des Sonderheftes „50 Jahre Landesfeuerwehrverband Hessen“] / Ralph Stühling
In: Florian Hessen (2004), Sonderheft, S. 25
- ☐ Best.-Nr.: 4/04/137
Katastrophenschutz in Hamburg – auf der Höhe der Zeit? Große Anfrage der Abgeordneten Michael Neumann [...] v. 29.10.03 / Antwort des Senats
In: Drucksache 17/3577 vom 25.11.2003, 17 S.
- ☐ Best.-Nr.: 4/04/134
Katastrophenschutzplan gemäß § 10 NKatSG. RdErl. d. MI v. 18.6.2004 / Ministerium für Inneres und Sport
In: Niedersächsisches Ministerialblatt 54 (2004), 23, S. 464 - 468
- ☐ Best.-Nr.: 4/04/62; Z 253
Lkw für Großschadensereignisse. Größter Einsatzleitwagen der Malteser in Deutschland / Christina Gold
In: Im Einsatz 11 (2004), 3, S. 44 - 47
- ☐ Best.-Nr.: 4/04/85
PÜTT 2004. Landeskatastrophenschutz-Übung in Mecklenburg-Vorpommern / Winfried Glass
- In: Notfallvorsorge 35 (2004), 2, S. 19 - 20
- ☐ Best.-Nr.: 4/04/15
Rot-Blau – eine Kombination, die sich gut ergänzt: THW und Feuerwehr in Essen / Dietmar Fels ; Melanie Hohmann
In: Brandschutz 58 (2004), 5, S. 319 - 322
- ☐ Best.-Nr.: 4/04/82
Zurück ins 19. Jahrhundert? : Ungereimtheiten der Länderstrategie im Katastrophenschutz / Klaus-Henning Rosen
In: Notfallvorsorge 35 (2004), 2, S. 5 - 7
- ☐ Best.-Nr.: 4/04/81
Natürlich Erbsensuppe. 50 Jahre DRK-Hilfszug-

Den gesamten Bestand der Fachinformationsstelle

finden Sie in der

deutschen Literaturdatenbank für Zivil- und Katastrophenschutz (deLiKat)

unter der Internetadresse

<http://194.95.178.104/>

abteilung 5 - Hessen /
Gisela Prellwitz
In: Rotes Kreuz (2004),
4, S. 19

**Medizin,
Rettungsdienst**

☐ Best.-Nr.: 4/04/153

Bombenattentate: Was
müssen wir über Terror-
anschläge wissen? Explo-
sionsverletzung / Chris-
tian Hohenstein, Cathe-
rine Y. Lee, Timothy E.
Davis
In: Rettungsdienst 27
(2004), 8, S. 36 - 41

☐ Best.-Nr.: 4/04/116

Epidemiologische Bedro-
hung – eine Realität? /
Robert Steffen
In: Koordinierter Sani-
tättsdienst. - Bern (2004),
1, S. 4 - 7

☐ Best.-Nr.: 4/04/14

Vorsorgeplanungen für
die gesundheitliche Ver-
sorgung bei Großscha-
densereignissen / RdErl.
d. Ministeriums für
Gesundheit, Soziales,
Frauen und Familie v.
12.2.2004

In: Ministerialblatt für
das Land Nordrhein-
Westfalen (2004), 20
vom 11.5.2004, S. 501 -
505

☐ Best.-Nr.: 4/04/152

In der Diskussion: Opti-
mierung der Strukturen
beim Massenanfall von
Verletzten / Ingo Sobania
In: Rettungsdienst 27
(2004), 8, S. 32 - 35

☐ Best.-Nr.: 4/04/105

März 2004: die Terror-
anschläge in Madrid.
Erfahrungen und Er-
kenntnisse / Stephan
Neuhoff
In: Brandschutz 58
(2004), 7, S. 475 - 481

☐ Best.-Nr.: 4/04/96

Schadenslage ABC: was
tun? : Tagungsbericht /
Heinrich Knoche
In: Wehrmedizin und
Wehrpharmazie 28
(2004), 2, S. 64 - 65

☐ Best.-Nr.: 4/04/119

Szenario „Epidemien“ /
Pierre-Alain Raeber
In: Koordinierter Sani-
tättsdienst. - Bern (2004),
2, S. 4 - 5

**Technik,
Feuerwehresen**

☐ Best.-Nr.: 4/04/41

Das Augsburger Modell
: Berufsfeuerwehr und
Hilfsorganisationen ent-
wickeln zukunftsweisen-
des Projekt ; Abrollbe-
hälter SAN soll bei
Großschadenslagen ein-
gesetzt werden ; relativ
geringe Beschaffungskos-
ten werden veranschlagt
/ Ludwig Fuchs ; Phi-
lipp Klein
In: Brandwacht 59
(2004), 3, S. 92 - 93

☐ Best.-Nr.: 4/04/25

Entwurf des VFDB-
Merkblatts Unwetter
In: VFDB-Zeitschrift 53
(2004), 2, S. 114 - 125

☐ Best.-Nr.: 4/04/72

FwDV 500 - einheitliche
taktische Regeln beim
Einsatz mit ABC-Gefahr-
stoffen / Dieter Zwimer
In: Florian Hessen
(2004), 6, S. 13 - 14

☐ Best.-Nr.: 4/04/26

Hinweise für Maßnah-
men der Feuerwehr und
anderer Hilfskräfte nach

Gebäudeeinstürzen / die
VFDB hat nachstehende
Richtlinie erarbeitet
In: VFDB-Zeitschrift 53
(2004), 2, S. 126 - 138

☐ Best.-Nr.: 4/04/154

Integrierte Regionalleit-
stellen in Schleswig-
Holstein : ein aktueller
Sachstand / Stephan
Bandlow
In: Rescue 2004 : die
Vorträge zum Nachle-
sen. - Stuttgart, 2004. 5
S.

☐ Best.-Nr.: 4/04/23

Besel, Matias
So gehen Sie bei Gefahr
von biologischen oder
chemischen Kampfstof-
fen vor / Matias Besel
In: Einsatz : Zeitung für
Ausbilder im vorbeugen-
den und abwehrenden
Brandschutz. - Kissing.
(2004), 1, S. 1, 14

☐ Best.-Nr.: 4/04/73

300 Einsatzkräfte übten
Großschadenslage im
„Saukopftunnel“ / Text:
Jörg Oberkinkhaus.
Fotos: Thorsten Gut-
schalk
In: Florian Hessen
(2004), 6, S. 34 - 35

Europaweite Zusammenarbeit

Das Gemeinschaftsverfahren zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Zivilschutz und das Melde- und Informationszentrum der Europäischen Kommission

Von Horst Miska

Die Bewertung internationaler Einsätze nach großen Unglücksfällen wie Erdbeben und Fluten in Europa und Asien verdeutlichte die Notwendigkeit für bessere Koordination der Unterstützung. Ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft im Bereich des Katastrophenschutzes wurde in der Europäischen Union aufgelegt. Dieses Programm sollte die Bemühungen der Mitgliedstaaten auf nationalen, regionalen und lokalen Ebenen für den Schutz von Personen und Umwelt im Falle naturbedingter und technologischer Katastrophen ergänzen. Ziel war auch, die Zusammenarbeit, den Austausch von Erfahrungen und die gegenseitige Unterstützung zwischen den Mitgliedstaaten zu erleichtern.

Auf Grund dieser Vorbereitungen konnte die Europäische Gemeinschaft nach den Terrorangriffen vom 11. September 2001 mit einer Entscheidung des Rates reagieren, die ein Verfahren der Gemeinschaft festlegt, um die verstärkte Zusammenarbeit in Einsätzen zur Unterstützung im Katastrophenschutz zu erleichtern. Dieser Mechanismus und seine Durchführung werden hier weiter beschrieben.

Das Gemeinschaftsverfahren – Mechanismus

Schwere Unglücksfälle sind, glücklicherweise, sehr seltene Vorfälle, aber mit unermesslichen Folgen für Menschen, Umwelt und Wirtschaft. Jede Behörde, die für Vorbereitung und Durchführung von Notfallmaßnahmen verantwortlich ist, muss einen Kom-

promiss zwischen möglicherweise hohen Ausgaben zur Vorbereitung auf diese seltenen Fälle und andererseits dem Risiko finden, dass keine angemessenen Maßnahmen für die Bewältigung eines schweren Unfalls oder einer Naturkatastrophe verfügbar sind.

Das Gleichgewicht kann durch die Zusammenarbeit zwischen verantwortlichen Behörden erleichtert werden, sodass Personal und Mittel geteilt werden können. Diese Zusammenarbeit und gemeinsame Nutzung von Ressourcen sind zum Beispiel auf lokaler Ebene bei den Feuerwehren eingespielt. Die Notfallvorsorge ist manchmal zentral organisiert, wohingegen in föderal organisierten Staaten häufig eine dezentralisierte Struktur mit geteilten Verantwortlichkeiten vorliegt.

Außerdem sind einige sehr spezialisierte Einsatzgruppen wie Höhlentaucher, Rettungshundestaffeln oder Höhenrettungsgruppen entstanden, die bereit sind, bei speziellen Notfällen zu helfen. Wegen dieser hohen Spezialisierung kommen sie zwar über einem großen Gebiet zum Einsatz, aber nur in sehr speziellen Situationen und daher selten. Der neu eingerichtete Mechanismus der Gemeinschaft wird den Austausch von Teams, von Experten und spezieller Mittel über nationale Grenzen hinweg erleichtern.

Der Mechanismus steht den 25 Mitgliedstaaten, den drei Ländern des europäischen Wirtschaftsraums (EWR: Island, Norwegen, Liechtenstein) und den Kandidatenstaaten offen, deren Mitwirkung bis zum offiziellen Beitritt über gemeinsame Absichtserklärungen (MoU) geregelt wird. Somit bezieht sich

der Ausdruck „Teilnehmer am Mechanismus“ auf die Mitgliedstaaten der Union, die EWR-Länder und jene Staaten, die das Memorandum unterschrieben



Teilnehmer am Mechanismus (Türkei noch nicht beteiligt).

haben. Insgesamt haben die 30 Teilnehmerländer über 480 Millionen Einwohner, für die gesorgt wird und die bereit sind, andere zu unterstützen.

Der Mechanismus besteht aus einer Reihe von Elementen:

- das Management eines Melde- und Informationszentrums (MIC – Monitoring and Information Centre)
- die Einrichtung des Gemeinsamen Notfall-Informationssystem- und Kommunikationssystem (CECIS – Common Emergency Communication Information System)
- die Identifizierung von Einsatzgruppen und Mitteln
- die Einrichtung von Bewertungs- oder Koordinationsteams
- andere Unterstützungsaktion wie zum Beispiel Maßnahmen, um den Transport sicherzustellen
- die Durchführung eines Ausbildungsprogramms
- Workshops und Seminare über wichtige Aspekte der Einsätze.

Der Mechanismus, wie er in der Entscheidung des Rates definiert ist, wird unmittelbar in allen Mitgliedstaaten rechtlich verbindlich und legt

sowohl der Kommission als auch den Mitgliedstaaten Verpflichtungen auf.

Verpflichtungen der Kommission

Gemäß den Verpflichtungen, die in der Entscheidung definiert wurden, hat die Kommission das MIC im Gebäude der Umwelt - Generaldirektion (GD ENV) in Brüssel eingerichtet. Aufgabe des MIC ist es, Informationen über Notfälle zu sammeln, zusammenzustellen und zu verteilen, Bitten um Unterstützung entgegenzunehmen und an andere Teilnehmer weiterzuleiten. Außerdem wird die Kommission CECIS entwickeln und installieren.

Die Kommission soll weiter die Fähigkeit entwickeln, kleine Expertengruppen zu mobilisieren und zu entsenden, verantwortlichen für eine Bewertung der Situation und die Koordination von Unterstützung am Unfallort und Verbindungsaufbau mit den zuständigen Behörden des betroffenen Staates.

Die Kommission kann weiter Maßnahmen ergreifen, die den Transport von Einsatzmitteln für die Intervention sicherstellen. Schließlich wird eine medizinische Ressourcendatenbank, die in CECIS einbezogen werden soll, Informationen über die Fähigkeiten der Mitgliedstaaten zur Aufrechterhaltung einer Produktion von Seren und über die Bestände erstellen, die für Intervention verfügbar sind.

Verpflichtungen der Mitgliedstaaten

Die Mitgliedstaaten haben sowohl vorbereitende Aufgaben als auch solche im Ereignisfall. Um ihre Fähigkeit für effektive Intervention in einem bedeutenden Notfall zu gewährleisten, sollen die Mitgliedstaaten Einsatzgruppen bestimmen, die für die Intervention im Rahmen des Mechanismus verfügbar sind. Diese Teams sollten kurzfristig bereit sein, um innerhalb von zwölf Stunden nach einem Hilfeleistungssuchen eingreifen zu können.

Die Mitgliedstaaten sollten auch Experten auswählen, um am Unfallort in einem Bewertungs- oder Koordinationsteam zu arbeiten. Sie sollten Informationen über diese Teams sowie über medizinische Ressourcen liefern und diese Informationen auf aktuellem Stand halten.

Schließlich sollten die Mitgliedstaaten ihre zuständigen Behörden in Bezug auf Katastrophenschutz ernennen, ihre 24 Stunden pro Tag verfügbare Kontaktstelle benennen und die Kommission entsprechend informieren.¹

In einem schweren Notfall, der grenzüberschreitende Auswirkungen haben oder eine Forderung nach Unterstützung ergeben kann, soll der Mitgliedstaat benachrichtigen:

- jene Mitgliedstaaten, die vom Unfall betroffen werden können und
- die Kommission, wenn ein mögliches Ersuchen um Unterstützung durch das MIC zu erwarten ist.

Da die Entscheidung des Rates keine Verpflichtungen aus bestehenden Rechtsvorschriften beeinflusst, ist keine Mitteilung erforderlich, wenn sie unter anderen Konventionen wie Euratom oder bilateralen Abkommen gewährleistet ist.

Detaillierte Regelungen

Wie auch für andere gesetzliche Angelegenheiten sind die Einzelheiten des Mechanismus in Regeln für die Durchführung festgelegt. Solche Regeln existieren für die folgenden Bereiche:

- verfügbare Ressourcen für Hilfeleistungseinsätze
- Melde- und Informationszentrum MIC
- Gemeinsames Notfall-Kommunikations- und Informations-System CECIS
- Bewertungs- oder Koordinationsteams und Experten
- das Ausbildungsprogramm und
- die Interventionen innerhalb sowie außerhalb der Gemeinschaft.

Diese gemeinsamen Regeln wurden in Form einer Entscheidung der Kommission in Kraft gesetzt und nehmen somit eine mittlere Stellung in der Hierarchie von Verordnungen ein. Regeln bezüglich der Informationen über medizinische Ressourcen sind in Vorbereitung.

Durchführungshinweise geben noch spezifischere Hinweise oder Empfehlungen. Sie werden in Arbeitsgruppen abgestimmt und sind weniger starr, um Anpassung auf Grund von Erfahrung zu erleichtern. Handbücher werden für Informationen von Teams herausgegeben, besonders wenn sie für Einsätze in Drittländern vorgesehen sind.

Der Mechanismus in Aktion

Der Mechanismus wird entweder durch ein Ersuchen um Unterstützung eines betroffenen Landes oder durch die Mitteilung über einen Notfall

mit grenzüberschreitenden Auswirkungen aktiviert. Diese Anfrage oder Mitteilung kann direkt an die Nachbarstaaten oder das MIC gerichtet werden. Wenn nur wenige Nachbarn betroffen sind, könnte bilateraler Informationsaustausch effektiv sein, aber die Kommission sollte immer in Kopie informiert werden. Wenn größere Verbreitung erforderlich ist, sollte die Mitteilung durch das MIC erfolgen.

Außerdem kann die Kommission spontan Maßnahmen im Rahmen des Mechanismus anbieten, wenn der betroffene Staat z.B. den Mechanismus nicht kennt.



Nach dem Untergang des Tankers Prestige am 19.11.2002 trieb ein ca. 280km langer und 30 km breiter Ölteppich auf die europäischen Atlantikküsten zu. Spanien, Portugal und Frankreich aktivierten den EU-Mechanismus.

(Foto: dpa)

Das MIC und seine Instrumente

Das MIC hält zwei Mitarbeiter in Bereitschaft, die nach der Alarmierung durch das Sicherheitsbüro als Kontaktstelle der Kommission in weniger als einer Stunde auf Anfragen antworten können. Das MIC hat keine unmittelbare Einsatzverantwortung, und deshalb braucht und kann die Kommission nicht permanent Personal im Büro zu halten; nur

¹ Offizielle Ansprechpartner in Deutschland sind das Lagezentrum im Bundesministerium des Innern in Berlin und das Maritime Lagezentrum des Havariekommandos in Cuxhaven; s. auch Beitrag in Bevölkerungsschutz 2-2004, S. 13ff.

während eines laufenden Notfalls wird das MIC ohne Unterbrechung mit Personal besetzt.

Die Ausrüstung des MIC ist die eines Zentrums für Warnung und für Informationsaustausch. Außerdem sind Mittel für die Weiterverfolgung der Berichterstattung der Medien über Katastrophen verfügbar. Vier Arbeitsplätze und einer für eine Verbindungsperson sind mit Standard-IT-Mitteln ausgerüstet. Bis der Aufbau von CECIS abgeschlossen sein wird, bilden Faxgeräte das Rückgrat des Informationsaustauschs. Aber elektronischer Austausch von Informationen per E-Mail wird bevorzugt, da damit Dokumente, Tabellen und Graphik in der Farbe gesendet und erhalten, leicht bewertet und weiterverarbeitet werden können. Einige automatische Warn-

- validierte Informationen über den Notfall sammeln und verbreiten
- die Anfrage an die Kontaktstellen anderer Teilnehmer weiterleiten und
- die Mobilisierung von Teams und Experten vorbereiten.

Da das MIC keine eigenen Mittel zur Informationsbeschaffung besitzt und woanders keine validierten Informationen sammeln kann, ist es vollkommen von den Informationen abhängig, die es von Teilnehmern erhält. Somit reflektiert die Qualität von Mitteilungen, die das MIC verteilt, die Qualität der Informationen, die es erhält; die Quelle der Mitteilung legt fest, ob die Information authentisch ist.

Spezielle Informationen können über das MIC in der Form von Satellitenbildern angefordert werden. Im Falle der Meeresverschmutzung durch die „Prestige“ hat sich das Aufspüren von Ölplanken und das Verfolgen ihrer Abdrift als hilfreich erwiesen. Außerdem konnte die Unterstützung von spezieller Hilfe arrangiert werden. Weiterhin kann z.B. im Falle von Überschwemmung die Pegelprognose des Programmsystems LISFLOOD des JRC zur Entscheidungsunterstützung für verantwortliche Agenturen dienen.

Besonderheiten von CECIS

Das Kommunikationssystem CECIS ist mit der Unterstützung von IT-Spezialisten aus den Mitgliedstaaten entworfen worden. Das System wird Plattform-unabhängig und benutzerfreundlich sein, indem es eine mehrsprachige Web-Schnittstelle anbietet. Das geschlossene Netz TESTA zwischen den europäischen Regierungen wird Zuverlässigkeit und Sicherheit gewährleisten. Zusätzlich zum Kommunikationsmerkmal wird es eine Datenbankanwendung anbieten, in dem die gesamten relevanten Informationen über Interventionsteams, Experten und Ausrüstung gespeichert werden. Es wird so organisiert werden, dass jeder Teilnehmer die Informationen über seine Einsatzmittel einbringt und aktualisiert, während das MIC und alle anderen Teilnehmer auf die Informationen zurückgreifen können.

CECIS wird in einer Pilotversion Ende 2004 einsatzfähig sein und die Aufgaben des MIC sowie der Teilnehmer im Mechanismus erleichtern. Es wird später ermöglichen, klassifizierte Informationen zu übertragen, die mit normaler E-Mail oder Fax nicht versandt werden können.



Die Fachgruppen Wasserschaden Pumpen des THW können europaweit zum Einsatz gebracht werden. (Foto: THW)

Funktionen, – wie eines für Erdbeben – sind eingerichtet sowie Verbindungen zu speziellen Netzen, zum Beispiel ECURIE, implementiert.

Schon vor dem Mechanismus hat es Netzwerke gegeben, am bekanntesten ist ECURIE, und seit kurzem BICHAT, das Warnsystem für Mitteilungen im Falle eines biologischen oder chemischen Angriffs. Aber die Bemühungen werden nicht verdoppelt, jedes System hat seinen eigenen Anwendungsbereich und arbeitet unabhängig. Ein Alarm wird zu einem anderen System nur übertragen wenn erforderlich.

Wenn dem MIC ein Notfall gemeldet wird oder es ein Ersuchen um Unterstützung erhält, soll es

Verfahren zur Koordinierung von Unterstützung

Das Ersuchen eines Mitgliedstaates um Unterstützung sollte so spezifisch wie möglich sein, um zeitraubende Abfragen über weitere Einzelheiten zu vermeiden. Das MIC wird unverzüglich diese Anfrage an die Teilnehmer im Mechanismus über die Kontaktstellen weiterleiten.

Jeder Teilnehmer, an den ein Ersuchen um Unterstützung gerichtet ist, soll prompt bestimmen, welche Unterstützung er dem anfragenden Staat über das MIC oder direkt (mit Kopie an MIC) zusichern kann. Das MIC wird alle Angebote für die Unterstützung sammeln und sie an den betroffenen Staat weiterleiten, welcher aus den Angeboten wählen kann. Nach Absprache über die Einsatzgruppen oder Mittel für die Unterstützung werden Einzelheiten des Transports vorzugsweise durch direkte bilaterale Kontakte behandelt.

Der betroffene Staat ist für die Leitung der Interventionen verantwortlich. Die Behörden dieses Staates sollen Leitlinien festlegen und die Ziele für die Einsatzgruppen definieren, ohne Einzelheiten vorzugeben, die dem Teamleiter überlassen werden sollten. Der betroffene Staat kann die Teams aber auch bitten, den Einsatz selbstständig durchzuführen, so dass die Teams ihre Tätigkeit koordinieren müssen.

Spezielle Vereinbarungen für Interventionen außerhalb der Gemeinschaft

Die Bestimmungen können auch zu Interventionen außerhalb der Gemeinschaft implementiert werden. Solche Interventionen können als eine autonome Unterstützungsintervention oder als ein Beitrag zu einer Intervention durchgeführt werden, die von einer internationalen Organisation geleitet wird.

Die zuständigen Behörden eines Drittlandes können die Kommission informieren; aber sie kann auch aus eigener Initiative entscheiden, den Mechanismus zu aktivieren, um die Gemeinschaftshilfe vorzuschlagen. Dieser Vorschlag soll den Behörden des betroffenen Landes durch die Delegation der Europäischen Kommission übermittelt werden. Das MIC wird die Kontaktstellen der Teilnehmer über diese Initiative informieren. Bewertungs- oder Koordinationsteams sollten die Koordination zwischen Einsatzgruppen, in Zusammenarbeit mit internationalen Organisationen wie z.B. UN OCHA, sicherstellen und die Verbindung mit den zuständigen Behörden des betroffenen Staates erleichtern.

Weitere Entwicklung

Der Mechanismus trat am 1. Januar 2002 in Kraft. Aber schon vor diesem Zeitpunkt hatte die Katastrophenschutz-Abteilung Notfälle gehandhabt und Unterstützung koordiniert. Im Durchschnitt werden ein bis zwei größere Notfälle pro Monat behandelt. Einige von ihnen dauern nur kurze Zeit an, während andere für Wochen oder gar Monate, wie die Koordination der Unterstützung im Falle des gesunkenen Tankers Prestige, weitergehen.

Wegen dieser häufigen Vorfälle werden die Mitarbeiter im Bereitschaftsdienst durch das Tagesgeschäft fortgebildet. Außerordentliche Vorfälle wie ein Terror-Angriff oder ein großes Unglück benötigen ergänzende Ausbildung, die durch regelmäßige Übungen im Rahmen des Mechanismus erreicht wird. Diese Stabsrahmen- und Kommunikations-Übungen zielen darauf ab, Informationsaustausch zwischen allen betroffenen Partnern zu testen und zu verbessern sowie interne Maßnahmen zu überprüfen.

Schließlich werden jeder Einsatz und jede Übung bewertet. Außerdem werden diese Übungen helfen, das Bewusstsein über dem Mechanismus in teilnehmenden Ländern zu entwickeln. Die Erfahrung zeigt einen zu geringen Bekanntheitsgrad in den meisten Staaten und deshalb verpasste Möglichkeiten, die Vorteile des Mechanismus zu nutzen.

Der Mechanismus der Gemeinschaft stützt sich auf die erläuterten Säulen. Zusätzlich werden alle Partner, die den Mechanismus in schweren Notfällen anwenden, dazu beitragen, die Verfahren zu konsolidieren und gleichzeitig Unterstützung und Hilfe auf eine sehr effektive Art erhalten.

Der Autor Horst Miska ist entsandter Nationaler Experte in der Generaldirektion Umwelt der EU, Zivilschutz-Einheit A.5

Arbeiter-Samariter-Bund

Kinder und Jugendliche werden nicht allein gelassen

Nirgendwo auf der Welt fordert die Immunschwäche AIDS so viele Opfer wie in Afrika.

Allein in Südafrika wird AIDS bis zum Jahr 2010 mindestens sechs Millionen Menschen töten, andere Schätzungen gehen von bis zur Hälfte der 42 Millionen Einwohner aus. 2000 Menschen infizieren sich täglich mit dem HI-Virus. Die



Folge: Im kommenden Jahr wird es allein in Südafrika schätzungsweise 800.000 AIDS-Waisen geben. Um solchen Kindern zu helfen, finanziert und unterstützt der ASB Herne/Gelsenkirchen eine Tagesstätte der südafrikanischen Samariterorganisation SASO im Township Tumahole. Auch der ASB-Bundesverband und die Südafrika Hilfe e.V. beteiligen sich an dem Projekt.

Wenn die Mütter sterben, bleiben die Kinder zurück: So wie die kleine Matjeba. Sie ist erst drei Jahre alt und niemand weiß, ob sie erwachsen wird. Die Chancen dafür stehen nicht gut. Bei ihrer Geburt wurde sie von ihrer Mutter mit HIV infiziert. Als sie ein Jahr alt war, starb ihre Mutter an AIDS. Jetzt lebt sie bei ihrer Großmutter Elizabeth, die sie versorgt, so gut sie kann. Matjeba und ihre Großmutter leben vom Kindergeld, das sind umgerechnet rund 23 Euro im Monat. Das Leben ist hart in Tumahole. Zuerst starb Matjebas Vater, dann die Mutter. Jetzt ist ihre Großmutter Elizabeth die einzige Familie, die sie noch hat. „Matjeba erinnert mich an meine Tochter“, sagt Elizabeth traurig. „Aber ich weiß, dass auch sie sterben wird“. Spezielle Medikamente für eine Stärkung des Immunsystems und gegen die Folgen der HIV-Infektion gibt es nicht in den Townships und wenn, kann sie sich niemand leisten. Matjeba bekommt Vitamintabletten, doch das reicht bei Weitem nicht aus, um sie möglichst lange gesund zu erhalten. AIDS ist ein Tabu in der afrikanischen Gesellschaft. Alle sprechen nur von „der Krankheit“. Wer infiziert ist oder schon an AIDS leidet, wird ausgegrenzt.

Die im Juli 2002 mit Unterstützung des ASB Herne-Gelsenkirchen gegründete erste südafrikanische Samariterorganisation SASO (South African Samaritan Organization) betreut seitdem in der Tagesstätte „Lehlohonolo“ rund 150 AIDS-Waisen zwischen zwei und 18 Jahren. In den meisten Fällen sind die Eltern der Kinder und Jugendlichen an AIDS gestorben. Viele der Kinder sind selbst infiziert. Sie verbringen den Tag dort und werden von den Köchinnen liebevoll mit gesundem, leckerem Essen versorgt. Sie leben bei ihren älteren Geschwistern, Großmüttern, Tanten oder anderen Verwandten, die oft selbst kaum genug zum Leben haben. Die meisten der Väter sind entweder auch gestorben oder sie



Matjeba und ihre Freunde vor der ASB-Tagesstätte.

haben ihre kranken Frauen und Kinder verlassen. Durch den Verlust der Eltern endet die Kindheit für viele junge Menschen im südafrikanischen Township Tumahole viel zu früh. Eine ganze Generation wächst dort ohne wirtschaftliche und soziale Perspektive auf.

„Lehlohonolo“ bedeutet „Glück“ auf Sesotho, einer der vielen Sprachen Südafrikas. Für viele der dort betreuten Waisen ist die Tagesstätte wirklich ein Glücksfall. Die kleinen Kinder werden morgens liebevoll empfangen und sie spielen zusammen im Haus oder im Garten. Für die Jugendlichen, die die Verantwortung für ihre jüngeren Geschwister übernommen haben, kommt jedoch zur Trauer um die Eltern noch die Sorge um das tägliche Überleben: Sie müssen ganz allein den Lebensunterhalt der Familie sichern und sich um die Erziehung der kleinen Geschwister kümmern. Zeit für Bildung, Freunde oder gar Freizeitvergnügen bleibt da nicht. Während die Kleinen in der Tagesstätte sind, haben sie auch einmal die Möglichkeit, sich ohne Sorge um die Jüngeren wieder auf die Schule zu konzentrieren. Denn ohne Bildung haben sie in ihrem Land schlechte Zukunftschancen. Nachmittags kommen dann auch die Schüler in die Tagesstätte. Hier bekommen sie eine warme Mahlzeit, erledigen ihre Hausaufgaben und genießen auch einfach mal ihre Freizeit. Das ersetzt ihnen zwar nicht die Fürsorge durch die Eltern, aber die Regelmäßigkeit gibt ihnen einen wichtigen Halt. Und darüber hinaus nehmen sich die Erzieherinnen viel Zeit für Gespräche mit den Kindern und Jugendlichen – besonders mit denjenigen, die die Last der Verantwortung für die Geschwister tragen müssen. So haben sie immer jemanden, mit dem sie Sorgen und Probleme besprechen können. Abends und am Wochenende kehren die Kinder heim in ihre Hütten. Für sie ist es wichtig, den Kontakt zu den verbliebenen Verwandten nicht zu verlieren. Eine Erzieherin der Tagesstätte ist jedoch rund um die Uhr und am Wochenende erreichbar, wenn die Kinder und Jugendliche Hilfe benötigen.

Der ASB Herne/Gelsenkirchen kommt für die Verpflegung der Kinder und den Lohn der acht Mitarbeiterinnen auf. Eine von ihnen ist Josephine Jones. Die 40-jährige hat die „South African Samaritan Organization“ zusammen mit anderen einheimischen Frauen gegründet.

Wie viele der Kinder hier mit HIV infiziert sind, weiß sie nicht. „Die Eltern oder Verwandten wollen oft nicht, dass wir einen Test machen. Manche glauben sogar, AIDS sei eine Strafe Gottes.“ Sie vermutet, dass etwa jedes dritte Kind HIV-positiv ist. Für die Kinder engagiert sie sich jeden Tag. „Ich liebe meine Arbeit“ erzählt sie. „Und ich werde sie tun, solange sie gebraucht wird.“

Auch die kleine Matjeba fühlt sich bei Josephine Jones und ihren Kolleginnen in der SASO-ASB-Tagesstätte für AIDS-Waisen wohl. Hier kann sie unbeschwert Kind sein. Sie hat Freunde gefunden, die mit ihr spielen und sie wird nicht ausgegrenzt, weil sie HIV-positiv ist. Matjebas Großmutter Elizabeth sagt: „Ohne die Unterstützung der ASB-Tagesstätte wüsste ich gar nicht, wie ich Matjeba ernähren sollte.“

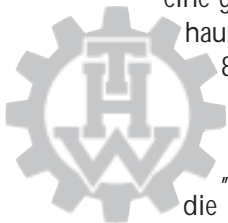


Sie kochen liebevoll jeden Tag das Essen für die Waisenkinder von Tumahole. (Fotos: Brigitte Löffler)

Inzwischen ist es jedoch eng geworden in der Tagesstätte für AIDS-Waisen: Die Zahl der Kinder wächst, die tägliche Betreuung und Unterstützung brauchen. Das Haus, ein einfaches Steingebäude mit einem Wellblechdach, ist alt und zu klein für alle. Die sanitären Verhältnisse sind schlecht und es gibt keine Spielgeräte. Doch vor zwei Jahren musste den Kindern sofort geholfen werden und die ASBSASO-Helfer waren froh, ihre Schützlinge überhaupt irgendwo unterbringen und versorgen zu können. Die Helfer vom ASB Herne /Gelsenkirchen hoffen, dass sie irgendwann ein neues, größeres Haus für die Kinder bauen können. Jetzt plant der Arbeiter-Samariter-Bund Herne/Gelsenkirchen den Bau einer neuen, größeren Tagesstätte. Damit Kinder wie Matjeba auch in Zukunft einen Ort haben, wo sie versorgt werden und willkommen sind. *Gisela Graw*

Bundesanstalt Technisches Hilfswerk

Bereit für die Zukunft: Personalentwicklung in der Behörde THW



Eine Organisation wie das THW, die vom Engagement ihrer ehrenamtlichen Helfer geprägt ist, ist auf eine gleichsam engagierte Betreuung durch die hauptamtlichen Mitarbeiter angewiesen; rund 850 von ihnen stehen deshalb in 66 Geschäftsstellen, acht Landesverbänden, einer Bundesschule sowie der THW-Leitung als „Helfer hinter den Helfern“. Sie betreuen die Ehrenamtlichen, beschaffen deren technische Ausstattung, koordinieren ihre Einsätze, bilden sie aus und entwickeln Einsatzstrukturen und –strategien weiter. Ihr Engagement trägt damit dazu bei, dass der Motor der Hilfeleistung ins Rollen kommt.

Die Herausforderung der Personalentwicklung besteht darin, zu verstehen, mit welchen Instrumenten das Engagement der Mitarbeiter beeinflusst werden kann und die Arbeitsprozesse so gestaltet werden, dass sie ihre Fähigkeiten und Kompetenzen optimal für das THW einsetzen können. Die Personalentwicklungsstrategie ist in den so genannten strategischen Managementprozess des THW eingebettet. Dieser Prozess bildet ein Navigationssystem, in dem die Ziele des THW formuliert und alle Aktivitäten des THW strukturiert und priorisiert werden. Durch ihn werden die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass sich alle Beschäftigten mit ihren Ideen und Vorstellungen ins THW einbringen und so „ein Stück THW mitgestalten“ können.

Das THW bietet seinen Beschäftigten bewusst vielfältige Möglichkeiten, sich für die Weiterentwicklung des THW zu engagieren, etwa in Form der Mitarbeit in Gremien, Projektgruppen und spezifischen Foren. Durch diese bewusste Einbindung wird gewährleistet, dass sich die Beschäftigten in den Arbeitsabläufen wiederfinden und eine Identifikation mit der Organisation und ihren Zielen stattfindet.

Den Ausgangspunkt der Personalentwicklung im THW bilden die so genannten Anforderungsprofile. Sie sollen im gesamten THW einheitliche Qualitätsstandards für die einzelnen Funktionen setzen. So soll auch eine verbesserte Betreuungsqualität der ehrenamtlichen Helfer erreicht werden. Die Anforderungsprofile wurden nach gründlicher Analyse der einzelnen Arbeitsplätze unter Berücksichtigung der strategischen Ziele des THW entwickelt. Die Profile sollen Vorgesetzten und Mitarbeitern eine konkrete Orientierung bei der individuellen Entwicklungsplanung geben und als Grundlage der zwischen ihnen zu schließenden Zielvereinbarungen dienen. Sie setzen sich aus formalen Voraussetzungen, fachlichen Anforderungen und Verhaltenskompetenzen zusammen.

Im Bereich „formale Voraussetzungen“ sind die erforderlichen beruflichen Qualifikationen festgelegt. Der Teil „fachliche Anforderungen“ ist untergliedert in Fachkenntnisse, IT- sowie Fremdsprachkenntnisse. Der Bereich „Verhaltenskompetenzen“ besteht aus den Kategorien „persönliche Kompetenzen“, „soziale Kompetenzen“ und „spezielle Führungskompetenzen“. Die einzelnen Kategorien sind mit bis zu sieben klar definierten Kriterien unterlegt. Die Gewichtung bzw. erforderliche Ausprägung jedes Kriteriums wird durch definierte Kennzahlen ausgedrückt. Besonderes Gewicht wurde auf die eindeutige Definition der Kriterien und deren Messbarkeit gelegt.

Der Einbindung und Nutzung der Anforderungsprofile für die konkrete Personalentwicklungsplanung wurde anfangs viel Skepsis entgegengebracht. Die trennscharfe Kategorisierung der einzelnen Kompetenzen und deren kennzahlenmäßige Bewertung wurde vielfach als schwierig empfunden. Durch intensive Aufklärungs- und Informationsarbeit ist dem jedoch mehr und mehr die Einsicht gewichen, dass nur auf der Grundlage allgemeingültiger und transparenter Kriterien eine von allen Beschäftigten als gerecht empfundene und akzeptierte Personalentwicklung für alle Mitarbeiter sichergestellt werden kann. Entsprechend werden die Profile nunmehr in diesem Sinne verstanden und angewendet.

Eng verzahnt mit den Anforderungsprofilen ist das Personalauswahlverfahren. Aufgrund der Altersstruktur konnten in den beiden vergangenen Jahren jeweils rund 70 Funktionen neu besetzt werden. Wurden in der Vergangenheit Personalauswahlentscheidungen noch allein auf der Grundlage eines struktu-

rierten Interviews getroffen, so werden heute in Abhängigkeit von den konkreten Anforderungen der ausgeschriebenen Funktion unterschiedliche Auswahlinstrumente im Rahmen eines Assessment-Centers genutzt. Beispielsweise müssen die Bewerber regelmäßig ihre Fachkenntnisse anhand von Arbeitsproben unter Beweis stellen, mit dem Halten von Vorträgen ihre Präsentationsfähigkeit darlegen oder ihre soziale Kompetenz in Rollenspielen und Gruppendiskussionen beweisen. So gelangt man zu einem verlässlicheren Urteil über die persönliche und fachliche Qualifikation.

Die große Zahl an Mitarbeitern, die sich in ihrer neuen Funktion außerordentliche bewährt haben, belegt, dass auf diesem Gebiet nachhaltige Fortschritte erzielt worden sind.

Positiv ausgewirkt hat sich auch das Einführungskonzept für neue Mitarbeiter. Ziel des Konzeptes ist es, eine rasche fachliche und soziale Integration im THW sicherzustellen. Die neuen Mitarbeiter werden so zügig mit ihren neuen Aufgaben vertraut gemacht und in die Lage versetzt, diese eigenverantwortlich wahrzunehmen. Um dies zu erreichen, wird mit allen neuen Mitarbeitern ein auf ihre Bedürfnisse individuell abgestimmter Einweisungsplan erstellt. Neben ihren Ansprechpartnern im Arbeitsteam werden ihnen in der Einführungsphase Mentoren zur Seite gestellt, die ihnen als zusätzliche Ansprechpartner für alle außerfachlichen Belange zur Verfügung stehen. Obligatorische Arbeitsaufenthalte in gezielt ausgesuchten Organisationseinheiten sollen die Integration und Kommunikation auf allen Ebenen intensivieren. Alle Mitarbeiter erhalten einen einwöchigen Einweisungslehrgang, in dem das Grundlagenwissen zum THW vermittelt wird.

Daneben werden Verwaltungsseminare für die Mitarbeiter angeboten, die aus verwaltungsfremden Berufszweigen zum THW kommen. Durch monatlich stattfindende und zu protokollierende Probezeitgespräche wird schließlich sichergestellt, dass der Stand der Integration kontinuierlich von ihren Vorgesetzten wahrgenommen werden kann.

Die Modernisierung der Verwaltung kann nur gelingen, wenn die Mitarbeiter ihre fachlichen und sozialen Fähigkeiten den neuen Herausforderungen, die vor ihnen stehen, anpassen. Eine kontinuierliche und zielgerichtete Fortbildung wird damit zu einer wesentlichen Voraussetzung für die Weiterentwicklung der Kompetenzen jedes Einzelnen und damit auch der Kompetenz des THW als Organisation.

Den Fortbildungsbedarf analysieren Mitarbeiter und Vorgesetzte gemeinsam. Bei der Auswahl der geeigneten Fortbildungsmaßnahmen werden sie von Fortbildungskoordinatoren beraten. Gemeinsam wird so ein auf die individuellen Bedürfnisse abgestimmtes Fortbildungsprogramm erstellt, das gezielt zur persönlichen und fachlichen Weiterentwicklung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beiträgt.



Fortbildung in Theorie...

Im Jahre 2003 wurde im THW eine Fortbildungsoffensive eingeleitet. Gegenüber dem Vorjahr wurde die Zahl der durchgeführten Fortbildungsmaßnahmen verdreifacht. Hervorgerufen wurde dieser Bedarf durch den enormen Innovationsschub in allen Bereichen und die verbesserte Aufklärung über gezielte Fortbildungsmöglichkeiten durch die Fortbildungsorganisatorinnen und Fortbildungsorganisatoren.

Den wesentlichen Teil der Fortbildungsmaßnahmen führt das THW in Eigenregie durch. Besonderer Wert wird darauf gelegt, die herkömmlichen Lehr-/Lernmethoden um „E-Learning-Elemente“ anzureichern. Innerhalb kurzer Zeit wurde ein ausgereiftes so genanntes „Blended-Learning-Angebot“ zu zwei Themengebieten für die ehrenamtlichen Helfer entwickelt, das auch den hauptamtlichen Mitarbeitern zur Verfügung steht. Seit diesem Jahr werden die Themen „Managementtechniken“ sowie „Ausbildungslehre“ durch einen Onlinetutor über eine hierfür eingerichtete Internet-Plattform betreut. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass durch den ergän-

zenden Einsatz dieser Plattform die Ausbildungsqualität nachhaltig gesteigert wurde. Das Angebot wird deshalb auf weitere Themengebiete ausgebaut.

Durch die steten Veränderungs- und Modernisierungsprozesse sind die Führungskräfte des THW in besonderer Weise gefordert. Zu einem wichtigen Erfolgsfaktor bei der Modernisierung des THW zählt



...und Praxis.
(Fotos: THW)

daher die Führungskräftefortbildung. Alle Führungskräfte des THW werden mit einem maßgeschneiderten Schulungsprogramm begleitet. Für Nachwuchsführungskräfte werden zudem Führungsgrundlagenseminare angeboten, die sie frühzeitig auf die Übernahme von Führungspositionen vorbereiten. Neben einer gezielten Fortbildung wird das THW in Zukunft aber auch auf eine individuelle Unterstützung durch gezielte Coaching-Maßnahmen bauen.

Anfang 2003 fand im THW die erste Runde der Mitarbeitergespräche statt. Die Einführung dieses wichtigen Personalentwicklungsinstruments wird durch eine vorbereitende Schulung aller Mitarbeiter begleitet. Die Resonanz auf das Gespräch bei Vorgesetzten und Mitarbeitern ist positiv. Mit halbjährlichen Gesprächsintervallen steht eine kontinuierliche Kommunikation im Vordergrund.

Zu einer effizienten Personalentwicklung gehört auch, dem Leistungsgedanken, gerade in einer öffentlichen Verwaltung, verstärkt Rechnung zu tragen. Dies darf der Bürger als Kunde erwarten. Das

THW stellt sich dieser berechtigten Erwartung, will aber darüber hinaus auch die Innovation durch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern. Insofern werden herausragende Leistungen und erfolgreiche Projekte honoriert. Prämien und Zulagen sollen animieren, sich mit Ideen und Vorstellungen aktiv ins THW einzubringen und es mitzugestalten.

Das THW hat als Teil der Personalentwicklung im Jahr 2002 einen Gleichstellungsplan aufgestellt, mit dem die tatsächliche Gleichberechtigung von Frauen und Männern und die Beseitigung von Nachteilen für Frauen durchgesetzt werden soll. Die Benachteiligung von Frauen drückte sich im THW in der Vergangenheit insbesondere durch eine Unterrepräsentanz im gehobenen und höheren Dienst aus. Es sind bereits erhebliche Fortschritte zu verzeichnen: Rund die Hälfte der ausgeschriebenen Führungspositionen wurde an Frauen vergeben. Auch der Anteil von Frauen im gehobenen Dienst wurde erhöht. Eine konsequente Fortführung dieser Entwicklung ist erforderlich, damit die Ziele des Gleichstellungsplanes erreicht werden.

Personalentwicklung heißt auch, in größtmöglichem Maße auf Bedürfnisse und Wünsche der Mitarbeiter hinsichtlich ihres Arbeitsplatzes einzugehen. Das THW besitzt hierzu eine Vielzahl unterschiedlicher Instrumente. Zum einen stehen jedem Mitarbeiter die vielfältigen Einsatzmöglichkeiten in den Geschäftsstellen, Landesverbänden, in der Bundeschule oder der THW-Leitung offen. Daneben besteht auch die Möglichkeit, eigene Ideen im Rahmen von Projektgruppen einzubringen und zu verwirklichen. Hier wird bereits heute ein Großteil des Fortschritts entwickelt und dann umgesetzt.

Darüber hinaus wurden im Jahre 2002 auch gleitende Arbeitszeiten eingeführt. Alle Mitarbeiter verfügen über ein flexibles Arbeitszeitkonto. Daneben werden diverse Teilzeitbeschäftigungsmodelle und die Möglichkeit zur Telearbeit geboten.

Die Ausbildung junger Menschen betrachtet das THW als eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung. Das THW hat sein Ausbildungsplatzangebot im vergangenen Jahr im Rahmen der Ausbildungsplatzoffensive der Bundesregierung erheblich gesteigert. Mit 29 Ausbildungsplätzen im Jahre 2003 wurde die Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze im Vergleich zum Jahre 2002 nahezu verfünffacht. Für die kommenden Jahre ist eine weitere Zukunftsperspektive geboten: Auszubildenden, die ihre Ausbildung

besonders erfolgreich abschließen, wird regelmäßig eine befristete Weiterverwendung angeboten.

Das THW ist eine ehrenamtlich getragene Katastrophenschutzorganisation des Bundes. Rund 76.000 ehrenamtliche Helferinnen und Helfer aus 665 Ortsverbänden leisten mit gesetzlichem Auftrag technische Hilfe im In- und Ausland. Die „Faszination Helfen“ ist die treibende Kraft, die immer wieder zu aufopferungsvollen Höchstleistungen anspornt.

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft

Verregneter Sommer lässt Ertrinkungszahlen sinken

Bis Mitte August dieses Jahres sind in Deutschland 376 Menschen ertrunken, 163 weniger als im Vorjahr. In den Sommermonaten Juni bis August ertranken 213 Personen, im Vergleichszeitraum des Vorjahres starben hingegen 332 Personen.

DLRG Generalsekretär Ludger Schulte -Hülsmann: „Die Ursache für den Rückgang ist in erster Linie der über weite Strecken kühle und verregnete Sommer, der viele Menschen in Deutschland vom Baden abgehalten hat. So erfreulich die geringere Zahl der Todesfälle ist, gibt es aber keinen Grund, die Hände in den Schoß zu legen. Es ist normal, dass bei einem schlechteren Sommer die tödlichen Wasserunfälle zurückgehen.“

Unfallschwerpunkt Nummer eins sind nach wie vor die unbewachten Badestellen an Binnengewässern. Von den 376 Opfern starben 147 in Flüssen und 119 in Binnenseen. Mehr als zwei Drittel aller Todesfälle dieses Jahres ereigneten sich an unbewachten Gewässern. „Das Risiko zu Ertrinken ist hier um ein

Vielfaches höher als an den deutschen Küsten oder in Bädern“, warnt Schulte-Hülsmann.



Von Rettungsschwimmern überwachte Badestellen sind vergleichsweise sicher. (Foto: DLRG)

Die Badestellen von Nord- und Ostsee werden in den Sommermonaten von gut ausgebildeten Rettungsschwimmern der DLRG bewacht, die bei Badeunfällen schnelle Hilfe leisten und so Schlimmeres verhindern. Die Ertrinkungsstatistik weist in den ersten acht Monaten lediglich 23 Todesfälle aus, die sich in Nord- und Ostsee, sowie 17 tödliche Unfälle, die sich in Schwimmbädern ereigneten.

Als besonderer Gefahrenpunkt erwies sich der Rhein, in dem 30 Personen ertranken, gefolgt vom Main mit neun und den Bodensee mit sieben Opfern.

In der Verteilung nach Bundesländern rangiert wie im vergangenen Jahr Nordrhein-Westfalen vor Bayern. Im bevölkerungsreichsten Bundesland verloren 75 Menschen, in Bayern 67 ihr Leben. Lediglich eine Person ertrank im Saarland. Wie in den Vorjahren sind die Menschen an der Saar am sichersten. In den fünf neuen Bundesländern verloren 84 Menschen im Wasser das Leben.

In der Altersstatistik zeigt sich folgendes Bild: Besonders vom Ertrinken betroffen ist die Altersklasse der 61-70-Jährigen. In dieser Stufe ertranken 65 Menschen, gefolgt von den 36-45-Jährigen mit 64 Opfern. Erfreulich: Die Zahl der Ertrinkungsfälle bei Kindern bis zu fünf Jahren ist weiter rückläufig. 23 Kinder im Vorschulalter ertranken, acht weniger als im Vorjahr. Der DLRG-Generalsekretär führt die positive Entwicklung nicht zuletzt auf die bundesweite Kampagne von DLRG und NIVEA in Zusammenarbeit mit den Kindergärten zurück. „Die frühzeitige Aufklärung der Kleinsten über Gefahren im und am Wasser trägt erste Früchte“, so Ludger Schulte-Hülsmann.

Bundespräsident übernimmt Schirmherrschaft

Bundespräsident Prof. Dr. Horst Köhler hat die Schirmherrschaft über die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) übernommen.



Bundespräsident Horst Köhler.

(Foto: Bundespräsidialamt)

Er setzt damit eine Tradition der Bundespräsidenten fort, die schon mit Prof. Dr. Carl Carstens begonnen hat. „Die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft leistet für die Menschen in unserem Lande einen unverzichtbaren Dienst. Ich sehe den ehrenamtlichen Einsatz der Mitglieder, Freunde und Förderer der DLRG für das Gemeinwohl voller Respekt und Sympathie,“ begründete der Bundespräsident seine Entscheidung.

Deutscher Feuerwehrverband

Berlin im Zeichen der DJF

Vom 3. bis 5. September beging die Deutsche Jugendfeuerwehr ihren 40. Geburtstag. Die Nachwuchsorganisation des Deutschen Feuerwehrverbandes kehrte an ihren Gründungsort Berlin zurück, an dem sie am 31. Oktober 1964 aus der Taufe gehoben worden war. Viele gelungene Einzelveranstaltungen ließen die Feierlichkeiten zu einem großen Ereignis werden.

Erster Höhepunkt war der Empfang bei Bundeskanzler Gerhard Schröder. 750 Jugendfeuerwehrlleute waren bei der zweistündigen Veranstaltung Gast des Regierungschefs im Kanzlerpark. Von Bundesjugendleiter Willi Gillmann und DFV-Präsident Hans-Peter Kröger begrüßt, informierte sich der Bundeskanzler zusammen mit den Parlamentarischen Staatssekretären Christel Riemann-Hanewinckel (BMFSJ) und Fritz Rudolf Körper (BMI) über die vielfältigen Aktivitäten der Deutschen Jugendfeuerwehr. „Ohne das Engagement der Jugendfeuerwehren, der Feuerwehren überhaupt, wären die gewaltigen Aufgaben, die wir in Gemeinden und Städten haben, gar nicht lösbar“, sagte Schröder und wies auf andere Aspekte der Jugendorganisation hin. „Die

Jugendfeuerwehr ist ein Verband mit wichtigen und richtigen internationalen Kontakten und ist damit auch eine Organisation, die für Offenheit und Toleranz in unserer Gesellschaft steht.“



Bundesjugendleiter Willi Gillmann unterstrich die Bedeutung der Einladung: „Die Deutsche Jugendfeuerwehr wertet dies als Anerkennung für ihr ehrenamtliches Engagement für die Gesellschaft“. Als Wertschätzung für das Wirken der DJF zeichnete der Bundeskanzler vier Jugendfeuerwehren für deren besonderes Engagement aus.

Anschließend inspizierte Schröder einzelne Themeninseln. Besonderen Anklang erhielt das Jugendforum-Thema „Mitbestimmung“ sowie die Bereiche Gewalt und Wettbewerbe. Auch die Berliner Feuerwehr unterstützte den Empfang mit Teilen ihrer „Feuer-und-Flamme-Show“. Doch der Gastgeber musste den Empfang vorzeitig verlassen, denn ein Terroranschlag auf ein Schule im südrussischen Beslan mit mehr als 300 Toten forderte Schröders Aufmerksamkeit.

Nach einer Schweigeminute für die Opfer der Beslan-Tragödie ging Bundesjugendleiter Willi Gillmann in seiner Festtagsrede auf das „Geburtstagskind“ Deutsche Jugendfeuerwehr ein. „Dies ist eine Erfolgsgeschichte, die es von ganzem Herzen zu würdigen gilt“, sagte er. „Die Deutschen Jugendfeuerwehren haben einen nicht unerheblichen Anteil daran, dass die in unserer Gesellschaft scheinbar immer weniger attraktiven Werte wie Freundschaft, Kameradschaft und Teamgeist stets hochgehalten werden“, erklärte Gillmann und verwies unter dem Applaus der Festakt-Gäste auf die neue Rekordzahl von fast 261.000 Mitgliedern, bevor er der DJF-Verbandszeitschrift „Lauffeuer“ zum 30. Geburtstag gratulierte.

Festredner Joachim Steig, Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium, gratulierte der DJF zur Zunahme ihrer Mitgliederzahlen und vor allem zum Rekord bei der Übernahme von fast 25.000 Jugendfeuerwehrleuten in die aktiven Wehren: „Dies zeigt, dass auf die DJF Verlass ist. Jeder in die Jugendfeuerwehren investierte Euro zahlt sich für die Gesellschaft aus“, sagte Steig.

Es folgte der bunte Teil des Abends, den Moderator Gerald Meyer, Komiker Thomas Nicolai sowie der R'n'B-Formation 20th District hervorragend ge-

stalteten. Aufwändige Lasershows sowie Präsentationen zur Deutschen Jugendfeuerwehr und der Verbandszeitschrift „Lauffeuer“ rundeten den Festakt ab.

Als Tags darauf gegen Mittag der Aktionstag eröffnet wurde, strömerte bereits eine große Men-



Sitzung Deutscher Jugendfeuerwehrausschuss (DJFA) mit den parlamentarischen Staatssekretären Fritz Rudolf Körper, BMI, (stehend) und Christel Riemann-Hanewinckel, BMFSJ, (rechts vorne).

schenmenge auf dem Gelände des FEZ-Berlin umher. Kinder, Jugendliche und Erwachsene tauchten in ein Meer aus Spiel, Spaß, Action und Spannung ein. Abwechslung pur also für die 20.000 Besucher, deren Erscheinen am Aktionstag der DJF einen neuen Besucherrekord bescherte. Die Berliner Feuerwehr, der BGS, die Berliner Polizei, Pro Familia, die THW-Jugend sowie Co-Veranstalter Unicef-Berlin unterstützten am Aktionstag die DJF mit gelungenen und attraktiven Angeboten sowie spannenden Vorführungen. Großen Zuspruch fand auch das Torwandschießen mit Hertha-BSC-Stürmer Fredi Bobic, dem Star-gast des Tages, der anschließend noch eine Autogrammstunde gab. Krönender Abschluss bildete ab 20 Uhr die Geburtstagsparty, bei der die bekannten Musiker Ben, Ayman und Oli P. auftraten und vom Publikum stürmisch gefeiert wurden.

Während des Jubiläums waren Fritz Rudolf Körper, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, und Christel Riemann-Hanewinkel, Parlamentarische Staatssekretärin im Ministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Gast des Deutschen Jugendfeuerwehrausschusses (DJFA) bei einer abendlichen Sitzung. Ein wichtiges Thema war dabei die zunehmende Diskrepanz zwischen steigenden Mitgliederzahlen und stagnierenden Fördermitteln. „Ob wir da nicht noch mal gucken, ob ihr Mitgliederzuwachs schon berücksichtigt wird“, sagte Riemann-Hanewinkel in Bezug auf die kom-

Bei einer zweiten DJFA-Sitzung waren Christine Scheel, die finanzpolitische Sprecherin von Bündnis 90/Grüne, und der CDU-Bundestagsabgeordnete Peter Rzepka die Gesprächspartner. Die Grünen-Politikerin betonte, dass das ehrenamtliche Engagement gestärkt werden müsse, doch blieben klare Zusagen auf Unterstützung von ihr ebenso aus wie auch vom CDU-Politiker Rzepka. Trotz des Ausbleibens der erhofften Unterstützung hat die Deutsche Jugendfeuerwehr erreicht, dass wichtige Politiker sich ein genaueres Bild von der DJF machten. Bleibt zu hoffen, dass sich dies in künftigen Entscheidungen bemerkbar macht. *Marcus Vogt*



Empfang beim Bundeskanzler:
Gerhard Schröder (m.) und Bundesjugendleiter Willi Gillmann (li.)
bei der Themeninsel „Mitbestimmung“.
(Foto: DFV)

mende Förderbemessung im Kinder- und Jugendplan. Dabei sprach sie sich auch dafür aus, dass die Jugendarbeit in der Hand des Bundes bleibt und nicht in den Bereich der Landespolitik übergeht. Bezüglich einer generell erhofften verbesserten finanziellen Unterstützung musste die Staatssekretärin allerdings passen und verwies auf bestehende Regelungen. Ihr Amtskollege aus dem Innenministerium, Fritz Rudolf Körper, betonte in dieser der Frage die Nicht-Zuständigkeit seines Ministeriums.

Deutsches Rotes Kreuz

45. Bundesentscheid der Bereitschaften

Der 45. Bundeswettbewerb der Bereitschaften fand am 18. September 2004 in Maulbronn (Baden-Württemberg) statt und stellte die Wettbewerbsgruppen vor unerwartete Aufgaben. Die Gewinner aus Stegen bei Freiburg fahren zum Europäischen Wettbewerb in der Slowakei.

Sie wollten gar nicht so recht zu den äußeren Bedingungen passen, die Szenarien des diesjährigen Bundesentscheids. Denn Schauplatz für die Übungen war in diesem Jahr die sonnedurchflutete alt-ehrwürdige Anlage eines Zisterzienserklosters im schwäbischen Städtchen Maulbronn in der Nähe von Karlsruhe.

Und so hatten es bei wolkenlosem Himmel und sommerlichen Temperaturen die Wettbewerbsgruppen in idyllischer und wunderschöner Umge-



bung mit abgetrennten Gliedmaßen, beinahe ertrunkenen Kleinkindern, schwer verletzten Bahn-

tenbummler, die die Leistungen der Teams beobachteten.



Bei einer Sprengung in einem Steinbruch hat sich ein Arbeiter schwer verletzt. DRK-Helfer bringen ihn aus der Gefahrenzone.

Bisweilen gab es für die Helfer sogar Szenenapplaus. Vermutlich auch deshalb, weil die Planer so manches Mal ein überraschendes Element in die Übungen eingebaut hatten. Dies sorgte dann bei den Beobachtern für große Heiterkeit, bei den Wettbewerbsgruppen jedoch für enormen zusätzlichen Stress. So etwa bei einem simulierten Zugunglück im Bahnhof von Maulbronn: Hier galt es nämlich nicht nur verletzte Personen schulbuchmäßig zu versorgen. Auch waren betroffene Fahrgäste zu betreuen, darunter eine

arbeitern und verunfallten Autofahrern zu tun.

blinde Person, eine Rollstuhlfahrerin und schließlich einen wichtiguerischen Fahrgast mit Diplomatenta-

Am frühen Morgen hatte es sich der Präsident des Roten Kreuzes in Deutschland, Dr. Rudolf Seiters nicht nehmen lassen, um acht Uhr den Startschuss für die Gruppen zu geben.

An den acht Schauplätzen sahen sich die Rotkreuzler aus dem gesamten Bundesgebiet nun also vor jede Menge Probleme gestellt, und hatten sich gewaltig ins Zeug zu legen, um die an sie gestellten praktischen und theoretischen Aufgaben zur Zufriedenheit der Schiedsrichter zu lösen. Überall waren neugierige Touristen, Passanten und Schlach-



DRK-Präsident Dr. Rudolf Seiters im Kreise der Helfer aus Maulbronn bei der Eröffnung des Wettbewerbs.

tus, der ausschließlich italienisch sprach und den Helfern mit südländischem Temperament und in unverständlichen Worten arg zusetzte. Es schien, als ob manch eine Gruppe am Ende dieser einstündigen Übung am liebsten selbst psychologische Hilfe angefordert hätte.

Schließlich hatten jedoch alle Teilnehmer den sehr gut vorbereiteten Parcours gemeistert.

Denn an der Organisation des Veranstaltungsumfelds gab es nichts auszusetzen. Die 18 Gruppen



Großes Zuschauerinteresse am Rande des Schwimmbads.

(Fotos: DRK)

aus den DRK-Landesverbänden fanden in Maulbronn beste Bedingungen für den Wettbewerb vor. Hierzu hatte auch die großzügige Unterstützung von Behörden, der Stadt Maulbronn und der Deutschen Bahn AG beigetragen. Insgesamt waren in dem kleinen Städtchen rund 600 engagierte Rotkreuzler im Übungs- Organisations- und Hilfeinsatz.

Als gegen 17 Uhr alle Verletzten versorgt, alle Betroffenen betreut und alle Opfer gerettet waren,

konnten sich die Teilnehmer, Betreuer, Helfer und Fans stärken und auf die abendliche Party und Siegerehrung vorbereiten.

Gegen 22 Uhr gab der Bundesarzt des DRK, Dr. Karl Demmer dann unter großem Jubel die Sieger bekannt und überreichte den übergläcklichen Gewinnern aus dem Breisgau die Urkunde.

Die Siegergruppe aus dem badischen Stegen vertritt nun das Deutsche Rote Kreuz beim Europäischen Erste-Hilfe-Wettbewerb im nächsten Sommer in der Slowakei. Nur knapp geschlagen mussten sich die Wettbewerbsgruppen aus Mittelbach (LV Rheinland Pfalz) und aus Helmstedt (LV Niedersachsen), die auf den Rängen zwei und drei landeten.

Das Deutsche Rote Kreuz führt den Bundeswettbewerb in erster Hilfe seit 1959 jährlich durch. Ziel und Zweck ist es, den Ausbildungsstand der mehr als 400.000 Helfer und Helferinnen im DRK zu überprüfen und über einen langen Zeitraum zu verfolgen. Die teilnehmenden Mannschaften hatten sich zuvor auf Kreisverbands und Landesverbands-ebene für diesen Wettbewerb qualifiziert.

Den letzten Erste-Hilfe-Bundeswettbewerb 2003 in Hamburg hatte die Gruppe aus Maulbronn gewonnen und beim Europäischen Erste-Hilfe-Wettbewerb den dritten Platz belegt.

Johanniter-Unfall-Hilfe

Mission: Flüchtlingscamp

„Alarm!“ ruft die Nachtwache um zehn nach vier. Dreißig Sekunden später fliehen 17 Johanniter. Schüsse fallen. Schon sind alle umstellt. Da hilft nur noch: „Hände hoch. Sich ergeben.“ Drei schwer bewaffnete uniformierte Kriminelle haben jetzt das Sagen. Verhandlungen folgen. Auf Russisch. Die Bande gibt sich mit Bargeld zufrieden. Um vier Uhr vierzig kann ein Hilferuf nach Berlin abgesetzt wer-

den. Dann bricht der Funkkontakt ab. Das Überlebenstraining beginnt.



Viele finden nach der Flucht in den Wald endlich Zeit, die dicken Blasen an den Füßen zu kurieren. Die schwarzen Johanniter-Stiefel sind für lange Fußmärsche mit bis zu 30 kg Gepäck offenbar doch nicht so gut geeignet. In den letzten Tagen haben die meisten lange Wege querfeldein gehen müssen, umringt von Heerscharen von Mücken, die zahlreiche Spuren hinterließen, bis hin zu dick geschwollenen Augen.

Lejasciems, führten Gespräche mit dem Bürgermeister, der Schulleiterin, der Ärztin der örtlichen Gesundheitsstation, nahmen Kontakt zum Bezirkskrankenhaus auf, überprüften die Zufahrtswege für mögliche Hilfslieferungen, schauten sich das Gelände an, das sie für die Flüchtlinge zugewiesen bekamen. Viele Fragen kamen auf: Wie ist die Bodenqualität? Ist Wasser in der Nähe? Können zum Aufbau des Flüchtlingslagers Einheimische angestellt werden?

Zwischendurch wurden die Teams von Militärpatrouillen durchsucht. Ausrüstungsgegenstände wurden beschlagnahmt. Immer wieder gab es Meldungen von Überfällen. Zuletzt die Nachricht, dass

das belgische Rote Kreuz angegriffen worden sei. Die Erkundungsarbeiten für das Flüchtlingscamp waren da gerade abgeschlossen, die Mission ein Erfolg: 5000 Menschen wird geholfen werden können.

Das Auslandseinsatzzentrum Nord in Hamburg hatte das Training organisiert, um herauszufinden, ob ehrenamtliche Helfer künftig für erste Erkundungen im Ausland eingesetzt werden können, etwa nach Erdbeben oder um Menschen zu helfen, die in Kriegsgebieten flüchten. Natürlich werden die Johanniter nicht den Aufbau von ganzen

Flüchtlingslagern recherchieren müssen. Sie sollten sich aber in die komplexe Arbeit hineindenken können und lernen mit anderen Organisationen vor Ort zu kooperieren. Ihr Part kann auf jeden Fall aus dem Bereich der medizinischen Hilfe kommen. Für diese Aufgabe müssen die Helfer nicht nur fachlich vorbereitet sein; sie müssen zumindest fließend Englisch sprechen, Sicherheitstrainings absolviert haben und über eine adäquate Ausrüstung verfügen. Nicht zuletzt müssen alle körperlich wie geistig topfit sein.

Das Training zeigte, dass ein Teil der Helfer durchaus in der Lage ist, an ersten Assessments im



Zur „Lagebestimmung“ Positionsbestimmung auf der Karte.

Ziel des einwöchigen Einsatzes der 17 Johanniter aus ihren Auslandseinsatzzentren Nord und Süd sowie aus Polen war es, zu erkunden, ob im lettischen Bezirk Gulbene ein Flüchtlingslager für 5000 Menschen aufgebaut werden kann. Ein Teil des lettischen Territoriums sei besetzt worden, heißt es im Handzettel zur Übung. Die Bewohner dieses Gebietes seien auf der Flucht und bräuchten vorübergehend eine neue Bleibe.

Für ihre Erkundung (Assessment) teilten sich die Johanniter in drei Gruppen auf. Mit Karte und Kompass ausgerüstet gingen sie in das Dörfchen

Ausland teilzunehmen. Alle benötigen aber weiterqualifizierende Übungen. Oberstleutnant Peter Wilde, einer der Trainer in Lettland, schlug vor, künftig in die drei- bis vierköpfigen Erkundungsteams im Ausland erfahrene hauptamtliche und ehrenamtliche Helfer zugleich zu integrieren. Einige könnten bald zum Einsatz kommen. Sie werden hoffentlich in keine Notlage geraten. Für alle gilt: Ständiges Training ist notwendig, damit tatsächlich anderen gehol-



Selbstverpflegung nach der Flucht.

(Fotos: JUH)

fen werden kann und die ehrenamtlichen wie hauptamtlichen Experten selbst gesund wieder nach Hause zurückkehren.

Regina Villavicencio

Malteser Hilfsdienst

Und wer kümmert sich um die Seele?

Mit dem Projekt „Mensch im Mittelpunkt“ entwickelten die Malteser seit 1993 bundesweit ein System zur psychosozialen und seelsorglichen Betreuung von Einsatzkräften, Betroffenen und Angehörigen nach konkreten Notfallereignissen und Krisensituationen. Von Beginn an engagierten sich die Malteser dabei in der sozialpsychologischen Unterstützung von Einsatzkräften (Mediatorenmodell), die nach schweren Unfällen oder Gewaltakten ebenfalls starken psychischen Belastungen ausgesetzt und auf professionelle Hilfe angewiesen sind. Seit 1998 wurde parallel dazu der Bereich der Krisenintervention und Notfallseelsorge (für Betroffene und deren Angehörige) aufgebaut. Beide Bereiche sind eng miteinander verbunden, ergänzen sich gegenseitig und sind seit 2001 im Referat Psychosoziale Unterstützung (PSU) organisatorisch zusammengefasst.

In Kiel betreut der Malteser Hilfsdienst seit acht Jahren Betroffene und Einsatzkräfte nach besonders belastenden Notfallereignissen. Dank einer großzügigen Spende vom Sparkassen- und Giroverband für Schleswig-Holstein können die Malteser in der Diözese Hamburg jetzt die Psychosoziale Unterstützung auf Diözesanebene ausbauen. Geleitet wird dieses Projekt ehrenamtlich von Jens Norbert Marxen, der die Entwicklung in Kiel in dem folgenden Interview erläutert.

Wann begann die Kriseninterventionsarbeit der Malteser in Kiel?

Marxen: Die Planungen begannen 1994 in enger Zusammenarbeit mit dem Referat Katastrophenschutz in Hamburg. Im Gespräch mit Herrn Ahrens (Leiter des Katastrophenschutzes in der Diözese Hamburg, Anm. d. Red.) stellten wir fest, dass es in der Erstversorgung eine Lücke gab: Es fehlten psy-

chosoziale Unterstützungsangebote für die Betroffenen und die Einsatzkräfte. Diese Lücke konnten wir vor acht Jahren schließen. Seit Oktober 1996 betreut das Kriseninterventionsteam (KIT) in Kiel Betroffene unmittelbar nach einem schweren Notfall.

Wie oft wird die Hilfe angefordert?

Marxen: 1996 rechneten wir mit rund 50 Einsätzen pro Jahr. Tatsächlich waren es bereits im ersten Jahr knapp 100 Betreuungen. Und die Zahl ist weiter gestiegen. So hatten wir im ersten Halbjahr 2004 bereits 130 Einsätze.

Zu welchen Einsätzen wird das KIT gerufen?

Marxen: Die Leitstelle der Feuerwehr oder die Polizei benachrichtigt uns in Extremsituationen und bei psychosozialen Notfällen. Vor allem nach schweren Unglücken, nach Suizidversuchen und plötzlichen Todesfällen wird unsere Hilfe angefordert.

Welche Hilfe kann das KIT leisten?

Marxen: Zusammen mit einem Notfallseelsorger bieten unsere Helfer und Helferinnen Trauernden und akut psychisch traumatisierten Menschen Unterstützung und Beistand an. Sie führen Gespräche mit Angehörigen und organisieren Fahrten zum Krankenhaus. Bei Bedarf arbeiten sie mit Amtsärzten oder Bestattern zusammen. Wenn es erforderlich ist, vermittelt das KIT auch weitergehende Hilfsangebote, wie eine Kinderbetreuung über mehrere Tage.

Wer arbeitet im KIT mit?

Marxen: Wir haben in Kiel 27 ausgebildete Mitarbeiter. Neben erfahrenen Rettungsdienstmitarbeitern engagieren sich vor allem Menschen aus psychosozialen Berufsgruppen wie Sozialpädagogen und Psychologen. Aber auch Studenten, Künstler und Hausfrauen arbeiten bei uns mit.

Gibt es Sponsoren für die Krisenintervention?

Marxen: Im Dezember 2002 wurde ein Unterstützerkreis für das KIT gegründet. Derzeit gehören 30 verschiedene Firmen und Privatpersonen aus dem Raum Kiel dem Kreis an.

Werden nach dem Kieler Vorbild jetzt auch in anderen Gliederungen Helfer und Helferinnen ausgebildet?

Marxen: Wir sind dabei, auf Diözesanebene die Psychosoziale Unterstützung (PSU) aufzubauen. Die Kriseninterventionsarbeit ist dabei nur ein Modul, wenn auch ein sehr wesentliches. PSU umfasst ne-



Jens-Norbert Marxen (r.) leitet als Diözesanreferent den Aufbau der Psychosozialen Unterstützung (PSU) in Hamburg. Unterstützt wird er in seiner ehrenamtlichen Arbeit von dem Hamburger Diözesangeschäftsführer Stefan Johag (m.) und dem Leiter des Referats Katastrophenschutz Wolfgang Ahrens (l.). (Foto: MHD)

ben der Krisenintervention auch die Bereiche Prävention und Einsatznachsorge sowie den Einsatz eines Mediators in jeder Wache. Der Mediator ist ein Kollege und steht bei Problemen jederzeit als Ansprechpartner bereit.

Wie kann man Einsatzkräften präventiv helfen?

Marxen: Wichtig ist es, die Kollegen frühzeitig auf belastende Situationen vorzubereiten, damit sie lernen, mit Stressreaktionen umzugehen und einen Weg zu finden, die Erlebnisse besser aufzuarbeiten. Dazu werden wir Fortbildungen zu den Bereichen Stress und Stressbewältigung sowie Psychotraumatologie anbieten.

Wie sieht die Einsatznachsorge aus?

Marxen: Wir werden Einsatzleiter vor und während der Einsätze beraten. Nach kritischen Einsätzen werden wir eine kurzfristige psychosoziale Betreuung von Einsatzkräften anbieten und bei Bedarf auch strukturierte Einsatznachbesprechungen leiten. Dabei arbeiten wir nach der CISM (Critical Incident Stress Management)-Methode. Das ist die weltweit verbreitetste Methode zur Nachbearbeitung von belastenden Ereignissen.

Wie ist der aktuelle Stand beim Aufbau der Psychosozialen Unterstützung in der Diözese Hamburg?

Marxen: Für alle Sparkassen in Schleswig-Holstein können wir schon in Extremsituationen, wie nach einem Banküberfall, eine Betreuung der Betroffenen anbieten. Zur Zeit führen wir in Zusammenarbeit mit dem Referat Notfallvorsorge in Hamburg, Lübeck und Timmendorfer Strand psychosoziale Grundlagenseminare durch. Aus diesen Kursen gewinnen wir Helfer für die PSU. Besonders freut mich, dass wir in unserer Arbeit bereits von sieben Firmen und Privatleuten finanziell unterstützt werden.

Das Gespräch mit Jens Norbert Marxen führte Helgard Grünanger vom Pressereferat des Malteser Hilfsdienstes in Hamburg.

Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e.V.

E-Government im Bereich von Katastrophenschutz und Katastrophenvorsorge

Allgemein ist festzustellen, dass moderne Managementmethoden und -technologien, wie sie in Wissenschaft und Forschung publiziert und in der Wirtschaft erfolgreich praktiziert werden, in die Praxis des Katastrophenmanagements noch sehr verhalten Einzug halten.

Aktuelle Aktivitäten konzentrieren sich hier bisher überwiegend auf Aspekte der IT-Sicherheit und des IT-Schutzes. Das Potenzial des E-Governments mit seinen Möglichkeiten der elektronischen Information und Kommunikation sowie vor allem auch der elektronischen Transaktion über das Internet wird im Katastrophenmanagement heute zu wenig genutzt. Gleichwohl bestehen inzwischen mit dem Deutschen Notfallvorsorge-Informationssystem (deNIS) erste Ansätze auf der Stufe der elektronischen Information. Von einem Ausbau zu einem echten elektronischen Portal sind wir jedoch noch ein Stück weit entfernt.

Die Bundesregierung hat 2002 Grundsatzüberlegungen für eine neue Strategie zum Schutz der Bevölkerung vorgelegt. Diese sehen mittelfristig die Neuordnung der gesamtstaatlichen Sicherheitsvorsorge und deren Integration in eine internationale Sicherheitsarchitektur vor. Auch in dieser Studie wird für Deutschland festgestellt, dass im Zivil- und Katastrophenschutz die enormen Fortschritte von Wissenschaft, Forschung und Technik vor allem im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik nur sehr unzureichend berücksichtigt worden sind.



Hinzu kommt, dass in Deutschland der Katastrophenschutz aufgrund föderaler Strukturen nicht einheitlich konzipiert ist und im internationalen Vergleich über eine große Vielfalt von Hilfeleistungsträgern verfügt. Zwar bietet ein pluralistisch verfasstes System in seiner Vielfalt naturgemäß viele Stärken, beinhaltet hinsichtlich der Vernetzung der wichtigen Querschnittsfunktionen Führung, Kommunikation und Logistik jedoch auch zahlreiche Problemfelder. Wichtig ist deshalb ein institutionenübergreifendes Netzwerk, in dem von der Aufbau- und Ablauforganisation her Schutzressourcen modular und nach festgelegten Standards einsatzlogistisch miteinander verbunden werden können. Wenn also bei einem Großschadensereignis Polizei, Feuerwehren, Rettungsdienste, Organisationen des Katastrophenschutzes, Technisches Hilfswerk, Bundesgrenzschutz, Bundeswehr und gegebenenfalls weitere sicherheitsrelevante Einrichtungen effizient miteinander korrespondieren sollen, bedarf es zunächst einer an den Nahtstellen harmonisierten kooperativen Führungsorganisation. Es sind deshalb zunächst die organisatorischen, technischen und rechtlichen Voraussetzungen für ein „Computer Integrated Management“ für den Katastrophenschutz zu schaffen. Das neue Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) kann hinsichtlich der notwendigen disziplinübergreifenden Optimierung des Informations- Kommunikations- und Ressourcenmanagements Orientierung geben. Dabei kommt es auf die synergetische Nutzung aller bestehenden Potenziale an, die im Netzwerk leichter gelingt als in fest gefügten zentralen Strukturen. Erst wenn die Schnitt- bzw. Nahtstellenproblematik gelöst ist, können die Vorteile des E-Governments für den Bereich der inneren Sicherheit voll ausgeschöpft werden; ließen sich Schutz-Bausteine gleichsam nach dem „Lego-Prinzip“ fallbezogen flexibel aneinander fügen.

Noch wird die Planung und Organisation der Katastrophenvorsorge in Deutschland nicht als ganzheitlich zu lösende Gemeinschaftsaufgabe begriffen. Die Bundesländer leisten finanziell in der Regel gemessen an den Haushaltsansätzen keine nennenswerten Beiträge und haben die Aufgabe weitgehend auf die Kreise und kreisfreien Städte redelegiert. Instrumente für eine nationale Koordination und Steuerung sind erst langsam wieder im Entstehen.

Bei dem am 10. 8. 2004 von der Alcatel SEL Stiftung für Kommunikationsforschung am Hans-

Bredow-Institut für Medienforschung an der Universität Hamburg veranstalteten Symposium „Next Generation E-Government für die innere Sicherheit – Erfahrungen, Praxisberichte und Visionen“ diskutierten Experten aus Wissenschaft, Industrie, Polizei, Feuerwehr, Katastrophen- und Datenschutz Modelle und Perspektiven einer verbesserten informationstechnischen Vernetzung im Sicherheitsbereich.

Als Teilnehmer der Podiumsdiskussion bezog auch der Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaften des Katastrophenschutzes (ARKAT) und Präsident des Deutschen Schutzforums, Dipl.-Ing. Klaus-Dieter Kühn, zu den Chancen des E-Governments im Bevölkerungsschutz Stellung:

Die elektronische Assistenz im Katastrophenschutz mit IuK-Techniken, Telematik/Telekommunikation sowie mobilem Monitoring von Schadens- und Einsatzsituationen müsse zunehmend zur selbstverständlichen Ausstattung der Einsatzkräfte gehören, um Lagen, die eines vernetzten integrierten Katastrophenmanagements bedürfen, effektiver und effizienter bewältigen zu können.

Darüber hinaus sollte im Rahmen einer Agenda 2014 für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe das Portfolio für eine nationale und europäische Gemeinschaftsaufgabe mit klaren Aufgabenverteilungen entwickelt werden; auch unter dem Aspekt, dass sich innere und äußere Sicherheit angesichts zunehmender Schnittmengen immer weniger voneinander trennen lassen.

Es müssen verlässliche Bedrohungs-, Gefahren- und Risikoanalysen zur lokalen, regionalen und überregionalen Vulnerabilität Deutschlands und Europas vorliegen. Für besondere Ereignisse im Bereich technologischer oder biologisch-medizinischer Gefährdungen sollten wir über sinnvoll dislozierte Task-Forces mit Spezialkräften verfügen können, die im gesamten EU-Bereich schnell (Lufttransport) eingesetzt werden können.

Im Sinne eines ganzheitlich ausgerichteten Sicherheitsverständnisses müssen rechtlich, organisatorisch, technisch und finanziell die Voraussetzungen für eine modulare vertikale und horizontale Vernetzbarkeit aller Teilsysteme im Bereich der Sicherheitsvorsorge sowie die schnelle fraktale Aufwuchsfähigkeit und Integration der bisher in unterschiedlich verfassten Systemen existierenden Schutzkomponenten geschaffen werden, forderte Kühn.

DZI sprach der DGzRS erneut das Vertrauen aus

Zum dreizehnten Mal in Folge wurde der Deutschen Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger (DGzRS) das Spendensiegel des Deutschen Zentral-



DZI-Geschäftsführer Burkhard Wilke (rechts) und Heinrich Hoppe, Geschäftsführer der DGzRS.
(Foto: DGzRS)

institutes für soziale Fragen (DZI) verliehen. In Berlin, wo das renommierte Institut seinen Sitz hat, übergab DZI-Geschäftsführer Burkhard Wilke die Siegelurkunde und den dazugehörigen Prüfbericht an Heinrich Hoppe, Geschäftsführer der DGzRS.

Mit der erneuten Verleihung des Spendensiegels wird ein deutliches Zeichen für die Seriosität und die Effektivität der Arbeit der DGzRS sowohl bei der satzungsgemäßen Erfüllung der Aufgaben im Rettungsdienst als auch bei der Gewinnung neuer Spender sowie der Betreuung der rund 330 000 Fördermitglieder gesetzt.

Unter Anwendung strenger Kriterien durch das DZI werden Jahr für Jahr „spendenwürdige“ Institutionen untersucht und in einer Liste veröffentlicht, die dem Bürger als objektive Richtschnur dient. Auf vielfältige Weise ist sichergestellt, dass die

der DGzRS anvertrauten Mittel ordnungsgemäß zur Erfüllung der umfangreichen Aufgaben verwendet bzw. für mittelfristige Projekte angelegt werden.

Die DGzRS ist zuständig für den maritimen Such- und Rettungsdienst innerhalb ihres Einsatzgebietes in der Nord- und Ostsee. Zur Erfüllung dieser Aufgabe unterhält sie 54 Stationen mit 61 Seenot-

kreuzern und Seenotrettungsbooten. Über 800 freiwillige und 185 fest angestellte Seenotretter sind rund um die Uhr sofort einsatzbereit. Sämtliche Seenotfälle werden von der Seenotleitung Bremen der DGzRS koordiniert. In der Rechtsform eines Vereins nimmt die DGzRS hoheitliche Aufgaben wahr, die ihr vom Bundesverkehrsministerium übertragen wurden. Die Arbeit des Rettungswerkes wird ausschließlich durch freiwillige Zuwendungen finanziert – ohne Steuergelder in Anspruch zu nehmen.

Mit der Verleihung des DZI-Spendensiegels findet die Arbeit

des in Bremen ansässigen Seenotrettungswerks erneut Anerkennung und Würdigung.

Stärkung des Ehrenamtes

Der Deutsche Bundestag hat am 29.10.2004 die Verbesserung des unfallversicherungsrechtlichen Schutzes für ehrenamtlich tätige Personen beschlossen. Der entsprechende Gesetzentwurf der Bundesregierung wurde in 2./3. Lesung genehmigt und bedarf noch der Zustimmung des Bundesrates.

Durch das neue Gesetz wird der Personenkreis, der für ehrenamtliche Tätigkeiten den Schutz

der gesetzlichen Unfallversicherung genießen kann, erheblich ausgeweitet, was sich besonders im kirchlichen und kommunalen Bereich auswirken wird.

Der Schutz derjenigen, die bisher schon versichert sind, wie die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren oder der Hilfs- und Rettungsorganisationen, wird erweitert; so ist künftig auch der Ersatz von Sachschäden vorgesehen. Weitere Informationen unter: www.bmgs.bund.de/deu/gra/aktuelles/pm/bmhs04/6040_6206.cfm

Sanitätskurse an niedersächsischen Ganztagschulen

Der niedersächsische Kultusminister Bernd Busemann und der Malteser Hilfsdienst haben am 2.11.2004 in Hannover einen Kooperationsvertrag unterzeichnet, der die Beteiligung der Malteser am Nachmittagsunterricht der Ganztageschulen in Niedersachsen regelt. Die katholische Hilfsorganisation bietet Kurse zum Ersthelfer, Sanitätshelfer und Betriebssanitäter, zur Schwesternhelferin und zum Pflegediensthelfer an. „Ich freue mich, dass mit unseren Angeboten die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements bei Kindern und Jugendlichen nun einen festen Platz im Schulleben einnimmt“, sagt Bernhard Glasow, Landes- und Diözesanausbildungsreferent beim Malteser Hilfsdienst in Hannover. „Schließlich geht es bei diesem Programm nicht nur um Sanitätsdienst, Grundpflege und Hauswirtschaft – wir wollen die jungen Leute anspornen, ihre Persönlichkeit zu entdecken und Werte und Fähigkeiten fördern, die in ihnen schlummern.“

Besonders vorteilhaft an der Integration in den Schulunterricht sei nach Ansicht Glasows der feste, verlässliche Schulrahmen, der das „aufbauende, längerfristig angelegte Programm“ stütze. „Wir können mit dem spielerischen Helfen anfangen, mit Gruppenstunden für die Mofageneration weitermachen bis hin zum Schulsanitätsdienst“, so Glasow weiter.

Tobias Immenroth, Projektleiter Sozialpflegerische Ausbildung im Malteser Generalsekretariat, sieht den Erfolg der niedersächsischen Kooperation bereits in einem größeren Rahmen: „Die niedersäch-

sische Initiative ist ein richtungsweisendes Modell für alle Bundesländer! Wir brauchen überall junge, engagierte Leute, die bereit sind, sich für ihre Mitmenschen zu engagieren. Dieser Ansatz erweitert unser Programm „Abenteuer Helfen“ auch in Richtung einer Freizeit- und Berufsorientierung im Sozial- und Gesundheitswesen. Wir fördern und fordern die Schüler zu einem selbstbewussten Dienst am Nächsten. Malteser in der Schule – das passt!“

Neben dem Malteser Hilfsdienst werden auch die DLRG, das Deutsche Rote Kreuz, der Arbeiter-Samariter-Bund und die Johanniter-Unfall-Hilfe Bildungsangebote für niedersächsische Ganztagschulen einbringen.

Gemeinsame Grundausbildung im Wetterauer Katastrophenschutz

Es war schon reichlich viel Stoff, mit dem sich die 19 jungen Männer konfrontiert sahen, die am ersten Oktober-Wochenende an der „organisationsübergreifenden Helfergrundausbildung des Wetteraukreises teilnahmen. Insgesamt 17 Unterrichtseinheiten in Theorie und Praxis waren im und am Friedberger Feuerwehrhaus zu absolvieren. Rundweg positiv war das Resümee von Auszubildenden und Ausbildern.

Erstmals kam aus den Reihen der Zugführer des Wetterauer Katastrophenschutzes (Kats) der Wunsch nach einer „organisationsübergreifenden Grundausbildung“. Denn neben den Feuerwehren, die die Löschzüge im Katastrophenschutz bilden, wirken auch die Rettungs- und Sanitätsdienste des Deutschen Roten Kreuzes, des Malteser-Hilfsdienstes, des Arbeiter-Samariter-Bundes und der Johanniter-Unfallhilfe mit, die ihrerseits die Sanitäts- und Betreuungszüge im Katastrophenschutz darstellen. Hinzu kommen das Technische Hilfswerk und die Deutsche Lebensrettungs-Gesellschaft, die den Wasserrettungszug bildet.

Viele verschiedene Hilfsorganisationen also, die im Falle eines Falles ohne große Vorwarnzeit schnell und effizient zusammenarbeiten müssen. Jede Organisation hat ihre eigene Ausbildung, welche jeweils die spezifischen Belange besonders

berücksichtigt. Von daher war der Wunsch der Zugführer nach Vereinheitlichung der Grundausbildung nur allzu verständlich. An einem Freitagabend traten dann 19 junge Männer an, um von 18:30 bis 21:45 Uhr Grundlegendes in Gesetzeskunde, Rechte und Pflichten der Helfer sowie der Notfallseelsorge zu erfahren. Der folgende Samstag handelte von Gliederung des Katastrophenschutzes im Wetteraukreis, Einatzlehre, Presse- und Medienarbeit sowie praktische Ausbildung an Fahrzeugen und „Retten und Tragen“. Der Sonntag hatte die Themen Gefährliche Stoffe und Güter, Infektionsprävention sowie Kartenkunde in Theorie und Praxis parat.

Schon heute steht fest, dass weitere Lehrgänge dieser Konzeption folgen werden. Demnach wird es auch im kommenden Jahr mindestens ein Seminar der „Organisationsübergreifenden Grundausbildung“ durchführen, das es hessenweit in dieser Konzeption nur im Wetteraukreis gibt.

Besuch im GMLZ

Am 4.11.2004 besuchte die Berufsfeuerwehr Nürnberg im Rahmen eines Workshops auf Einladung



Erfahrungsaustausch; Mitglieder der Berufsfeuerwehr Nürnberg im GMLZ.
(Foto: BBK)

des BBK das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern.

Anlass des Besuches war eine durch das GMLZ initiierte Erfahrungsaustausch zur Einrichtung und zum Betrieb der so genannten „taktischen Sandsackreserve Deutschland“ während der Hochwasserkatastrophe insbesondere an der Elbe im Jahr 2002.

Die Berufsfeuerwehr Nürnberg hatte seinerzeit in Zusammenarbeit mit der BA THW aus dem Einsatz heraus mit großem Erfolg die bundesweite Koordination der zentralen Beschaffung und Verteilung von Sandsäcken übernommen.

Für das GMLZ konnten die Kollegen der BF Nürnberg wichtige Informationen und Erfahrungen zur Durchführung dieses bundesweiten Ressourcenmanagements vermitteln.

Somit ist sichergestellt, dass die Erfahrungen aus der Hochwasserkatastrophe 2002 der BF Nürnberg bei der Abwicklung zukünftiger nationaler Ressourcenrecherchen und -vermittlungen nicht verloren gehen.

Schon im Oktober hatten unter der Führung der Leiterin des Amtes für Rettungswesen und Katastrophenschutz einige Disponenten der Leitstelle Kreis Aachen und Vertreter der Feuerwehren im Kreis Aachen dem GMLZ einen Besuch abgestattet. Die Gruppe wollte sich vor Ort informieren über Aufgaben und Möglichkeiten des Zentrums.

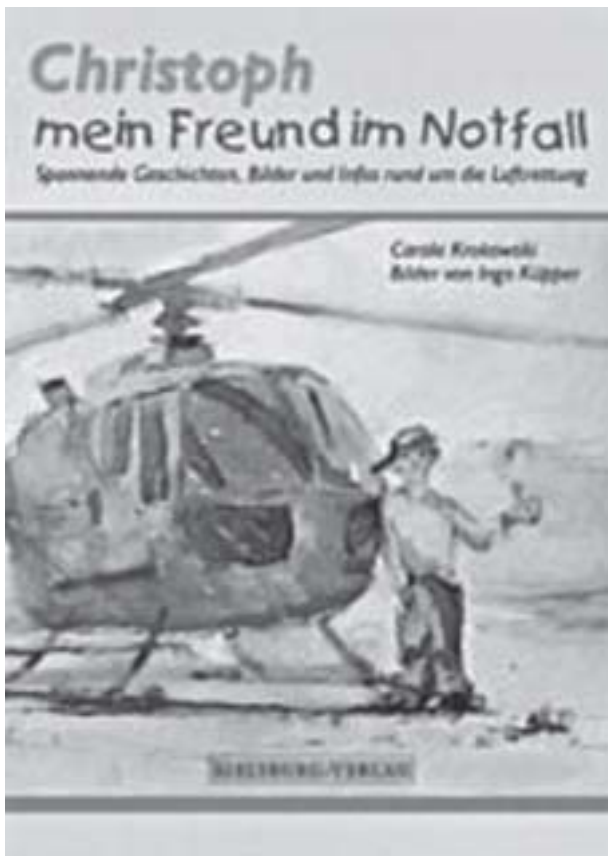
Entstanden war der Kontakt Anfang August, als die belgischen Behörden bei einem Brand im Hohen Venn die deutschen Behörden um Hilfe gebeten hatten. Die Mitarbeiter des GMLZ waren damals der Aachener Amtsleiterin bei der Vermittlung zweier Transporthubschrauber der Bundeswehr behilflich gewesen, die von belgischer Seite zum Transport großer Löschwasserbehälter angefordert worden waren.

Besonders beeindruckt zeigten sich die Gäste aus Aachen von der technischen Ausstattung und äußerten die Zuversicht, dass den Kommunen und Landkreisen bei größeren Schadensereignissen mit dem GMLZ ein leistungsfähiger Partner zur Seite steht.

Christoph – mein Freund im Notfall

Von Carola Krokowski
mit Bildern von Ingo Küpper
Igelsburg-Verlag, Habichtswald, 2004
60 S., kartoniert, € 14,95
ISBN 3980956105

Immer wieder sind viele Kinder aus Kindergärten, Grundschulen und Vereinen zu Gast an der Luftrettungsstation „Christoph 7“ auf dem Dach des Rot-Kreuz-Krankenhauses in Kassel. Ihr Interesse an dem orangefarbenen Zivilschutz-Hubschrauber, der Arbeit der Besatzung ist immer groß. Allerdings war das



Angebot an „Mitbringseln“, Erinnerungen und kindgerechtem Informationsmaterial bisher nicht zufrieden stellend. Kinder konnten nur selbst Malvorlagen erstellen oder hin und wieder Aufkleber oder Anstecker erhalten. Aus diesem Grunde dachte man über Alternativen nach.

Vor einiger Zeit entstand die Idee, mit Unterstützung von Ingo Küpper, einem regionalen Künstler, viel Motivation, der Hilfe des Fördervereins der Luftrettungsstation und einer Firma aus Kassel ein Buch zusammenzustellen, das im Igelsburg-Verlag erschienen ist.

Das Kinderbuch mit dem Titel „Christoph – mein Freund im Notfall“ bereitet mit insgesamt sieben spannenden, kleinen Geschichten der Autorin Dr. Carola Krokowski, Spaß beim Lesen. Schwerpunkte sind alltägliche Unfälle, das Erkennen von Gefahrensituationen und die richtige Hilfe im Notfall. In kindgerechter Aufmachung wird auf diesem Wege die Aufmerksamkeit von Kindern im Alltag gefördert, Zivilcourage geweckt und über die Luftrettung informiert.

Im Anhang erhalten kleine – und auch große Leser – viele wissenswerte Zusatzinformationen zum Rettungshubschrauber in Kassel und der Luftrettung in Deutschland. Das Besondere an dem Buch sind die gelungenen Aquarelle; die bildlichen Darstellungen ergänzen anschaulich die Geschichten und verleihen dem Buch eine ganz besondere Note.

Wer sich für das Buch und die Arbeit der Luftretter in Kassel interessiert, findet weitere Informationen auf der Homepage des Standortes unter www.christoph7-kassel.de.

Ulrich Schröer

Schadstoffe bei Brandereignissen

http://www.bayern.de/lfu/umwberat/data/chem/luft/brand_2004.pdf

Eine weitere beachtenswerte Broschüre hat das Bayerische Landesamt für Umweltschutz im Internet als PDF-Datei zur Verfügung gestellt. Auf acht Seiten wird ein Überblick vermittelt über Schadstoffe im Brandgas und übliche Löschmittel, werden Tipps gegeben für das richtige Verhalten bei Bränden, die Reinigung von Brandstellen und den Umgang mit Löschmittlrückständen und Brandschutt. Abgerundet wird das Ganze durch eine umfangliche Literaturliste, deren Posten überwiegend per Link erreichbar sind.

nps

Termine 2004

26. bis

27. November 2004:

Forum Brandschutzerziehung und -aufklärung
Ort: Brandschutz- und Katastrophenschutzschule Heyrothsberge
Infos: www.brandschutz-aufklaerung.de,
www.dfv.org und
Telefon (030) 20674804

*

Termine 2005

18. bis

20. Januar 2005:

acqua alta 2005
Internationale
Fachmesse für
Klimafolgen und
Katastrophenschutz
Ort: Neue Messe
München
Info: www.acqua-alta.de

*

10. bis 16. März 2005:

CeBIT
Ort: Hannover

*

21. bis

23. März 2005:

First International
Symposium on

Geo-information for
Disaster Management
Ort: Delft, Niederlande

*

4. bis 5. April 2005:

Bevölkerungsschutz.
Fachkongress mit Messe
Ort: Bonn

*

28. bis

30. April 2005:

RETTmobil
Fachmesse und Symposium
Ort: Fulda

*

6. bis 11. Juni 2005:

Interschutz 2005
Internationale Messe für
Rettung, Brand-/Kata-
strophenschutz und
Sicherheit
Ort: Messe Hannover

*

6. bis 11. Juni 2005:

Interpolice
Internationale Fachaus-
stellung für Polizei und
Innere Sicherheit
Ort: Messe Hannover

*

11. September 2005:

3. Deutsche Meister-
schaften der Feuerwehren
im Marathon und
Halbmarathon
Ort:
Breden-Oberbrechen,
Kreis Limburg-Weilburg

Info: Jens Bitterer,
Schlehenweg 22,
65611 Oberbrechen
Telefon: 0163-5050204
E-Mail: marathon2005@j-bitterer.de

13. bis

15. September 2005:

German BioSafety –
Forum für Detektion,
Persönliche
Schutzausrüstung und
Dekontamination.
Internationaler
Fachkongress und
Fachausstellung

22. bis

24. September 2005:

Florian
Fachmesse für Brand-
und Katastrophenschutz
Ort: Halle

13. bis

16. Oktober 2005:

help 2005
Fachmesse für Katastro-
phen- und Bevölkerungs-
schutz
Ort: Offenburg

24. bis

27. Oktober 2005:

A+A
Weltleitmesse und Kon-
gress für Arbeitsschutz
und Arbeitsmedizin
Ort: Düsseldorf

IMPRESSUM

Anschrift der Redaktion:
Postf 200351, 53133 Bonn

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern
vom Bundesamt für
Bevölkerungsschutz
und Katastrophenhilfe (BBK),
Deutschherrenstraße 93-95,
53177 Bonn

Verlag: BBK,
Internet: <http://www.zivilschutz-online.de>
E-Mail:
redaktion@bbk.bund.de

Erscheint im Februar, Mai,
August und November. Redak-
tionsschluss ist jeweils der 10.
des Vormonats.

Chefredaktion:
Alexander Krapf
Telefon 01888-550-354
Redaktion:
Nikolaus Stein
Tel.: 01888-550-362
Rainer Schramm
Tel.: 01888-550-365

Fax 01888-550-436

Layout: Nikolaus Stein

Druck, Herstellung und
Vertrieb:
Moeker Merkur Druck GmbH
Niehler Gürtel 102
50733 Köln
Postf. 600569, 50685 Köln
Tel.: 0221-74908-0
Fax: 0221-74908-18

Manuskripte und Bilder nur an
die Redaktion. Für unverlangt
eingesandte Beiträge keine
Gewähr. Nachdruck einzelner
Beiträge, auch im Auszug, nur
mit Quellenangabe und mit
Genehmigung der Redaktion
gestattet.
Mit Namen gezeichnete Beiträ-
ge geben die Meinung des
Verfassers wieder und müssen
nicht unbedingt mit der Auffas-
sung der Redaktion über-
einstimmen.

Einzelpreis □ 1,90
Abonnement jährlich □ 7,50
zzgl. Porto und Versandkosten.

Bei Nichterscheinen der Zeit-
schrift im Falle höherer Gewalt
oder bei Störung des Arbeits-
friedens besteht kein Anspruch
auf Haftung.

Heute: Stralsund, Mecklenburg-Vorpommern



Der Aufstieg des Fischerdorfes am Strelasund begann im Jahr 1234 mit der Verleihung des lübischen Stadtrechts. Der Ausgangspunkt der Stadtgründung, der Alte Markt und das Gebiet der heutigen Altstadt, wurde bereits Mitte des 13. Jahrhunderts zu eng. Man begann mit der baulichen Erweiterung und gründete die Neustadt; beide Komplexe wuchsen bald zu einer baulichen Einheit zusammen. Aus dieser Anfangszeit stammen die Kirchen St. Nikolai und St. Marien sowie das Rathaus.

Die große Zeit der Hanse im 14. und 15. Jahrhundert war auch die Blütezeit Stralsunds, das dem Städtebund 1293 beigetreten war. Als eine der Drehscheiben des Ostseehandels kam die Stadt zu beachtlichem Reichtum.

Im Dreißigjährigen Krieg suchte die Stadt den Schutz Schwedens und gelangte 1648 auch völkerrechtlich an die schwedische Krone, wo sie bis 1815 verblieb. Aus dieser Zeit überwiegen Giebel- und Traufenhäuser, die in reizvollem Kontrast zur mittelalterlichen Bebauung stehen. Allerdings wurde Stralsund in die ständigen militärischen Auseinandersetzungen Schwedens im Kampf um die Ostseeherrschaft einbezogen und verzeichnete einen stetigen wirtschaftlichen Niedergang, der nach der Abtretung an Preußen nur allmählich gestoppt werden konnte.

Ein Bombenangriff im Oktober 1944 richtete erhebliche Schäden an; die städtebaulichen Prioritäten der DDR-Regierung setzten der historischen Bausubstanz weiter zu.

In den vergangenen 15 Jahren hat die Rekonstruktion der Altstadt große Fortschritte gemacht, ein Ende der notwendigen Sanierungsarbeiten ist jedoch noch nicht abzusehen.

Im Juni 2002 wurde das Denkmal „Historische Altstädte Stralsund und Wismar“ als Welterbe in die Liste der UNESCO aufgenommen. Das Komitee würdigte damit auch die Zusammenarbeit der beiden Hansestädte und ihre Leistungen im Denkmalschutz.



Das Stralsunder Rathaus zählt zu den schönsten Profanbauten der norddeutschen Backsteingotik. Die Anfänge des Baus gehen in das 13. Jahrhundert zurück. Dahinter die Nikolaikirche, die älteste Kirche Stralsunds.



Das gotische Dielenhaus (re.) ist ein bedeutendes historisches Baudenkmal. Diese Haustypen wurden für Kaufleute gebaut, denn die große Diele ermöglichte es, Waren durch die breite Tür ins Haus zu schaffen. Von dort konnten sie per Lastenaufzug auf die Böden transportiert und dort gelagert werden. (Fotos: Hansestadt Stralsund / Harry Hardenberg)



Oftmals sind die Leistungen, die das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ) anbietet, auf Kreis- und Kommunalebene noch wenig bekannt. Im Oktober haben unter der Führung der Leiterin des Amtes für Rettungswesen und Katastrophenschutz Kreis Aachen, Marlis Cremer (hi. li. daneben GMLZ-Leiter Thomas Mitschke), Disponenten der Leitstelle und Vertreter der Feuerwehren im Kreis Aachen dem GMLZ einen Besuch abgestattet, um sich vor Ort zu informieren. Kreis und GMLZ hatten im August gemeinsam ein Hilfsersuchen der belgischen Behörden gemeistert (S.54, zur Zusammenarbeit in der EU auch S. 31). Für die Zukunft des Bevölkerungsschutzes ist die Nachwuchsarbeit von entscheidender Bedeutung. So ließ es sich Bundeskanzler Gerhard Schröder auch nicht nehmen, anlässlich des 40. Geburtstages der Jugendorganisation des Deutschen Feuerwehrverbandes 750 junge Feuerwehrleute in den Park des Kanzleramtes einzuladen (Titelbild, Bericht S. 42).

(Titelbild: DJF; Foto oben: Bernd Schaffrath)